

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ

22. JAHRGANG

MÄRZ 1969



INHALT

Seite

Personal des Landes, der Gemeinden (Gv.) und der Sozialversicherungsträger am 2. Oktober 1968	57
Löhne, Gehälter und Arbeitszeiten im Jahre 1968	61
Steuereinnahmen im Jahre 1968	65
Die Bauwirtschaft im Jahre 1968	69
Erwerbstätigkeit im April 1968	76
Verbreitung der Rinderrassen im Jahre 1968	78
Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz	17*
Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes	23*



HERAUSGEBER
STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ BAD EMS

STATISTISCHE BERICHTE

DES STATISTISCHEN LANDESAMTES RHEINLAND-PFALZ

BAD EMS MAINZER STRASSE 15/16 TELEFON: *4030

NACHDRUCK · AUCH AUSZUGSWEISE · NUR MIT VOLLSTÄNDIGER QUELLENANGABE GESTATTET

Der im Februarheft begonnene Abdruck des gegenwärtigen Veröffentlichungsprogramms der Statistischen Berichte wird im folgenden fortgesetzt.

Land- und Forstwirtschaft

		Jahres- abonnement
CI 1—j	Die Bodennutzung	DM 2,00
CI 2—j	Der beabsichtigte Anbau von Gemüse und Erdbeeren zum Verkauf	DM 0,50
CI 3—j	Anbau von Gemüse und Erdbeeren zum Verkauf	DM 0,60
CI 4—j	Anbau und Ernte von landwirtschaftlichen Zwischenfrüchten und Futterpflanzen	
CII 1—m	zur Saatguterzeugung	DM 0,50
CII 1—m	Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland (April bis Dezember)	DM 2,50
CII 2—m	Ernteberichterstattung über Gemüse (März bis Oktober)	DM 2,00
CII 3—m	Ernteberichterstattung über Obst (April bis Oktober)	DM 1,50
CII 4—m	Wachstumstand der Reben (Mai bis September)	DM 1,70
CII 4—j	Die Weinmosternte	DM 1,80
CII 5—j	Pflanzenbestände in Baumschulen	DM 0,80
CIII 1—vj	Der Schweinebestand (März)	DM 0,50
	Der Rindvieh-, Schweine- und Schafbestand (Juni)	DM 0,50
	Der Schweinebestand (September)	DM 0,50
	Der Viehbestand (Dezember)	DM 1,20
CIII 2—m/j	Schlachtungen	DM 2,20
CIII 3—m/j	Milcherzeugung und -verwendung	DM 2,20
CIII 6—m	Brut und Schlachtungen von Geflügel	DM 2,20
CIV 3—m	Betriebs- und marktwirtschaftliche Berichterstattung in der Landwirtschaft	DM 4,20
CIV 5—m	Die Weinbestände am 31. Dezember	DM 1,50
CIV 7—j	Größenstruktur der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe	DM 0,80
CIV 8—j	Die Weinerzeugung	DM 0,50

Industrie und Handwerk

E I 1—m/j	Die Industrie (monatlicher Industriebericht)	
E I 1—j	Die Industrie (Totalerhebung im September)	DM 10,00
E I 2—m/j	Der Index der industriellen Produktion	DM 2,50
E I 4—j	Die Investitionen des Produzierenden Gewerbes	DM 2,00
E II 1—vj	Die Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Handwerk	DM 1,00

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	Ø = Durchschnitt
0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden / Angabe aus Gründen der Geheimhaltung nicht möglich	r = berichtigte Angabe
.. = Angabe sachlogisch nicht möglich	s = geschätzte Angabe
... = Angabe fällt später an	

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ

Jg. 1 - 8, 1948 - 1955 u.d. Titel: Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz

Jg. 9 - 10, 1956 - 1957 u.d. Titel: Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Bezugspreis: Einzelheft DM 2,—; Jahresabonnement DM 20,—; zuzüglich Zustellgebühr.

Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Str. 15/16, oder durch den Buchhandel.

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

STATISTISCHE MONATSHEFTE

RHEINLAND-PFALZ

22. Jahrgang

Heft 3

März 1969

Personal des Landes, der Gemeinden (Gv.) und der Sozialversicherungsträger am 2. Oktober 1968

Mit dem Gesetz über eine Statistik des Personals, der Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne im öffentlichen Dienst vom 15. Mai 1968 (BGBl. I S. 385) wurde zum 2. Oktober 1968 statt der jährlichen Personalstandstatistik eine Erhebung angeordnet, die erstmalig umfassendere Einblicke in die Personalstruktur und die Dienstverhältnisse der im öffentlichen Dienst Beschäftigten vermitteln soll. Dabei ermöglicht es die Personalstrukturstatistik mit Hilfe von Individualzählblättern, die von jedem Beschäftigten auszufüllen waren, die Zusammensetzung der öffentlichen Bediensteten nach Vor- und Ausbildung, Besoldungsarten und Dienstverhältnissen zu untersuchen und somit Daten für personalpolitische Entscheidungen zu gewinnen.

Die folgenden Vorwegergebnisse sollen einen ersten, der laufenden Personalstandstatistik entsprechenden Überblick über den Beschäftigtenstand am 2. Oktober 1968 in der Gliederung nach Dienstverhältnissen, Laufbahngruppen und Aufgabenbereichen gewähren. Eine Erweiterung der jährlichen Erhebung ist jedoch insofern zu verzeichnen, als die Bediensteten der Sozialversicherungsträger einschließlich ihrer öffentlich-rechtlichen Verbände sowie der jeweils zugehörigen Sondervermögen erstmals miterfaßt sind. Darüber hinaus wird diesmal auch wieder — wie 1966 — das Personal in Ausbildung gesondert nachgewiesen.

1. Gesamtüberblick

Am 2. Oktober 1968 waren bei den rheinland-pfälzischen Gebietskörperschaften und den Sozialversicherungsträgern, die der Aufsicht der Landesregierung unterstehen, rund 116 150 Beamte, Angestellte und Arbeiter beschäftigt. Davon entfielen 58% auf das Land, 38% auf die Gemeinden und Gemeindeverbände und 4% auf die Sozialversicherungsträger.

Die Zahl der im staatlichen und kommunalen Bereich Beschäftigten betrug zum Berichtszeitpunkt 111 740. Im Vergleich zum Vorjahr ist damit das Personal der Gebietskörperschaften fast unverändert geblieben. Es erfuhr lediglich eine Erhöhung um 102 Bedienstete oder 0,1%. Die sich abschwächende Steigerungstendenz — zuletzt wurde noch eine Zunahme um 2,3% ermittelt — ist neben den normalen Stellenzugängen auf das zweite Verwaltungsgesetz über die Verwaltungsvereinfachung in Rheinland-Pfalz (GVBl. 1968 S. 131) sowie auf Rationalisierungsmaßnahmen in Verwaltung und wirtschaftlichen Unternehmen zurückzuführen. Ferner hat die gute Arbeitsmarktlage als Folge des Kon-

junkturaufschwungs dazu beigetragen, daß viele Bedienstete in die Privatwirtschaft überwechselten, wobei zugleich zahlreiche Stellen wegen mangelnden Personalangebotes nicht wieder besetzt werden konnten.

Von den Landes- und Kommunalbediensteten waren 1968 rund 90% in der Verwaltung, der Rest in wirtschaftlichen Unternehmen tätig. Die Entwicklung des Personalstandes ist vor allem bedingt durch den starken Abbau der Beschäftigtenzahl in den Wirtschaftsunternehmen um 4,5%, bei denen Rationalisierungsmaßnahmen ein besonderes Gewicht hatten. Außerdem beeinflussten die Witterungsverhältnisse, insbesondere im Forstwesen, das Ergebnis erheblich. Demgegenüber ist die Veränderung in den staatlichen und kommunalen Behörden und Einrichtungen mit + 0,6% gering ausgefallen.

Im öffentlichen Dienst waren 1968 rund 38 130 oder ein Drittel Frauen beschäftigt. Ein Vergleich mit dem Stichtag 1966, an dem zuletzt Angaben über die weiblichen Bediensteten der Landes- und Kommunalverwaltung erfragt wurden, zeigt eine Zunahme um 8%. Einen kräftigen Anstieg von 14% wiesen vor allem die Beamtinnen auf, bei denen die Zahl der Lehrerinnen stark zugenommen hat. Arbeiten in der Verwaltung führten dabei mit 96% mehr Frauen aus als in den überwiegend auf körperliche Tätigkeit ausgerichteten Wirtschaftsunternehmen. Der Anteil des weiblichen Personals ist in den Landkreisverwaltungen mit 53% am höchsten. Beim Land bzw. den Gemeinden insgesamt beträgt der Prozentsatz 31 bzw. 35% und bei den Sozialversicherungsträgern 43%. Allerdings sind fast ein Fünftel der Frauen — es handelt sich hauptsächlich um Arbeiterinnen — nur teilzeitbeschäftigt.

a. Vollbeschäftigte: Beim Land, den Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie den Sozialversicherungsträgern wurden 1968 gut 108 000 vollbeschäftigte Personen gezählt. Das entspricht einem Anteil von 93% der Bediensteten. Von den Vollbeschäftigten waren 44 180 Beamte und Richter, 41 750 Angestellte und 22 130 Arbeiter. Angestellte sind auch solche Bediensteten, die in einem angestelltenähnlichen Vertragsverhältnis stehen, deren Bezahlung jedoch nach beamtenrechtlichen Grundsätzen erfolgt. In einem solchen Dienstverhältnis standen 1 130 Beschäftigte, die überwiegend als DO-Angestellte bei Sozialversicherungsträgern tätig waren.

Im staatlichen und kommunalen Bereich waren 103 880 Personen vollbeschäftigt. Damit stieg auch

hier der Personalstand aufgrund der vorgenannten Ursachen geringfügig (+ 0,3%) an. Die Zahl der Beamten hat sich um 2% erhöht. Demgegenüber verzeichneten die Arbeiter einen Rückgang um 3,2%. Auch die Zahl der Angestellten nahm um 0,4% zu. Von je 100 Vollbeschäftigten des Landes und der Gemeinden waren 42 Beamte und Richter, 37 Angestellte und 21 Arbeiter.

b. **Teilzeitbeschäftigte:** Rund 8 100 Personen oder 7% der Beschäftigten arbeiteten weniger als die für 1968 gesetzlich festgelegte Wochenarbeitsstundenzahl von 44 Stunden, jedoch mehr als 20 Stunden. Da für Beamte in Rheinland-Pfalz eine Teilzeitbeschäftigung nicht vorgesehen ist, erstreckte sich die Erhebung nur auf teilzeitbeschäftigte Angestellte und Arbeiter. Von diesen waren rund 5 500 in Gemeinden und 2 300 in staatlichen Dienststellen tätig. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich eine Abnahme um 2,2%, die vor allem eine Folge der Verringerung von einem Fünftel im staatlichen Bereich ist. Hauptsächlich im Unterrichtswesen wurden bedeutend weniger solcher Bediensteten gezählt. Zur Einsparung ersetzten die Gemeinden vielfach vorher Vollbeschäftigte durch Teilzeitbeschäftigte, so daß hieraus eine Erhöhung um fast 9% resultierte.

Die meisten Teilzeitbeschäftigten wurden in den Gemeinden ermittelt, in denen 12% des Personals nicht vollbeschäftigt waren. Das Land verfügte über 4% und die Sozialversicherungsträger über 5%. Rund 85% der Teilzeitbeschäftigten waren Frauen, die überwiegend nicht auf einen vollen Verdienst angewiesen sind.

2. Landespersonal

Die staatlichen Dienststellen beschäftigten 64 870 Personen. Das sind 800 Beschäftigte oder 1,2% mehr als im Vorjahr. Die Zunahme erstreckt sich jedoch keineswegs auf alle Verwaltungszweige. Nur im Bildungswesen — der Zugang beträgt hier allein 1 230 Bedienstete — und im Bereich Staats- und Rechtssicherheit sind Personalerhöhungen zu verzeichnen, während alle anderen Hauptaufgabenbereiche, einschließlich der wirtschaftlichen Unternehmen, zum Teil erhebliche Verminderungen aufweisen.

Von der rückläufigen Entwicklung wurden hauptsächlich die Arbeiter betroffen, deren Zahl um rund 100 oder 1,4% gesunken ist. Auch die Angestellten verzeichneten einen Rückgang von 0,4%. Dagegen hat durch die verstärkte Förderung der Lehrpersonen in allen Schularten die Zahl der Beamten um 2,6% zugenommen. Dadurch entfielen von der Gesamtzahl der Landesbediensteten 58% auf Beamte, 30% auf Angestellte und der Rest auf Arbeiter. In Verwaltungsdienststellen arbeiteten fast 95% der Beschäftigten; nur jeder Zwanzigste war in einem staatlichen Wirtschaftsunternehmen tätig.

a. **Verwaltung:** Aufgaben der Verwaltung nahmen 61 260 Bedienstete wahr. Im Vergleich zu 1967 erhöhte sich der Personalstand um 1 026 oder 1,7%. Der Anteil der Beschäftigten des Bereiches Bildungswesen ist auch diesmal weiter angestiegen. Er beträgt 42% des Verwaltungspersonals. Ebenfalls zugenommen hat die Bedeutung der Staats-

und Rechtssicherheit, der rund 21% der Bediensteten angehörten. Die Beamten und Arbeiter wiesen eine Zunahme um 2,8 bzw. 0,8% auf, während die Zahl der Angestellten (— 0,2%) fast unverändert blieb. Von 100 Bediensteten sind 60 Beamte, 31 Angestellte und 9 Arbeiter.

Im **Bildungswesen** wurden am 2. Oktober 1968 rund 25 850 Beamte, Angestellte und Arbeiter gezählt. Das entspricht einer Zunahme von 5%, deren Schwergewicht mit einem Anteil von je rund 28% bei den Gymnasien und Volksschulen lag. Damit hat sich nach der vorjährigen stark forcierten Expansion bei den Grundschulen eine Ermäßigung der Zuwachsrate auf knapp ein Drittel ergeben, so daß der Anteil am Bildungswesen leicht auf 51% zurückgegangen ist. Weitere nennenswerte Erhöhungen wiesen die Hochschulen (+ 4%) und die Universitätskliniken Mainz (+ 6%) auf. In beiden Fällen hat sich durch Erweiterungen ein Personal-mehrbedarf ergeben.

Der Anstieg im Aufgabenbereich **Staats- und Rechtssicherheit** um 1,2% ist auf die vorjährige Verschiebung des Einstellungstermins für Bereitschaftspolizisten zurückzuführen. Nach der verspäteten Fertigstellung der Unterkunft in Wengerohr fielen somit in den Zeitraum 1968 zwei Einstellungstermine. Der Rechtsschutz hat geringfügig um 0,7% abgenommen.

Die **Zentralen Verwaltungen**, das sind die obersten Staatsorgane sowie die allgemeine und innere Verwaltung, beschäftigten rund 9 500 oder 16% der Landesbediensteten. Im Vergleich zu 1967 bedeutet das eine Personalverminderung von 1,8%. Hierin wirkte sich vor allem die zum 1. Oktober 1968 durchgeführte Neugliederung der Regierungsbezirke aufgrund des Zweiten Landesgesetzes über die Verwaltungsvereinfachung aus, die zu einem starken Rückgang der Beschäftigten führte. Zahlreiche Bedienstete der zusammengelegten Bezirksregierungen wechselten zu anderen Dienststellen über oder wanderten in die Privatwirtschaft ab. Zugleich wurde auch von dem Recht auf vorzeitige Pensionierung Gebrauch gemacht. Aus diesen Gründen verzeichnete die innere Verwaltung einen Rückgang von 3,6%. Die Abnahme in der Finanz- und Steuerverwaltung ist auf die gegenüber dem Vorjahr frühere Entlassung von Arbeitern, die am 2. Oktober 1967 noch beschäftigt waren, und durch unbesetzte Stellen zurückzuführen.

Personaleinsparungen von 0,6% verzeichnete auch der Bereich **Wirtschaft und Verkehr**, auf den ebenfalls 16% der Bediensteten entfielen. Die teilweise erheblichen Einbußen betrafen fast alle Dienststellen, wie Berg- und Eichverwaltung, Landeskulturämter sowie die besonderen Einrichtungen des Bundes und der Länder. Zum einen sind Berg- und Eichämter aufgelöst worden, zum anderen wurde die Landeslehr- und Forschungsanstalt für Wein- und Gartenbau mit 70 Personen einem anderen Bereich zugeordnet. Im Gegensatz dazu vergrößerte sich der Beschäftigtenstand in den Straßenbaubehörden durch die Einrichtung von fünf weiteren Straßenneubauämtern um 4%.

Der mit 6% der Gesamtzahl nicht so personalstarke Bereich **Soziale Sicherung und Gesundheit** weist einen Rückgang um 4,6%

Vollbeschäftigte im öffentlichen Dienst 1968

Aufgabenbereich	Ins- gesamt	Verän- derung zum Vorjahr in %	Beamte und Richter					Angestellte					Ar- beiter	
			zu- sam- men	im höhe- ren	im geho- benen	im mitt- leren	im ein- fachen	zu- sam- men	im höhe- ren	im geho- benen	im mitt- leren	im ein- fachen		
Insgesamt														
Insgesamt	108 057	.	44 182	9 910	22 007	11 370	895	41 748	1 666	8 635	27 455	3 992	22 127	
Land														
Verwaltung	61 256	1,7	36 807	9 010	17 637	9 577	583	18 963	932	5 074	11 378	1 579	5 486	
Zentrale Verwaltungen	9 508	- 1,8	5 174	755	2 483	1 726	210	4 138	90	546	3 100	402	196	
Innere Verwaltung	1 776	- 3,6	1 173	265	705	165	38	550	22	138	355	35	53	
Finanz- und Steuerverw.	5 952	- 1,5	3 250	131	1 478	1 497	144	2 622	27	255	2 034	306	80	
Staats- u. Rechtssicherheit	12 746	1,2	10 069	1 326	1 313	7 187	243	2 382	7	56	1 979	340	295	
Polizei	6 976	1,9	6 198	28	463	5 690	17	575	1	9	545	20	203	
Rechtsschutz	5 700	- 0,7	3 871	1 298	850	1 497	226	1 774	3	33	1 418	320	55	
Bildungswesen	25 848	5,0	18 970	6 248	12 614	14	94	5 509	587	2 276	2 360	286	1 369	
Unterricht	21 067	4,8	17 792	5 217	12 493	6	76	3 057	267	2 092	659	39	218	
Wissenschaft, Kunst etc.	4 781	6,0	1 178	1 031	121	8	18	2 452	320	184	1 701	247	1 151	
Soziale Sicherung und														
Gesundheit	3 537	- 4,6	851	250	382	197	22	2 397	64	426	1 655	252	289	
Soziale Sicherung	1 396	0,9	526	102	271	131	22	769	13	91	583	82	101	
Gesundheit, Sport und														
Leibesübungen	1 507	- 6,6	295	123	106	66	-	1 027	34	131	737	125	185	
Wiedergutmachungsämter	634	- 7,0	30	25	5	-	-	601	17	204	335	45	3	
Wirtschaft und Verkehr	9 601	- 0,6	1 737	428	843	453	13	4 531	184	1 769	2 279	299	3 333	
Landeskulturämter	1 097	- 4,6	380	95	209	76	-	684	4	333	288	59	33	
Straßenbaubehörden	4 603	4,0	296	57	224	7	8	1 520	76	448	876	120	2 787	
Bau- u. Vermessungsverw.	2 890	- 1,8	805	150	306	347	2	1 756	32	813	821	90	329	
Wirtschaftl. Unternehmen	3 616	- 6,1	961	139	763	58	1	396	14	38	323	21	2 259	
Staatsforsten	3 049	- 3,9	951	136	758	57	-	237	-	17	215	5	1 861	
Zusammen	64 872	1,2	37 768	9 149	18 400	9 635	584	19 359	946	5 112	11 701	1 600	7 745	
Gemeinden (Gv.)														
Verwaltung	32 154	- 0,7	5 791	597	3 329	1 568	297	16 931	577	2 416	11 887	2 051	9 432	
Kreisfreie Städte	13 872	- 0,9	2 282	250	1 282	716	34	6 497	386	1 158	4 507	446	5 093	
mit ... Einwohnern														
100 000 und mehr	6 915	- 0,2	1 133	119	590	408	16	3 430	193	723	2 377	137	2 352	
50 000 bis unter 100 000	3 515	- 1,0	631	67	377	178	9	1 468	104	236	960	168	1 416	
weniger als 50 000	3 442	- 2,2	518	64	315	130	9	1 599	89	199	1 170	141	1 325	
Kreisangeh. Gemeinden,														
Verbandsgemeinden und														
Landkreise	17 157	- 2,0	3 363	273	2 005	826	259	9 644	170	1 136	6 847	1 491	4 150	
Kreisangeh. Gemeinden	8 733	- 3,5	1 525	125	766	379	255	3 686	49	324	2 683	630	3 522	
mit ... Einwohnern														
20 000 und mehr	1 577	- 6,1	297	28	184	77	8	763	19	99	593	52	517	
10 000 bis unter 20 000	1 327	- 2,4	178	18	116	34	10	618	21	59	458	80	531	
5 000 " " 10 000	2 267	- 1,3	395	49	205	93	48	918	7	95	684	132	954	
3 000 " " 5 000	1 103	- 2,0	222	27	102	55	38	449	1	32	329	87	432	
2 000 " " 3 000	724	- 2,4	128	2	62	32	32	322	-	10	237	75	274	
1 000 " " 2 000	1 037	- 4,7	177	1	65	48	63	387	-	16	254	117	473	
weniger als 1 000	698	- 7,4	128	-	32	40	56	229	1	13	128	87	341	
Verbandsgemeinden	2 645	- 0,9	744	117	432	195	-	1 862	-	207	1 343	312	39	
Landkreise	5 779	- 0,2	1 094	31	807	252	4	4 096	121	605	2 821	549	589	
Bezirksverband Pfalz	1 125	29,5	146	74	42	26	4	790	21	122	533	114	189	
Wirtschaftl. Unternehmen	6 851	- 4,0	170	24	95	40	11	2 094	52	406	1 552	84	4 587	
Kreisfreie Städte	4 529	- 5,1	56	20	27	6	3	1 473	49	306	1 081	37	3 000	
Kreisangeh. Gemeinden (Gv.)	2 322	- 1,9	114	4	68	34	8	621	3	100	471	47	1 587	
Zusammen	39 005	- 1,3	5 961	621	3 424	1 608	308	19 025	629	2 822	13 439	2 135	14 019	
Sozialversicherungsträger														
Krankenversicherung	2 095	.	-	-	-	-	-	2 075	65	512	1 313	185	20	
Unfallversicherung	205	.	4	2	1	1	-	200	3	60	118	19	1	
Rentenversich. der Arbeiter	1 880	.	449	138	182	126	3	1 089	23	129	884	53	342	
Zusammen	4 180	.	453	140	183	127	3	3 364	91	701	2 315	257	363	

auf 3 540 aus. Stärkere Abnahmen verzeichneten die Landesnervenkliniken Andernach und Alzey, in denen im Gegensatz zum Vorjahr keine ihr Pflegepraktikum ableistende Studenten gemeldet wurden. In der Wiedergutmachungsverwaltung wurden viele freiwerdende Stellen nicht mehr wiederbesetzt,

wodurch sich die Zahl der dort Beschäftigten um 7% verminderte.

b. Wirtschaftsunternehmen: In den staatlichen Wirtschaftsunternehmen belief sich die Bedienstetenzahl am 2. Oktober 1968 auf rund 3 600, das sind 6% weniger als im Vorjahr. Auf die Forst-

unternehmen entfielen 84% der Beschäftigten, der Rest arbeitete in den staatlichen Bädern, Mineralbrunnen und Weinbaudomänen. In diesen Bereichen ist die Personalfuktuation, insbesondere der Arbeiter, witterungsbedingt sehr hoch. Im vergangenen Jahr waren die Arbeiten bereits vor dem Stichtag beendet worden, so daß hieraus ein Großteil der Veränderung resultiert. Daneben sind aber auch durch Umstrukturierungen in den Betrieben der Weinbaudomänen einige Bedienstete freigesetzt worden.

3. Kommunales Personal

Die Gemeinden und Gemeindeverbände verfügten 1968 über rund 39 000 Beamte, Angestellte und Arbeiter. Im Vergleich zum vergangenen Jahr verminderte sich damit ihre Zahl um 1,3%. Zugleich bedeutet das, mit Ausnahme des Jahres 1963, in dem Sonderfaktoren eine Abnahme verursachten, erstmalig eine Umkehr in dem seit langem aufwärts gerichteten Trend des kommunalen Personalstandes. Allerdings ist der Rückgang vor allem durch die Abnahme in den gemeindlichen Wirtschaftsunternehmen bewirkt, während die Behörden und Einrichtungen, in denen mehr als vier Fünftel der Bediensteten tätig sind, nur eine geringfügige Personalverminderung aufwiesen. Von 100 kommunalen Beschäftigten entfielen 49 auf Angestellte, 36 auf Arbeiter und 15 auf Beamte. Durch die Verringerung der Arbeiter um 4,2% hat sich das Verhältnis weiter zugunsten der Angestellten verschoben.

a. Verwaltung: Mit Aufgaben in der gemeindlichen Verwaltung waren rund 32 150 Bedienstete oder 0,7% weniger als im Vorjahr beschäftigt. Grund dieser Abnahme ist die Verschärfung der auch in den vergangenen Jahren festgestellten gegenläufigen Entwicklung der drei Dienstverhältnisse. Während die Zahl der Angestellten noch um 1,7% angestiegen ist, wiesen die Beamten und Arbeiter Personalvermindierungen von 1,8 bzw. 3,1% auf. In den Laufbahngruppen wurden insbesondere die kommunalen Beamten im höheren Dienst betroffen, deren Anzahl im Vergleich zu 1966 um fast ein Viertel gesunken ist. Daneben verzeichneten auch die Beamten in der mittleren Laufbahn (— 3%) und die Angestellten im einfachen Dienst (— 7%) Einbußen. Verstärkt eingestellt wurden vor allem Bedienstete in der mittleren Angestelltenlaufbahn.

Der Anstieg des Angestelltenpersonals um rund 280 ist neben einer Zunahme der Bediensteten in neuerbauten Einrichtungen und Anstalten, vor allem in Krankenhäusern, hauptsächlich auf zwei Zweckverbände mit eigener Rechnungsführung zurückzuführen, die nach Änderung ihrer Rechtsform nunmehr zu dieser Statistik berichtspflichtig sind. Bei den Arbeitern machte sich der Zwang zu Sparmaßnahmen, der sich aus dem steigenden Gewicht der Personalausgaben innerhalb der kommunalen Haushalte ergibt, besonders deutlich bemerkbar. Ihre Zahl ist um 300 gesunken. Außer echten Stelleneinsparungen aufgrund von Rationalisierungsvorhaben wurden zahlreiche früher mit Vollbeschäftigten besetzte Stellen von Teilzeitbeschäftigten vertreten, so daß auch hieraus eine erhebliche Abnahme resultiert. Andererseits muß-

ten Arbeitsplätze unbesetzt bleiben, da durch die Wirtschaftsbelebung Personal nicht mehr in ausreichendem Maße zur Verfügung stand. Für die Verringerung der Beamten war die Verstaatlichung der einzigen noch kommunalen höheren Schule in Rheinland-Pfalz, das Geschwister-Scholl-Gymnasium in Ludwigshafen, zum 1. Januar 1968 bestimmend.

Die kreisfreien Städte verfügten mit 13 870 über 43% des kommunalen Personals. Im Vergleich zum vorangegangenen Stichtag waren 0,9% Bedienstete weniger beschäftigt. Die meisten Städte wiesen Abnahmen auf, Worms die höchste (— 6,5%). Es erfolgten in erster Linie bei den Arbeitern Stelleinsparungen und die vorerwähnte Umgestaltung von Voll- in Teilzeitverträge. Den größten Zuwachs verbuchte die Stadt Ludwigshafen (+ 47), die fast ein Viertel des Personals der kreisfreien Städte auf sich vereinigte und mit 194 Bediensteten je 10 000 Einwohnern auch die höchste Personalquote besitzt. Das Ergebnis wurde durch die oben erwähnte Verstaatlichung von 51 Gymnasiallehrern beeinflusst. Mehr Angestellte und Arbeiter waren vor allem durch die Inbetriebnahme des neuen Pfalzbaues, der medizinischen Klinik und verschiedener Schulen erforderlich.

In den kreisangehörigen Gemeinden verminderte sich die Zahl der Bediensteten um 3,5% auf 8 733. Besonders stark war der Personalarückgang in den Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern (— 6,1%). Diese Entwicklung bewirkten vermehrte Stelleinsparungen und vorübergehend unbesetzte Stellen. Bei den kreisangehörigen Gemeinden beträgt in der höchsten Größenklasse die Personalquote 116. Sie sinkt mit abnehmender Wohnbevölkerungszahl stetig ab und erreicht in den Gemeinden unter 1 000 Einwohnern einen Wert von 8.

Der Personalstand des Bezirksverbandes Pfalz ist um 256 auf 1 125 Bedienstete angestiegen. Das entspricht einer Zuwachsrate von 30%, die zu neun Zehnteln die Angestellten betrifft. Hierin spiegelt sich die Übernahme der zuvor in selbständiger Rechtsform geführten Zweckverbände Philharmonisches Orchester der Pfalz, Ludwigshafen, und Pfalztheater, Kaiserslautern, durch den Bezirksverband wider.

b. Wirtschaftsunternehmen: Am 2. Oktober 1968 waren in den gemeindlichen Wirtschaftsunternehmen 6 851 Beamte, Angestellte und Arbeiter beschäftigt. Davon entfielen zwei Drittel auf kreisfreie Städte, der Rest auf kreisangehörige Gemeinden und Gemeindeverbände. Die vorjährige Beschäftigtenzahl hat um 4% abgenommen. Vor allem in den kreisfreien Städten, deren Personal noch stärker gesunken ist, wirkten sich die Rationalisierungsmaßnahmen in den Verkehrs- und Versorgungsbetrieben erheblich aus. Außerdem ist auch hier die vermehrte Umwandlung von Voll- in Teilbeschäftigtenstellen zu erkennen. Besonders betroffen waren hiervon die Arbeiter, die in den Städten einen Anteil von fast drei Viertel am freigesetzten Personal ausmachen.

4. Personal der Sozialversicherungsträger

Die drei rheinland-pfälzischen Sozialversicherungsträger wiesen insgesamt 4 180 Personen aus.

Davon sind vier Fünftel Angestellte, darunter 903 DO-Angestellte, der Rest Beamte (11%) und Arbeiter (9%). Von den Beamten und Angestellten berichteten rund 64% Aufgaben im mittleren Dienst. Mehr als die Hälfte der Bediensteten mit beamtenähnlicher Besoldung gehörte dem gehobenen Dienst an.

In den gesetzlichen Krankenversicherungen war die Hälfte aller Bediensteten der Sozialversicherungsträger tätig. Die Krankenversicherungen beschäftigten keine Beamten, sondern fast nur Ange-

stellte. Die Träger der Unfallversicherung — es handelt sich hier um den Gemeindeunfallversicherungsverband Rheinland-Pfalz, die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft und die landwirtschaftliche Alterskasse von Rheinland-Pfalz — vereinigten 5% der Bediensteten auf sich. Rund 45% sind in der Rentenversicherung der Arbeiter tätig. Allein diese Versicherungsart verfügt über einen nennenswerten Anteil an Beamten mit fast einem Viertel und Arbeitern mit knapp einem Fünftel der Beschäftigten. *Dipl.-Volkswirt D. Lenz*

Löhne, Gehälter und Arbeitszeiten im Jahre 1968

Die Darstellung der Entwicklung von Verdiensten und Arbeitszeiten stützt sich auf die seit 1957 regelmäßig nach unverändertem Erhebungsmodus durchgeführten Repräsentativerhebungen der amtlichen Statistik. Die einschlägigen Verdiensterhebungen werden für den Bereich Industrie und Handel — Hoch- und Tiefbau eingeschlossen — vierteljährlich, für das Handwerk halbjährlich und die Landwirtschaft einmal in jedem Jahr durchgeführt. Der Berichtskreis bleibt auf Jahre hinaus verhältnismäßig konstant, und die Berichtszeit erstreckt sich für die vorgenannten drei Erhebungen jeweils auf einen bestimmten Kalendermonat. Da Jahresdurchschnittswerte nicht für alle Erhebungen errechnet werden können, liegen der Darstellung die Ergebnisse des jeweils letzten Erhebungsmonats zugrunde. Das ist für den Bereich Industrie und Handel der Oktober, für das Handwerk der November und die Landwirtschaft der September eine Berichtsjahres.

Die vierteljährliche Verdiensterhebung in Industrie und Handel erfaßte im Oktober 1968 noch 1 318 Betriebe, 29 weniger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Es waren vorwiegend Betriebseinstellungen und nur in Einzelfällen Verlegungen oder Fusionen, welche diesen Rückgang verursachten. Seit 1965 sind durch solche Ausfälle rund 100 Betriebe weniger in die Erhebung eingegangen. Die Zahl der erfaßten Arbeiter hat ebenfalls weiter abgenommen, jedoch erreichte ihr Abgang im Berichtsjahr keine 1 000 Personen, während er im Vorjahre immerhin noch auf 9 000 kam. Dagegen ist die Zahl der Angestellten sowohl in der Industrie als auch im Handel gegenüber 1967 etwas größer geworden. Im Handwerk blieb die Zahl der Betriebe und der Beschäftigten wie bisher leicht rückläufig. Zur Erhebung berichteten im November 1968 wieder 30 Betriebe weniger als 1967, die Zahl der erfaßten Beschäftigten ging um 185 auf 4 673 zurück.

In der Landwirtschaft ist sowohl die Zahl der erfaßten Betriebe als auch die der Beschäftigten von Jahr zu Jahr gesunken, teilweise sogar beträchtlich. Da die Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft gegenüber dem Handwerk und der Industrie erhebliche Unterschiede aufweisen, sind auch die Verdienste aus dieser Beschäftigung nicht ohne weiteres mit denen der anderen Wirtschaftsbereiche vergleichbar. In den zahlreichen, verhältnismäßig kleinen Betrieben mit nur geringer landwirtschaftlicher Nutzfläche

sind, sofern sie überhaupt fremde Arbeitskräfte beschäftigen, meist Monatslöhner in Hausgemeinschaft tätig. Von den größeren Betrieben mit über 50 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche werden allerdings auch Angaben über Stundenlöhner außerhalb der Hausgemeinschaft gemacht, aus denen sich Durchschnittsverdienste und Arbeitszeiten errechnen lassen, die den Verdiensten in Handwerk und Industrie zumindest hinsichtlich ihrer Entwicklung vergleichbar sind. Da in Rheinland-Pfalz der landwirtschaftliche Kleinbetrieb vorherrscht, in dem nur verhältnismäßig wenig fremde Arbeitskräfte tätig sind, können bei der Darstellung der Verdienstentwicklung in der Landwirtschaft nur Zahlenwerte verwendet werden, die aus den zur Erhebung herangezogenen Betrieben im gesamten Bundesgebiet ermittelt sind. Die Entwicklung der Verdienste und Arbeitszeiten in einem Land weicht erfahrungsgemäß von der im gesamten Bundesgebiet nicht wesentlich ab. Den nachstehend verwendeten Durchschnittswerten liegen daher Angaben über die Verdienste und Arbeitszeiten von rund 2 900 Stundenlöhnern zugrunde, die im September 1968 in ausgewählten landwirtschaftlichen Betrieben im gesamten Bundesgebiet beschäftigt waren.

1. Verdienste

a. Allgemeine Entwicklung: Die im Jahre 1967 sich andeutende Stagnation in der Entwicklung der Verdienste hat sich 1968 nicht fortgesetzt. Bereits im April des Jahres war ein teilweise sogar kräftiger Anstieg festzustellen. In diesem Monat lagen die Bruttowochenverdienste der Arbeiter in der Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau) schon um mehr als 6% über denen vom Januar 1968 und die Durchschnittswerte für den Oktober 1968 um nahezu 8% über denen der gleichen Zeit des Vorjahres. Ähnlich verlief auch die Entwicklung der Angestelltegehälter. Dort stiegen die durchschnittlichen Monatsverdienste der kaufmännischen und technischen Angestellten innerhalb eines Jahres jeweils um nahezu 6%. In ihrer Entwicklung nur unter gewissen Einschränkungen mit anderen Wirtschaftsbereichen vergleichbar sind die Verdienste der Angestellten im öffentlichen Dienst. Dort werden tarifmäßig festgelegte Höchstgehälter gezahlt, in der freien Wirtschaft bedeuten die Tarifgehälter meist Mindestgehälter, von denen die Effektivverdienste erheblich nach oben abweichen können. Eine tarifmäßig ausgehandelte Anhebung der Angestelltegehälter im öffentlichen Dienst wirkt sich anteilmäßig in der

Jahr	Bruttowochenverdienste der Arbeiter						Bruttomonatsverdienste der Angestellten										
	Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau)			Hand- werk	Land- wirt- schaft 1)	Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau)						Handel, Kreditinstitute und Versicherungs- gewerbe			Öffent- licher Dienst 2)		
						kaufmänn. Angestellte			technische Angestellte			kaufmänn. Angestellte					
	ins- gesamt	Männer	Frauen	Männer	ins- gesamt	Männer	Frauen	ins- gesamt	Männer	Frauen	ins- gesamt	Männer	Frauen				
1958	6,5	5,8	3,3	7,9	11,3	7,4	7,6	6,9	8,4	8,2	6,2	8,8	8,5	6,8	4,3		
1959	9,1	8,3	14,5	6,3	1,1	7,3	7,7	7,3	7,0	7,1	6,3	1,9	1,2	5,3	-		
1960	12,0	12,7	14,1	10,8	14,4	9,4	10,9	8,2	9,5	9,4	9,1	12,0	11,3	10,1	7,0		
1961	8,3	8,3	11,1	11,5	7,8	10,3	10,9	10,3	11,5	11,6	11,2	12,4	12,4	13,2	9,4		
1962	9,9	8,3	8,9	11,9	14,4	8,4	8,1	9,3	7,8	7,7	9,2	8,2	7,9	8,1	4,8		
1963	9,7	10,3	8,2	9,9	6,3	8,0	7,0	9,3	6,9	6,8	7,7	9,8	8,8	10,5	5,1		
1964	10,1	10,5	9,4	9,0	8,1	8,1	7,5	8,6	7,0	7,4	5,6	10,0	7,5	10,7	3,1		
1965	9,8	10,0	9,5	9,5	17,1	8,9	8,8	8,4	8,5	8,5	9,9	9,8	9,4	6,8	5,6		
1966	2,1	1,9	3,1	5,4	3,5	5,1	5,2	5,3	4,9	4,8	4,4	8,4	8,1	8,4	.		
1967	-	- 0,5	0,8	-	-	3,9	4,3	3,0	2,4	2,5	2,2	3,8	3,4	3,5	-		
1968	7,7	7,5	7,6	6,2	2,3	5,7	6,2	4,8	5,8	5,9	4,7	5,4	5,5	5,6	3,6		

1) Bundesgebiet. - 2) Verg.-Gr. VIb BAT (40 Jahre, ledig, Ortsklasse A).

vereinbarten Höhe auf alle Vergütungsgruppen aus. Um die tarifmäßige Verdienstentwicklung in einem bestimmten Zeitabschnitt festzuhalten, kann man sich auf die Veränderungen der Verdienste in einer dieser Gruppen beschränken. Ein langjähriger Vergleich der Werte mit denen aus der freien Wirtschaft ist jedoch insofern nur bedingt möglich, weil teilweise das Ausmaß der Erhöhungen durch anders geartete Veränderungen und Ergänzungen der Tarifverträge im öffentlichen Dienst, wie die Verbesserungen durch den Bewährungsaufstieg, sich in Zahlenwerten nicht ausdrücken und nach Gruppen auch nicht eindeutig abgrenzen läßt. Trotz eines weiteren durch tarifliche Vereinbarungen erwirkten Anstiegs der Gehälter im Jahre 1968, der aber etwas hinter dem der kaufmännischen Angestellten zurückblieb, vermochten die Angestellten im öffentlichen Dienst die prozentuale Steigerung der Angestelltengehälter in der freien Wirtschaft während der letzten zwölf Jahre nicht aufzuholen.

Auch die Entwicklung des Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalts hat 1968 einen neuen Auftrieb erhalten. Während die Zunahme 1967 noch bei 1% lag, stieg sie vom Oktober 1967 auf Oktober 1968 um 2%. Die reale Verbesserung der Verdienste war deshalb etwas niedriger als sie in den dafür ausgewiesenen Werten zum Ausdruck kommt. Sie bleibt jedoch auch unter Berücksichtigung der gestiegenen Preise immerhin noch recht beachtlich und steht den Erhöhungen in den Jahren der Hochkonjunktur nicht viel nach.

b. Arbeiterlöhne: Die Arbeiter in der Industrie erhielten im Monat Oktober 1968 im Durchschnitt einen Bruttostundenlohn von 5,01 DM, 24 Pfennig mehr als im Oktober des Vorjahres. Bei den Arbeiterinnen stieg der Stundenverdienst von 3,23 auf 3,43 DM. Das bedeutet eine Verbesserung für die Arbeiter um 5%, für die Arbeiterinnen sogar um über 6%. Auffallende Unterschiede in der prozentualen Steigerung innerhalb der Leistungsgruppen der Männer lassen die errechneten Mittelwerte kaum erkennen, sie bewegen sich nämlich nur zwischen 4,8 und 5,1%. Hingegen sind sie für die Frauen nicht unerheblich, denn der Anstieg in der Leistungsgruppe 1 belief sich auf 8,6% und in der Leistungsgruppe 3 auf 5,2%. Allerdings sei einschränkend zu diesen Angaben erwähnt, daß die

Leistungsgruppen der Arbeiterinnen, insbesondere in der Kategorie 1, meist schwach besetzt sind, so daß bereits schon geringe Personalveränderungen ausschlaggebend für derartige Veränderungen sein können.

Bemerkenswert ist auch die jeweilige Verdienstsituation in den einzelnen Berichtszeiträumen des Jahres 1968. Während zu Beginn des Jahres bei den Arbeiterlöhnen immer noch Rückgänge festzustellen waren, setzte ein verhältnismäßig starker Anstieg während des ersten Quartals ein, der sich gegen Ende des Jahres, üblicherweise jahreszeitlich bedingt, etwas abschwächte. Da neben dem Anstieg der Löhne auch die Mehrarbeitszeit je Woche im Schnitt wieder um fast eine Stunde zugenommen hat, darf daraus geschlossen werden, daß die noch 1967 rückläufige allgemeine Beschäftigungslage während des Jahres 1968 sich wieder wesentlich gehoben hat.

Im Oktober 1968 verdiente der Arbeiter in der Industrie im Durchschnitt 228 DM, die Arbeiterin 142 DM je Woche. Das sind 16 bzw. 10 DM mehr als im Oktober 1967. Da die Wochenlöhne stärker anstiegen als die Stundenlöhne, ist die Zahl der bezahlten Wochenarbeitsstunden höher als im Vorjahr. Die Verbesserungen der Wochenlöhne liegen bei allen Leistungsgruppen zwischen 7 und 8%. Nur in der Leistungsgruppe 1 der Frauen ist eine etwas ungewöhnliche Steigerung der Wochenlöhne von über 12% festzustellen.

Die Beschäftigung von Frauen im Handwerk ist — ausgenommen in der Herren- und Damenschneiderei — von geringer Bedeutung, so daß nur Verdienst- und Arbeitszeitangaben für die männlichen Beschäftigten ausgewiesen werden können. Die Löhne im Handwerk haben sich ähnlich entwickelt wie die der Industrie. Auch hier ist im Gegensatz zum Vorjahr eine nicht unerhebliche Verbesserung festzustellen. Der Bruttostundenlohn stieg mit + 5,6% sogar etwas stärker als der eines Industriearbeiters. Der durchschnittliche Bruttowochenlohn erreichte 207 DM und damit 12 DM mehr als 1967. Er lag aber immer noch um 20 DM unter dem des Industriearbeiters. Die Vollgesellen konnten ihren Wochenlohn um 5,7%, die Junggesellen jedoch um 7,7% verbessern. Die Steigerung bei den übrigen Arbeitern im Handwerk kam dagegen nur auf 4,7%. Die Entwicklung der Brutto-

Durchschnittliche Bruttoverdienste und Arbeitszeiten der Arbeiter in Industrie und Handwerk
nach Geschlecht und Leistungsgruppen 1967 und 1968

Leistungs- gruppe	Bruttostundenlohn			Bruttowochenlohn			Geleistete Wochenarbeitszeit				Bezahlte Wochen- arbeitszeit	
							insgesamt		Mehrarbeitszeit			
	1967	1968	Verän- derung	1967	1968	Verän- derung	1967	1968	1967	1968	1967	1968
	DM		%	DM		%	Stunden					
Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau)												
Insgesamt												
1	5,02	5,26	4,8	223	238	6,7	42,5	43,3	2,9	3,8	44,4	45,3
2	4,36	4,60	5,5	190	206	8,4	41,7	42,6	2,3	3,2	43,6	44,7
3	3,57	3,75	5,0	152	163	7,2	41,1	41,8	1,8	2,4	42,6	43,4
Insgesamt	4,47	4,70	5,1	195	210	7,7	41,9	42,7	2,5	3,3	43,7	44,7
Männer												
1	5,07	5,32	4,9	226	242	7,1	42,7	43,4	3,0	3,9	44,6	45,5
2	4,67	4,91	5,1	207	225	8,7	42,3	43,5	2,8	4,0	44,5	45,7
3	3,99	4,18	4,8	176	189	7,4	42,7	43,7	2,6	3,4	44,0	45,2
Zusammen	4,77	5,01	5,0	212	228	7,5	42,6	43,5	2,9	3,8	44,4	45,5
Frauen												
1	3,82	4,15	8,6	154	173	12,3	39,6	41,0	0,8	1,3	40,3	41,6
2	3,32	3,52	6,0	135	146	8,1	39,7	39,8	0,8	0,9	40,7	41,4
3	3,05	3,21	5,2	125	133	6,4	39,1	39,6	0,9	1,2	40,8	41,4
Zusammen	3,23	3,43	6,2	132	142	7,6	39,4	39,8	0,8	1,1	40,7	41,4
Handwerk												
Männer												
Vollgesellen	4,59	4,83	5,2	209	221	5,7	41,5	41,9	3,5	3,6	45,6	45,8
Junggesellen	3,22	3,46	7,5	143	154	7,7	40,2	40,5	2,5	2,4	44,3	44,4
Übrige Arbeiter	3,67	3,82	4,1	169	177	4,7	42,0	42,0	4,2	4,3	46,1	46,3
Insgesamt	4,30	4,54	5,6	195	207	6,2	41,3	41,7	3,4	3,5	45,4	45,6

stundenverdienste der drei Arbeitergruppen zeigt ähnliche Unterschiede. Als Stundenverdienst eines Vollgesellen wurde im November 1968 der Betrag von 4,83 DM ermittelt, was einem Anstieg um 5,2% gegenüber 1967 entspricht. Ein Jungeselle verdiente 3,46 DM in der Stunde, rund 7,5% mehr als 1967. Der DurchschnittsStundenlohn der übrigen Arbeiter im Handwerk erhöhte sich dagegen nur um 4,1%.

Die Bruttoverdienste der Stundenlöhner außer Hausgemeinschaft in der Landwirtschaft sind zwar ebenfalls gestiegen, aber nicht in dem gleichen Ausmaß wie in Industrie und Handwerk. Sie konnten sich gegenüber 1967 jedoch immer noch um 2,3% verbessern, während sie zwischen 1966 und 1967 unverändert blieben. Dabei ging die Zahl der bezahlten Stunden etwas zurück. Im Durchschnitt verdiente im September 1968 der männliche Facharbeiter in der Landwirtschaft 3,84 DM je Stunde, der Landarbeiter 3,54 DM und der angelernte Arbeiter 3,35 DM. Der durchschnittliche Wochenverdienst aller in den landwirtschaftlichen Betrieben tätigen Stundenlöhner erreichte 181 DM und der Monatsverdienst etwa 786 DM. Diese Löhne sind um 4 bzw. 21 DM höher als im Vorjahre. Die für die Beschäftigten in der Landwirtschaft ermittelten Verdienste liegen erheblich unter den vergleichbaren in Industrie und Handwerk, sind aber in den vergangenen zwölf Jahren relativ etwas stärker gestiegen als die der Industrie.

c. Angestelltegehälter: Die Monatsverdienste der kaufmännischen und technischen Angestellten in der Industrie haben im Berichtsjahr ebenfalls kräftiger angezogen als in den

beiden vorangegangenen Jahren. Die Zunahme kam fast an 6% heran. Dabei schnitten die Männer besser ab als die Frauen. Die Erhöhung der Gehälter der männlichen kaufmännischen Angestellten überstieg nämlich 6%, während die der Frauen nicht ganz 5% erreichte. Ähnlich waren auch die Relationen bei den technischen Angestellten. Während der vorangegangenen zwölf Jahre konnten sich auch die Monatsverdienste der männlichen Angestellten mehr verbessern als die der weiblichen, was jedoch nicht bedeutet, daß die Frauen als Arbeitnehmer benachteiligt worden wären. Offenbar hängt dieser Unterschied mit der Altersstruktur und der Verschiebung im Leistungsgefälle zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten zusammen. In Zeiten der Vollbeschäftigung werden nämlich in wachsendem Umfange Frauen als Aushilfskräfte, meist in den unteren Gehaltsgruppen, beschäftigt, wodurch die für sie errechneten Durchschnittsverdienste nach unten gedrückt werden. Das läßt auch der Abstand der absoluten Werte erkennen. Ein männlicher kaufmännischer Angestellter in der Industrie erhielt im Oktober 1968 ein Durchschnittsgehalt von 1 268 DM, eine weibliche Angestellte von 790 DM. In der Leistungsgruppe II verdiente jedoch eine weibliche Angestellte beispielsweise 1 446 DM und ein männlicher Angestellter 1 679 DM. Für diesen verhältnismäßig geringen Unterschied mag die schwache Besetzung, vor allem aber die Altersstruktur und die Beschäftigungsdauer, den Ausschlag geben. Auch liegt die Gehaltsverbesserung bei den weiblichen Angestellten während der vergangenen zwölf Jahre in dieser Gruppe etwas über derjenigen der männlichen.

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten in der Industrie, im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe nach Geschlecht und Leistungsgruppen 1967 und 1968

Leistungs- gruppe	Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau)						Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe		
	kaufmännische Angestellte			technische Angestellte			kaufmännische Angestellte		
	1967	1968	Verän- derung	1967	1968	Verän- derung	1967	1968	Verän- derung
	DM		%	DM		%	DM		%
Insgesamt									
II	1 552	1 655	6,6	1 699	1 781	4,8	1 339	1 384	3,4
III	1 101	1 145	4,0	1 216	1 282	5,4	931	948	1,8
IV	723	750	3,7	940	967	2,9	594	621	4,5
V	552	580	5,1	721	736	2,1	513	543	5,8
Insgesamt	987	1 043	5,7	1 256	1 329	5,8	746	786	5,4
Männer									
II	1 576	1 679	6,5	1 704	1 786	4,8	1 392	1 435	3,1
III	1 173	1 224	4,3	1 227	1 294	5,5	1 031	1 057	2,5
IV	828	869	5,0	977	1 012	3,6	710	755	6,3
V	677	714	5,5	784	821	4,7	674	687	1,9
Zusammen	1 194	1 268	6,2	1 291	1 367	5,9	977	1 031	5,5
Frauen									
II	1 362	1 446	6,2	1 463	1 527	4,4	1 082	1 125	4,0
III	958	994	3,8	1 031	1 092	5,9	756	778	2,9
IV	675	700	3,7	750	773	3,1	554	577	4,2
V	526	555	5,5	645	641	- 0,6	467	506	8,4
Zusammen	754	790	4,8	869	910	4,7	585	618	5,6

Die Durchschnittsverdienste der technischen Angestellten überstiegen stets die der kaufmännischen; da aber ihre Zunahme in den letzten Jahren etwas hinter den kaufmännischen Angestellten zurückblieb, haben sich die Gehälter inzwischen etwas angenähert. Für den männlichen technischen Angestellten ergab sich im Oktober 1968 ein durchschnittlicher Monatsverdienst von 1 367 DM, für eine weibliche Kraft ein solcher von 910 DM, wobei in der oberen Leistungsgruppe der Unterschied zwischen Männern und Frauen, ähnlich wie bei den kaufmännischen Angestellten, wesentlich geringer ist.

Nach der Qualifikation der Beschäftigten ist die Verbesserung der Verdienste annähernd gleichmäßig verlaufen. Sowohl bei den männlichen als auch den weiblichen Angestellten sind die Verdienste der in Leistungsgruppe II eingestuften Beschäftigten über 6% gestiegen. Die der untersten Gruppe V angehörenden männlichen und weiblichen Angestellten erhielten eine Steigerung von 5,5%, die Frauen der beiden mittleren Gruppen hatten eine Verdienststeigerung von weniger als 4%, und die Männer dieser Gruppen kamen auf über 4% bzw. erreichten 5%. Bei den technischen Angestellten war die Zunahme in den beiden oberen Gruppen etwas stärker als bei den unteren.

Die Entwicklung der Monatsverdienste der Angestellten in der Industrie während der letzten zwölf Jahre läßt erkennen, daß die Angestellten der beiden oberen Leistungsgruppen von dem Verdienstanstieg mehr profitiert haben als die beiden unteren Gruppen. Sie konnten nämlich ihre Verdienste teilweise weit mehr als verdoppeln, während die beiden unteren Gruppen kaum 100% erreichten, teilweise sogar 90% nicht wesentlich überschritten. Eine Annäherung der einzelnen Leistungsgruppen ist daher nicht festzustellen, es ist

im Gegenteil der Unterschied noch deutlicher geworden.

Eine wesentlich andere, fast entgegengesetzte Entwicklung haben die Verdienste der Angestellten im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe erfahren. Das Verdienstniveau lag zwar in diesen Bereichen von jeher nicht unbeträchtlich unter dem der Industrie, ist aber in den letzten zwölf Jahren verhältnismäßig stärker gestiegen. Der Durchschnittsverdienst erhöhte sich in dieser Zeit um nahezu 138%, während die kaufmännischen Angestellten in der Industrie nur auf 121% kamen. Im Gegensatz zu diesen stiegen hier mit + 135% die Verdienste der Frauen wesentlich stärker an als die der Männer (+ 124%). Auch nach Leistungsgruppen unterschieden, ergibt sich beim Handel im Vergleich zur Industrie eine entgegengesetzte Entwicklung. Während die beiden unteren Leistungsgruppen (IV und V) Verbesserungen um 123 und 134%, bei den Frauen sogar bis 162% erreichen konnten, wurde als höchster Satz bei den Männern in der Leistungsgruppe II nur eine Steigerung von 117% ausgewiesen.

Die Verdienste der unteren Leistungsgruppen haben sich denen in der Industrie bereits stark angenähert. Für die Leistungsgruppe V der männlichen kaufmännischen Angestellten in der Industrie ergibt sich für den Monatsverdienst im Oktober 1968 ein Mittelwert von 714 DM, für den Angestellten im Handel in der gleichen Gruppe ein solcher von 687 DM. Bei den weiblichen Angestellten steht 555 DM der Betrag von 506 DM gegenüber. In den beiden oberen Gruppen bestehen zwischen den Monatsverdiensten in der Industrie und denen im Handel immer noch erhebliche Abstände, in der Leistungsgruppe II beispielsweise rund 15% bei den Männern und 22% bei den Frauen.

2. Arbeitszeiten

Um die effektiven Verdienste der Arbeiter zu errechnen, ist die Feststellung der Arbeitszeit unerlässlich. Bei den zu erfassenden Arbeitszeiten wird zwischen der bezahlten, das heißt der durch Tarifvereinbarung zu bezahlenden, und der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit unterschieden. Zu der bezahlten Wochenarbeitszeit zählen auch die nicht geleisteten Arbeitsstunden für den Urlaub, die gesetzlichen Feiertage und die sonstigen Ausfallzeiten. Die Anzahl der bezahlten Arbeitsstunden in der Woche ist daher in der Regel höher als die der geleisteten. Die von den Gewerkschaften durchgesetzte Arbeitszeitverkürzung kommt allerdings nur zeitweilig zum Tragen, denn die bezahlte Wochenarbeitszeit hat sich seit 1957 zwar um zwei Stunden für die männlichen und um dreieinhalb Stunden für die weiblichen Arbeiter verkürzt, die geleistete Wochenarbeitszeit ist indessen gleichgeblieben. Infolge der langjährigen Vollbeschäftigung sind die Arbeitszeitverkürzungen durch die Ableistung von Mehrarbeitsstunden annähernd ausgeglichen worden. Während des Nachlassens der wirtschaftlichen Aktivität in den Jahren 1966 und 1967 ging aber auch die Mehrarbeitszeit allmählich zurück, was mit einer relativen Minderung der Wochenverdienste verbunden war. Im Jahre 1968 stieg die Mehrarbeitszeit wieder um eine ganze Stunde auf nahezu 4 Stunden in der Woche an. Für die weiblichen Arbeitskräfte wurden bisher nur wenige Mehrarbeitsstunden nachgewiesen, so daß die tarifmäßig ausgehandelte Arbeitszeitverkürzung bei der Beschäftigung von Frauen wesentlich stärker zum Ausdruck kommt. Die Mehrarbeitszeit ist jedoch 1968 auch für die Frauen etwas angestiegen. Diese Entwicklung läßt ebenfalls auf einen wieder erhöhten Kräftebedarf in der Industrie schließen.

Im Durchschnitt leistete im Oktober 1968 ein Arbeiter in der Industrie 43,5 Stunden in der Woche, fast eine Stunde mehr als im Vorjahr. Auch die bezahlten Stunden ergaben ein um mehr als eine Stunde größeres Mittel von 45,5 Stunden. Diese Erhöhung ist ausschließlich durch Mehrarbeitszeit verursacht worden. Bei den Frauen nahm sowohl die geleistete als auch die bezahlte Arbeitszeit etwas zu, wenn auch die Mehrarbeitszeit dort immer noch eine untergeordnete Rolle spielt. Ihre Wochenarbeitszeiten liegen seit jeher um etwa vier Stunden unter denen der Männer.

Frauen leisten im allgemeinen auch weniger Überstunden und verrichten in geringerem Umfange Akkordarbeiten als Männer. Ebenso ist die Beschäftigung von Frauen in Betrieben, die hin und wieder — meist saisonbedingt — Kurzarbeit einführen müssen, verhältnismäßig stark. Schon daraus ergeben sich für die Arbeitszeiten der Frauen wesentlich geringere Durchschnittswerte.

Nur geringe Unterschiede in der Arbeitszeit sind zwischen Handwerk und Industrie gegeben. Die etwas höhere geleistete Arbeitszeit in der Industrie hängt zum Teil mit den unterschiedlichen Erhebungszeitpunkten in beiden Bereichen zusammen. Die Handwerksbetriebe werden jeweils im November befragt, in den in der Regel zwei bezahlte gesetzliche Feiertage fallen. Deshalb ist die bezahlte Wochenarbeitszeit im Handwerk (47,4 Stunden) ebenso hoch wie in der Industrie, die geleistete Arbeitszeit (41,7 Stunden) jedoch etwas niedriger. Die Mehrarbeitszeit ist auch im Handwerk nicht unbedeutend; sie hat sich gegenüber 1957 mehr als verdreifacht und ist auch im letzten Jahr weiter gestiegen.

Die durch die Lohnerhebung ermittelten Arbeitszeiten der Stundenlöhner in der Landwirtschaft können mit denen aus Industrie und Handwerk nicht ohne Einschränkung verglichen werden. Während in den beiden vorgenannten Wirtschaftszweigen die durchschnittliche Arbeitszeit nur wenig von der Saison beeinflusst wird, ist in der Landwirtschaft gerade das Gegenteil der Fall. Die Erhebung der Verdienste und Arbeitszeiten in der Landwirtschaft erfaßt jeweils den September eines Jahres, also eine der Arbeitsspitzen in diesem Bereich. Die Zahl der während dieses Monats geleisteten und bezahlten Stunden ist daher meist wesentlich höher als im Jahresdurchschnitt und höher als in der Industrie und im Handwerk. Geringere Schwankungen, die von Jahr zu Jahr auftreten, sind meist durch die jeweilige Wetterlage verursacht, die auch eine Verschiebung der Arbeitsspitzen zu bewirken vermag. Die durchschnittliche monatliche Arbeitszeit in der Landwirtschaft lag 1968 zwischen 220 und knapp 224 Stunden, während die Monatsarbeitszeit in der Industrie und im Handwerk wie bisher rund 200 erreichte. Die Arbeitszeit in der Landwirtschaft war damit, offenbar witterungsbedingt, etwas niedriger als im Vorjahre.

Dr. Th. Walter

Steuereinnahmen im Jahre 1968

1. Gesamtaufkommen

Die Steuereinnahmen von Bund, Land und Gemeinden (Gv.) entwickelten sich 1968 in Rheinland-Pfalz so, wie es angesichts der seit Mitte 1967 wieder verstärkten wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung und der verschiedenen Änderungen des Steuerrechts zu erwarten war. Das gesamte Steuervolumen belief sich auf 5,24 Mrd. DM und war somit um 6% höher als ein Jahr zuvor, als insgesamt noch ein leichter Rückgang zu verzeichnen war. Für das Bundesgebiet errechnet sich ein nur wenig stärkerer Anstieg (+ 6,2%). Bundes- und Landessteuern (einschließlich der gemeinschaft-

lichen Steuern vom Einkommen) nahmen im Länderdurchschnitt etwas kräftiger, die Gemeindesteuern schwächer zu als in Rheinland-Pfalz. Von den Mehreinnahmen in Rheinland-Pfalz kamen nach Berücksichtigung des sich 1968 auf 37% belaufenden Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer 36,9% dem Bund, 47,5% dem Land und 15,6% den Gemeinden zugute. Im Vergleich zu den Vorjahren hat sich damit die Verteilung des gesamten Steueraufkommens zugunsten des Landes verschoben, das nunmehr 33,7% von ihm beansprucht gegenüber 51,3% des Bundes und 15,0% der Gemeinden (Gv.).

2. Bundessteuern

Nachdem in den beiden vorangehenden Jahren jeweils rückläufige Aufkommenszahlen zu verzeichnen waren, erbrachten die ausschließlich dem Bund zustehenden Steuern 1968 erstmals wieder höhere Erträge als im Vorjahr. Die Zuwachsrate war jedoch mit + 2% relativ niedrig, so daß mit 1 894 Mill. DM ein Einnahmevermögen erreicht wurde, das hinter den Ergebnissen der Jahre 1965 und 1966 zurückblieb. Die Mehreinnahmen sind das Resultat gestiegener Erträge aus den Verbrauchsteuern und den Steuern vom Umsatz (einschließlich der Beförderungsteuer), der Einführung einer Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie einer weiterhin rückläufigen Entwicklung der Zolleingänge.

Im Rahmen der Maßnahmen der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes wurde zum 1. Januar 1968 mit der Ergänzungsabgabe eine ausschließlich die einkommensstärkeren Bevölkerungsschichten belastende Steuer eingeführt. Obwohl die Bund und Ländern zugute kommenden Steuern vom Einkommen die Bemessungsgrundlage der Ergänzungsabgabe bilden, ist sie eine reine Bundessteuer. Ihr Aufkommen belief sich im ersten Erhebungsjahr in Rheinland-Pfalz auf gut 27 Mill. DM.

Das Aufkommen aus den Steuern vom Umsatz stand weitgehend unter dem Einfluß steuerrechtlicher Änderungen. Vor allem war es der tiefgreifende Systemwechsel in Form des Übergangs von einer Allphasen-Bruttoumsatzsteuer zu einer Nettoumsatz- oder Mehrwertsteuer ab 1. Januar 1968, der die kontinuierliche Beurteilung der Einnahmenentwicklung erschwert. Das gesamte Umsatzsteueraufkommen in Höhe von fast 1 224 Mill. DM setzt sich zu zwei Dritteln aus Mehrwertsteuer und zu einem Fünftel aus Einfuhrumsatzsteuer-Zahlungen zusammen. Rund 11% der Einnahmen flossen noch aus der Umsatzsteuer nach altem Recht und knapp 2% aus der alten Umsatzausgleichsteuer, wobei es sich überwiegend um Einnahmen aus den Umsätzen und Einfuhren für Dezember (Monatszahler), das vierte Quartal (Vierteljahreszahler) oder das ganze Jahr 1967 (Jahreszahler) sowie um rückständige Steuerbeträge und Nachzahlungen auf Grund von Betriebsprüfungen der Umsätze für

1967 und früher handelte. Auffallend ist, daß die Einfuhrumsatzsteuer im Vergleich zur Umsatzausgleichsteuer der vorangehenden Jahre erheblich an Bedeutung gewonnen hat, was insofern fast ausschließlich steuertechnische Gründe hat, als grundsätzlich die entrichtete Einfuhrumsatzsteuer bei der auf den folgenden Umsatzstufen zu zahlenden Mehrwertsteuer als Vorsteuer abgezogen werden kann und somit deren Aufkommen mindert. Infolge der besonders im ersten Halbjahr wirksamen Entlastung der Altvorräte von der alten Umsatzsteuer und der Erhöhung des Mehrwertsteuertarifs ab 1. Juli 1968 kam der größte Teil der Mehrwertsteuer in der zweiten Jahreshälfte 1968 auf. Beim Vergleich der Steuereingänge mit denen des Vorjahres kann auf Grund der Umsatzsteuerreform nur von der Summe der Steuern vom Umsatz unter Einschluß der Beförderungsteuer ausgegangen werden. Die Beförderungsteuer, die in die Mehrwertsteuer aufgegangen ist, erbrachte 1968 nur noch Resteinnahmen in Höhe von 3,3 Mill. DM, die sich aus normalen Januarzahlungen sowie Zahlungen von rückständigen oder nachgeforderten Beträgen zusammensetzen. Steuern vom Umsatz und Beförderungsteuer wiesen insgesamt gegenüber dem Vorjahr mit + 1,7% ein stärkeres Wachstum als im Bundesgebiet (+ 0,6%) auf.

Den größten Beitrag zum Anstieg der Erträge aus Bundessteuern lieferten die Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer), deren Aufkommen sich um 5,7% auf mehr als 542 Mill. DM erhöhte. Dieses Ergebnis spiegelt allerdings nur zum Teil das Ausmaß einer entsprechenden Verbrauchssteigerung wider, da ab 1967 die Zahlungstermine der meisten Verbrauchsteuern durch Verkürzung der Zahlungsfristen vorverlegt wurden. Daraus resultierten einmalige Mehreinnahmen im Jahre 1967, was zwangsläufig zu einer Überhöhung der Vergleichsbasis gegenüber 1968 und einer Verringerung der Wachstumsraten führte. Im Vergleich zum Bundesgebiet (+ 4,3%) war die Aufkommensentwicklung in Rheinland-Pfalz jedoch noch relativ günstig, vor allem infolge höherer Steigerungsraten bei Tabak-, Kaffee-, Zucker- und Branntweinsteuer. Entscheidendes Gewicht hatten die Mehreinnahmen aus dem Branntweinmonopol (26 Mill. DM) und aus der Tabaksteuer (10 Mill. DM), bei der sich die Erhöhung des Steuertarifs zum 1. März 1967 erstmals

Steuereinnahmen im Bundesgebiet und in Rheinland-Pfalz nach der Finanzhoheit 1959 - 1968

Jahr	Bundesgebiet ¹⁾		Rheinland-Pfalz							
	insgesamt ²⁾				Bund ²⁾³⁾		Land ²⁾³⁾		Gemeinden (Gv.)	
	Mill. DM	Veränderung in %	Mill. DM	Veränderung in %	Mill. DM	Veränderung in %	Mill. DM	Veränderung in %	Mill. DM	Veränderung in %
1959	56 479	13, 1	2 544	10, 7	1 427	4, 5	691	15, 9	426	27, 2
1960	66 582	17, 9	2 788	9, 6	1 534	7, 5	803	16, 1	452	6, 1
1961	76 664	15, 1	3 321	19, 1	1 802	17, 5	1 035	28, 9	484	7, 1
1962	84 444	10, 1	3 655	10, 1	1 898	5, 4	1 206	16, 6	551	13, 8
1963	89 710	6, 2	4 021	10, 0	2 208	16, 3	1 232	2, 1	582	5, 6
1964	98 043	9, 3	4 557	13, 3	2 547	15, 4	1 377	11, 8	634	9, 0
1965	104 454	6, 5	4 889	7, 3	2 756	8, 2	1 448	5, 1	686	8, 2
1966	111 137	6, 4	4 967	1, 6	2 688	- 2, 5	1 541	6, 4	738	7, 7
1967	113 343	2, 0	4 944	- 0, 5	2 580	- 4, 0	1 626	5, 5	739	0, 0
1968	120 374	6, 2	5 239	6, 0	2 688	4, 2	1 766	8, 6	785	6, 2

1) Einschl. Berlin (West), ab 1960 einschl. Saarland. - 2) Ohne Notopfer Berlin. - 3) Einschl. des Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer.

1968 auf ein ganzes Jahr auswirkte. Abgesehen von der unbedeutenden Salzsteuer wiesen die in Rheinland-Pfalz nach der Branntweinsteuer ergiebigste Verbrauchsteuer, die Schaumweinsteuer, und die Mineralölsteuer rückläufige Zahlungseingänge auf. Bei der Mineralölsteuer dürfte sich auswirken, daß immer mehr Mineralölfirmen von der Möglichkeit Gebrauch machen, ihre Steuer am Unternehmenssitz zu entrichten, der sich in den meisten Fällen außerhalb von Rheinland-Pfalz befindet.

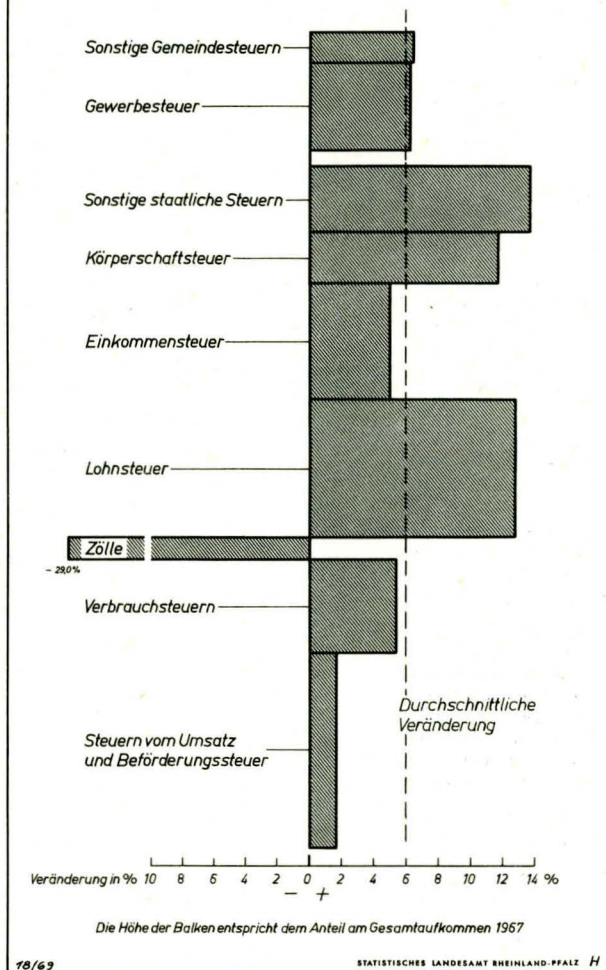
Im Vergleich zum Vorjahr gingen 1968 die Einnahmen aus den Zöllen sowohl in Rheinland-Pfalz (— 29%) als auch im Bundesgebiet (— 4,3%) zurück. Sieht man von Sondereinflüssen ab, die eine höhere Abnahmerate in Rheinland-Pfalz bedingten, so waren für diese Entwicklung in erster Linie Zollrechtsänderungen maßgebend, die besonders in der zweiten Jahreshälfte kassenwirksam wurden. Im Rahmen der EWG-Vereinbarungen wurden nämlich zum 1. Juli 1968 für Waren der gewerblichen Wirtschaft die Binnenzölle abgeschafft und ein gemeinsamer Zolltarif eingeführt, so daß nach diesem Zeitpunkt in der Gemeinschaft nur noch für einige Agrarwaren, für die Marktordnungen noch ausstehen, sowie für eine Reihe von Erzeugnissen der Montan-Union Binnenzollsätze bestehen. Außerdem wurden als erste Ergebnisse der sogenannten Kennedy-Runde die Zölle um zwei Fünftel des im Rahmen des GATT vereinbarten Umfangs gesenkt. Nicht ohne Einfluß auf die Veränderungsrate blieb auch die ab 1967 erfolgte Vorverlegung der Zahlungstermine. Die gesamten Zolleinnahmen erreichten mit knapp 98 Mill. DM in Rheinland-Pfalz nur noch ein Drittel des drei Jahre zuvor registrierten Höchstbetrages.

3. Landessteuern

Das Aufkommen an Landessteuern (einschließlich der zu 37% dem Bund zustehenden Steuern vom Einkommen) verzeichnete nach dem konjunkturbedingt niedrigeren Anstieg im Vorjahr im Jahre 1968 eine kräftige Steigerung um 9% auf 2,56 Mrd. DM. Nach den Ansätzen im Landeshaushaltsplan war mit einem geringeren Wachstum der Steuereingänge gerechnet worden. Vornehmlich infolge einer überproportionalen Entwicklung der Einnahmen aus der Körperschaftsteuer, der Lohnsteuer, den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag und der Kapitalverkehrsteuer sowie eines nur geringfügigen Einnahmerückgangs bei der Vermögensteuer überstieg das Kassenergebnis den Voranschlag um 3,2%. Etwas geringer als erwartet waren die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer und der Biersteuer.

Mit 2,15 Mrd. DM erbrachten die Steuern vom Einkommen insgesamt ein um 9,9% höheres Aufkommen als ein Jahr zuvor. Die Wachstumsrate liegt damit in Rheinland-Pfalz nur wenig unter der des Bundesgebietes. Den absolut stärksten Aufkommenszuwachs wies die besonders konjunkturreagible Lohnsteuer auf, bei der sich vor allem die im Zuge des verstärkten wirtschaftlichen Aufschwungs sinkende Arbeitslosigkeit, die zunehmende Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte, der Abbau von Kurzarbeit, vermehrte Überstunden

Entwicklung der Steuereinnahmen 1967 - 1968



und die Anhebung der Löhne und Gehälter einnahmesteigernd auswirkten. Die Zuwachsrate war mit 12,8% etwa ebenso hoch wie im Bundesgebiet; die Zahlungseingänge blieben insgesamt nur knapp unter 960 Mill. DM. Nicht so kräftig nahmen die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer zu (+ 5%). Sie sind das Ergebnis relativ niedriger Abschluß- und Nachzahlungen auf Grund der Veranlagung des weniger ergiebigen Geschäftsjahres 1966 sowie höherer Vorauszahlungen infolge steigender Einkommen und zurückgehender konjunktureller Sonderabschreibungen. Als aufkommensmindernder Faktor kommt die steigende Zahl von Arbeitnehmer-Veranlagungen hinzu, die sehr häufig zu Erstattungen führen. Sowohl die Kasseneingänge aus der Körperschaftsteuer (+ 11,7%) als auch aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (+ 15,9%) erhöhten sich überdurchschnittlich. Für die Entwicklung der Körperschaftsteuererträge waren nicht nur konjunkturelle Einflüsse, sondern auch der Wegfall von Steuerbegünstigungen im Kreditgewerbe ab 1. Januar 1968 maßgebend. Der beachtliche Anstieg des Aufkommens aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag resultierte in erster Linie aus erhöhten Gewinnausschüttungen

Einnahmen aus Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern 1965 - 1968

Steuerart	1965	1966	1967	1968	1965	1966	1967	1968
	1 000 DM				Veränderung zum Vorjahr in %			
Bundessteuern	2 044 570*	1 938 415	1 856 821	1 894 100	9, 4	- 5, 2	- 4, 2	2, 0
Ergänzungsabgabe	-	-	-	27 377	-	-	-	.
Steuern vom Umsatz und Beförderungsteuer	1 281 126*	1 240 545	1 206 479	1 226 773	10, 5	- 3, 2	- 2, 7	1, 7
Umsatzsteuer	1 005 110	1 063 324*	1 052 559	138 220	9, 8	5, 8	- 1, 0	.
Mehrwertsteuer	-	-	-	815 970	-	-	-	.
Umsatzausgleichsteuer	251 338*	151 415	128 412	21 195	15, 5	- 39, 8	- 15, 2	.
Einfuhrumsatzsteuer	-	-	-	248 129	-	-	-	.
Beförderungsteuer	24 678	25 806	25 508	3 259	- 8, 0	4, 6	- 1, 2	.
Verbrauchssteuern	468 623	530 027	512 993	542 408*	12, 6	13, 1	- 3, 2	5, 7
Tabaksteuer	150 540	111 899	67 761	77 692	3, 9	- 25, 7	- 39, 4	14, 7
Kaffeesteuer	36 730	45 089	51 738	54 605*	15, 3	22, 8	14, 7	5, 5
Teesteuer	167	254*	110	236	1 755, 6*	52, 1	- 56, 7	114, 5
Zuckersteuer	6 867	6 274	5 839	7 314	- 32, 8	- 8, 6	- 6, 9	25, 3
Salzsteuer	17	20	18	15	-	17, 6	- 10, 0	- 16, 7
Branntweinmonopol	169 127	203 988	204 104	230 252*	16, 6	20, 6	0, 1	12, 8
Schaumweinsteuer	61 636	85 790	97 912*	92 646	16, 1	39, 2*	14, 1	- 5, 4
Zündwarensteuer	567	533	493	559	17, 9	- 6, 0	- 7, 5	13, 4
Leuchtmittelsteuer	475	597	557	747*	1, 7	25, 7	- 6, 7	34, 1
Mineralölsteuer	42 495	75 582	84 461*	78 337	40, 4	77, 9	11, 7	- 7, 3
Zölle	294 821*	167 843	137 349	97 542	0, 8	- 43, 1	- 18, 2	- 29, 0
Landessteuern	2 158 955	2 290 207	2 348 593	2 560 158*	5, 1	6, 1	2, 5	9, 0
Steuern vom Einkommen	1 824 247	1 921 743	1 953 761	2 146 856*	4, 9	5, 3	1, 7	9, 9
Lohnsteuer 1)	711 862	824 617	850 593	959 370*	4, 5	15, 8	3, 2	12, 8
Veranlagte Einkommensteuer	696 067	723 065	716 019	751 821*	4, 5	3, 9	- 1, 0	5, 0
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	62 673	66 885	74 293	86 078*	22, 5	6, 7	11, 1	15, 9
Körperschaftsteuer	353 645*	307 176	312 856	349 587	3, 8	- 13, 1	1, 8	11, 7
Vermögensteuer	65 828	75 682	92 418*	89 529	- 8, 4	15, 0	22, 1	- 3, 1
Verkehrssteuern	212 846	232 390	241 433	261 203*	13, 2	9, 2	3, 9	8, 2
Erbschaftsteuer	6 519	8 169	12 136*	9 172	- 16, 8	25, 3	48, 6	- 24, 4
Kapitalverkehrssteuern	12 778*	11 195	6 390	11 000	93, 2	- 12, 4	- 42, 9	72, 1
Kraftfahrzeugsteuer	159 380	175 020	183 251	199 505*	11, 1	9, 8	4, 7	8, 9
Versicherungsteuer	3 985	4 723	4 949	5 252*	9, 3	18, 5	4, 8	6, 1
Rennwett- und Lotteriesteuer 2)	20 301	22 072	24 194	25 530*	18, 7	8, 7	9, 6	5, 5
Wechselsteuer	6 532	6 946	6 403	7 003*	7, 8	6, 3	- 7, 8	9, 4
Feuerschutzsteuer	3 351	4 265*	4 110	3 741	3, 6	27, 3	- 3, 6	- 9, 0
Biersteuer	56 038	60 398	60 981	62 570*	0, 3	7, 8	1, 0	2, 6
Gemeindesteuern	685 564	738 407	738 692	784 657*	8, 2	7, 7	0, 0	6, 2
Realsteuern	629 814	683 727	685 272	724 584*	7, 6	8, 6	0, 2	5, 7
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	469 021	513 783	510 721	541 976*	8, 0	9, 5	- 0, 6	6, 1
Lohnsummensteuer	33 832	36 695	36 093	38 565*	10, 6	8, 5	- 1, 6	6, 8
Grundsteuer A	38 784	38 840*	38 818	38 164	1, 5	0, 1	- 0, 1	- 1, 7
Grundsteuer B	88 177	94 409	99 640	105 879*	7, 5	7, 1	5, 5	6, 3
Übrige Gemeindesteuern	55 750	54 680	53 420	60 073*	14, 8	- 1, 9	- 2, 3	12, 5
Grunderwerbsteuer	40 877	41 409	40 181	46 581*	23, 4	1, 3	- 3, 0	15, 9
Schankerlaubnissteuer	2 695	3 100	3 105	3 479*	3, 5	15, 0	0, 2	12, 0
Schankverzehrsteuer	1 240*	497	417	221	- 58, 4	- 59, 9	- 16, 1	- 47, 0
Vergnügungssteuer	6 210*	4 725	4 668	4 527	8, 2	- 23, 9	- 1, 2	- 3, 0
Hundesteuer	3 566	3 663	3 761	3 926*	15, 1	2, 7	2, 7	4, 4
Jagd- und Fischereisteuer	1 162	1 286	1 288	1 339*	12, 8	10, 7	0, 2	4, 0
Insgesamt	4 889 089	4 967 029	4 944 106	5 238 915*	7, 3	1, 6	- 0, 5	6, 0
Nachrichtlich:								
Bundesanteil an der ESt und KSt	711 456	749 488	722 897	794 340*	4, 9	5, 3	- 3, 5	9, 9
Steuereinnahmen des Bundes	2 756 026*	2 687 903	2 579 718	2 688 440	8, 2	- 2, 5	- 4, 0	4, 2
Steuereinnahmen des Landes	1 447 499	1 540 719	1 625 696	1 765 818*	5, 1	6, 4	5, 5	8, 6
Notopfer Berlin	62	32	74	996	- 81, 2	- 48, 4	131, 3	1 245, 9*
Lastenausgleichs-Abgaben	70 230	62 513	61 740	62 637	- 12, 8	- 11, 0	- 1, 2	1, 5
Landwirtschaftskammerbeiträge	3 548	4 052	4 524*	4 113	- 10, 8	14, 2	11, 6	- 9, 1

1) Minderung infolge Abführung der Bergmannsprämie 1965 um 485 000 DM, 1966 um 23 000 DM, 1967 um 9 000 DM und 1968 um 6 000 DM. -

2) Einschl. Sport-Toto-Abgabe. - * Höchste Einnahme oder Wachstumsrate seit 1951.

der Kapitalgesellschaften, die sich zu mehr als drei Vierteln im zweiten Quartal 1968 steuerlich auswirkten.

Nach dem starken Zuwachs im Vorjahr verringerten sich die Erträge aus der Vermögensteuer im Jahre 1968 um 3,1% auf knapp 90 Mill. DM. Dieser Rückgang zeichnete sich bereits im zweiten Vierteljahr ab und ist in erster Linie auf das Auslaufen der Nachzahlungen aus der Ver-

mögensteuer-Hauptveranlagung auf den 1. Januar 1966 zurückzuführen. Eine noch höhere Abnahmerate war im Durchschnitt der Bundesländer (— 6,6%) zu verzeichnen.

Das Aufkommen des Landes aus den Verkehrssteuern stieg gegenüber 1967 um 8,2% auf gut 261 Mill. DM an. Mehr als drei Viertel dieser Einnahmen entfielen auf die Kraftfahrzeugsteuer, aus der als Folge zunehmender Motorisie-

rung und eines wachsenden Trends zum größeren Wagen 8,9% (im Bundesgebiet 6%) mehr als ein Jahr zuvor aufkamen. Beträchtlich angestiegen sind nach dem niedrigen Vorjahresresultat auch die Erträge aus den Kapitalverkehrsteuern, die allerdings mit 11 Mill. DM noch hinter den Kasseneingängen der Jahre 1965 und 1966 zurückblieben. Bis auf die Erbschaft- und die Feuerschutzsteuer wiesen auch die übrigen Verkehrsteuern Einnahmesteigerungen auf. Das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer verringerte sich aus veranlagungstechnischen Gründen um fast ein Viertel auf etwas über 9 Mill. DM.

Aus der Biersteuer, die als einzige Verbrauchsteuer den Ländern zugute kommt, flossen im Berichtsjahr in Rheinland-Pfalz fast 63 Mill. DM und damit 2,6% mehr als im Vorjahr zu. Die Entwicklung der Biersteuererträge wurde maßgeblich durch das Gesetz zur Änderung des Biersteuergesetzes vom 10. Mai 1968 beeinflusst, das durch Verkürzung der Zahlungsfristen ab Mitte 1968 zu einmaligen Mehreinnahmen führte.

4. Gemeindesteuern

Die Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände lagen 1968 mit rund 785 Mill. DM um 6,2% über dem Ergebnis des Vorjahres. Mit Ausnahme der Grundsteuer A trugen alle bedeutenden Gemeindesteuern zu der Einnahmesteigerung bei. Von dem Gesamtaufkommen kamen zwei Fünftel den kreisfreien Städten, fast 56% den kreisangehörigen Gemeinden und gut 4% den Landkreisen zugute. Im Vergleich zum Vorjahr haben diese Relationen keine wesentliche Änderung erfahren.

Mehr als 92% der Gemeindesteuereinnahmen resultierten 1968 aus den Realsteuern, die mit 725 Mill. DM 5,7% mehr einbrachten als ein Jahr zuvor. Den höchsten absoluten Zuwachs erreichte die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital, deren Zahlungseingänge sich aus Nachzahlungen für das Geschäftsjahr 1966 und Vorauszahlungen zusammensetzten. Ihr Aufkommen erhöhte sich nach dem

teilweise durch Erstattungen aus den Zweigstellensteuer-Urteilen verursachten leichten Rückgang im vorangegangenen Jahr um 6,1% auf 542 Mill. DM. Auf die kreisfreien Städte entfielen mehr als 37% und die kreisangehörigen Gemeinden knapp 63% der Mehreinnahmen. Die in Rheinland-Pfalz von etwa 17% der Gemeinden erhobene Lohnsummensteuer erbrachte fast 39 Mill. DM; das entspricht einer Steigerung gegenüber 1967 um 6,8%. Von diesem Betrag kamen fast 65% in den kreisfreien Städten auf, allein rund die Hälfte in Koblenz und Ludwigshafen. Nach der Stagnation im Vorjahr ging das Aufkommen aus der den land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz belastenden Grundsteuer A geringfügig, und zwar um 1,7% auf rund 38 Mill. DM, zurück. Bei dieser Steuerart ist mit keiner wesentlichen Veränderung zu rechnen, solange sie auf den erstarrten Einheitswerten des Jahres 1935 basiert. Weiterhin ansteigend sind dagegen die Erträge aus der Besteuerung des nichtlandwirtschaftlichen Grundbesitzes (Grundsteuer B). Auf deren Zunahme um 6,3% auf 106 Mill. DM wirkte sich neben Hebesatzerhöhungen vor allem das Hineinwachsen der zehn Jahre steuerbefreiten Neubaubesitzer in die Steuerpflicht aus.

Unter den übrigen Gemeindesteuern, deren gesamtes Aufkommen im Vergleich zum Jahre 1967 um 12,5% auf 60 Mill. DM angestiegen ist, kommt der seit 1964 ausschließlich den Landkreisen und kreisfreien Städten zufließenden Grunderwerbsteuer das größte Gewicht zu. Sie erbrachte im Berichtsjahr mit fast 47 Mill. DM annähernd 16% mehr als im Vorjahr, in dem noch ein Rückgang zu verzeichnen war. Knapp zwei Drittel dieses Betrages wurden von den Landkreisen vereinnahmt. Weiterhin rückläufig entwickelten sich die Erträge aus der Vergnügungssteuer und aus der nur noch von wenigen Gemeinden erhobenen Schankverzehrssteuer. Schankerlaubnis-, Hunde- sowie Jagd- und Fischereisteuer wiesen geringfügige Mehreinnahmen auf.

Dipl.-Volkswirt H. W. Noe

Die Bauwirtschaft im Jahre 1968

1. Allgemeine Entwicklung

Die der starken Expansion der Bauwirtschaft folgende Rezession, die zur Jahreswende 1965/66 einsetzte, konnte dank der vielfältigen Bemühungen der Länder, der Gemeinden und insbesondere des Bundes zur Stützung der Konjunktur, wie sie in den Stabilisierungsprogrammen ihren Niederschlag fanden, im Herbst 1967 endgültig überwunden werden, so daß der Beschäftigtenhöchststand des Jahres 1967 im Gegensatz zu den Vorjahren erst im Spätherbst erreicht wurde und bis in den Dezember hinein gehalten werden konnte. Beispielsweise wurde der Monatsdurchschnitt des Jahres 1967 im November (+ 4,8%) und auch im Dezember (+ 1,6%) noch merklich übertroffen. Die Beschäftigungsspitze lag im Oktober nur unwesentlich (+ 0,6%) über dem Stand von Ende November. Im Jahre 1966 war der Beschäftigtenhöchststand hingegen schon im Juni erreicht worden, und im November wurde der Monatsdurchschnitt bereits um

4,7%, im Dezember um fast 10% unterschritten. Entsprechend waren die ersten Monatswerte des Jahres 1968 als Konjunkturindikatoren von ganz besonderer Bedeutung, da es galt, die Frage der endgültigen Überwindung der Baurezession zu beantworten. Zugleich sollten sie Aufschluß über die Nachhaltigkeit der Auswirkungen der beiden Konjunkturprogramme geben und die Entscheidung der Notwendigkeit eines dritten Konjunkturprogramms erleichtern. Die saisonbedingte Entlassungswelle von Dezember 1967 auf Januar 1968 in Höhe von — 5,1% ließ diese Frage noch offen. Die Entlassungen erreichten zwar nicht das Ausmaß des Jahres zuvor, als sich die Beschäftigtenabnahme auf — 9,0% belaufen hatte, überstieg aber die Quote von Dezember 1965 auf Januar 1966 (— 3,7%) deutlich. Da die Bauunternehmen im Februar 1968 infolge günstiger Auftragslage von weiteren Freistellungen absahen (— 0,1%) und im März bereits ihr Arbeitskräftepotential so auffüllten

Betriebsgrößenklasse	Betriebe am 30. Juni 1968	davon gehörten im Juni 1967 zur Größenklasse mit ... Beschäftigten								Neu- grün- dungen	Auf- lösungen
		1	2 - 4	5 - 9	10 - 19	20 - 49	50 - 99	100 - 199	200 und mehr		
1 Beschäftigte	358	232	49	10	2	2	1	-	-	114	52
2 - 4 "	996	39	793	136	7	2	2	-	-	111	94
5 - 9 "	1 232	1	142	918	146	3	2	-	-	98	78
10 - 19 "	957	1	6	124	734	88	3	-	-	55	54
20 - 49 "	773	-	1	2	114	629	30	1	-	44	48
50 - 99 "	262	1	-	-	4	44	202	10	-	16	15
100 - 199 "	116	-	1	-	-	-	25	82	5	8	5
200 und mehr "	29	-	-	-	-	-	1	6	21	1	-
Insgesamt	4 723	274	992	1 190	1 007	768	266	99	26	447	346

(+ 2,3%), daß der Monatsdurchschnitt 1967 nahezu erreicht wurde, waren die Weichen für eine, gemessen am Jahre 1967, günstige Entwicklung gestellt. Allerdings war zu erwarten, daß das hohe Beschäftigungsniveau der Jahre 1963 bis 1966 nicht wieder erreicht werden konnte. So blieb selbst die Beschäftigtenhöchstzahl im Jahre 1968 im Oktober unter dem Monatsdurchschnitt der genannten Jahre, was verdeutlicht, daß sich die neuerliche Belebung auf einem merklich niedrigeren Beschäftigtenniveau vollzog. Immerhin betrug das Gefälle gegenüber 1963 hier 8,0% und im Vergleich zu 1964 sogar 10,3% (1965: — 9,2%, 1966: — 6,4%). Diese Zahlen lassen den gemäßigten Optimismus der Bauwirtschaft verständlich erscheinen.

Die Entwicklung der Investitionstätigkeit gibt Aufschluß über die Einschätzung der konjunkturellen Lage seitens der Unternehmer. Auf den Höchststand im Jahre 1964 — hier hatten sich die Bruttoanlagenzugänge der Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten auf 165 Mill. DM belaufen — folgte eine stärkere Zurückhaltung (1965: — 13,0%). Die sehr starke Investitionsdrosselung des Jahres 1966 (— 28,7%) wurde 1967 bereits wieder von einem mäßigen Anstieg (+ 5,6%) abgelöst und die außerordentlich erfreuliche Produktionsausdehnung der Baumaschinenhersteller im Jahre 1968 läßt eine weitere Investitionsbelebung erwarten. Ein Vergleich der Investitionsquoten bzw. der Investitionsintensität der Jahre 1964 und 1967 gibt Aufschluß über das unterschiedliche unternehmerische Verhalten bzw. die abweichende konjunkturelle Situation. Im Jahre 1964 hatte die Bauwirtschaft 8,2% ihres Umsatzes bzw. 2 249 DM je Beschäftigten, im Jahre 1967 hingegen nur 4,8% bzw. 1 605 DM je Beschäftigten investiert. Insbesondere zeigt der Vergleich mit der Industrie, daß die Bauwirtschaft im Jahre 1968 hinter der allgemeinen Konjunktur zurückgeblieben ist, eine Entwicklung, welche der Sachverständigenrat auch für die Baukonjunktur im Jahre 1969 prognostiziert.

2. Betriebsstruktur

Die aufgezeigte Entwicklung blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Unternehmensstruktur, die im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz weitgehend mit der Betriebsstruktur übereinstimmt. Infolge der relativ günstigen Einschätzung der künftigen Baukonjunktur überstieg die Zahl der Firmenneugründungen erstmals seit 1964 von Juni

1967 auf Juni 1968 die Zahl der Betriebsauflösungen, und zwar um 101. So standen den 346 Schließungen 447 Neugründungen gegenüber, wozu jeweils auch der Neubeginn bzw. die Einstellung von Arbeitsgemeinschaften zählen. Ein Viertel aller Neugründungen waren Einmannbetriebe, ein Viertel verfügte Ende Juni 1968 über zwei bis vier und nahezu ein weiteres Viertel über fünf bis neun Beschäftigte.

Von den Liquidationen rechneten 52 Betriebe im Juni 1967 zu den Einmannbetrieben, 94 hatten zwei bis vier und 78 fünf bis neun Kräfte beschäftigt. Bei den Betrieben mit zehn und mehr Beschäftigten glichen sich Zu- (124) und Abgänge (122) in etwa aus. Der Zugang blieb so auf die kleineren Betriebe beschränkt. Er stellte sich insgesamt auf 2,2%. Allerdings vermochten die großen Betriebe, welche von 1966 auf 1967 den stärksten Rückgang ausgewiesen hatten, diesen wiederum weitgehend zu kompensieren. So erhöhte sich die Zahl der Betriebe mit 100 bis 199 Beschäftigten um 17,2% auf 116 und der mit 200 und mehr Beschäftigten um 11,5% auf 29. Die entsprechenden Veränderungs-raten hatten sich im Vorjahr auf — 22,0 bzw. — 23,5% gestellt.

Von den 4 622 Betrieben Ende Juni 1968, die bereits Ende Juni 1967 tätig waren, hatten sich 3 611 bei der Zuordnung nach Größenklassen nach der Zahl der Beschäftigten nicht verändert. 21,9% bzw. rund 1 000 Betriebe wechselten infolge Beschäftigtenänderungen aus ihrer alten in eine, meist höhere Größenklasse. Der Anteil der Betriebe, bei denen keine Verschiebung festzustellen war, blieb innerhalb der Größenklassen in etwa konstant. Die Extremwerte bewegten sich zwischen 72,9 und 84,7%. Einschränkend gilt zu bemerken, daß die Arbeitsgemeinschaften diesen Größenklassenvergleich erschweren, da ihre Größe von den Partnerfirmen jeweils auf die einzelne Baumaßnahme ausgerichtet wird.

In den 4 723 Betrieben waren Ende Juni 1968 insgesamt 91 249 Personen beschäftigt, 3,7% mehr als Ende Juni 1967. Auch hier verlief die Entwicklung nach Beschäftigtengrößenklassen recht unterschiedlich. Die Einmannbetriebe wiesen mit + 30,7 den höchsten Zugang auf, gefolgt von den Betrieben mit 100 bis 199 (+ 19,0%) und denen mit 200 und mehr Beschäftigten (+ 13,8%). Allein für die Größenklasse zehn bis 19 Beschäftigte errechnete sich

eine Abnahme um 5,8⁰%, welche der der Betriebsentwicklung hier entsprach (— 5,0⁰%), so daß sich für die Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten noch eine Abnahme von 1,5⁰% ergab. Im Vorjahr war hier noch ein Zugang um 3,5⁰% zu beobachten. Sowohl die Betriebe mit 20 bis 49 (+ 0,6⁰%) als auch mit 50 bis 99 Beschäftigten (+ 1,0⁰%) verzeichneten eine Stagnation. Dennoch belief sich der Beschäftigtenzuwachs der Betriebe mit 20 und mehr Personen auf 5,7⁰%, der im Vergleich zu der Einbuße von Juni 1966 auf Juni 1967 in Höhe von 17,2⁰% besondere Beachtung verdient.

Nach Gewerbebezügen wiesen die Sparten des Spezialbaues infolge der geringen Betriebszahlen relativ die höchsten Zugänge auf. Insgesamt erhöhte sich die Zahl der Betriebe des Spezialbaues um 11,1⁰% auf 150. Das Stukkateur-, Gips- und Verputzergewerbe wies eine Ausweitung um 3,8⁰%, der Hoch- und Tiefbau um 1,8⁰% und die Zimmerei und Dachdeckerei um 1,4⁰% aus.

3. Arbeitseinsatz

Von den 91 249 Beschäftigten im Bauhauptgewerbe Ende Juni 1968 stellten die Helfer und Hilfsarbeiter 29,2⁰%. Da gerade die Hilfsarbeiter im Jahre zuvor überaus stark von den Freistellungen betroffen worden waren, hat sich, entgegen der langfristigen Entwicklung, der Anteil dieser Beschäftigtenkategorie geringfügig erhöht (1967: 28,8⁰%). Mit dieser Veränderung dürfte jedoch keineswegs ein Tendenzumschwung zu erwarten sein, da auch auf dem Baumarkt langfristig die qualifizierten Kräfte noch an Bedeutung gewinnen werden. So erhöhte sich der Anteil der Angestellten weiterhin auf 7,0⁰%. Vor allem war bei dem technischen Personal mit 8,1⁰% ein überaus starker Zugang zu beobachten. Bei den kaufmännischen Angestellten, welche von der Rezession nicht im gleichen Umfang betroffen worden waren, stellte sich der Zuwachs auf 2,7⁰% auf. Auffallend ist der hohe Anstieg der Betonbauer bei den Facharbeitern um reichlich ein Viertel. Hingegen verminderte sich die Zahl der gewerblichen Lehrlinge weiterhin um 15,5⁰% auf knapp 2 000, so daß deren Anteil auf 2,2⁰% sank. Damit dürfte die laufende Ergänzung der Facharbeiter keineswegs gesichert sein, so daß

Betriebe des Bauhauptgewerbes und deren Beschäftigte nach Betriebsgrößenklassen im Juni 1968

Betriebsgrößenklasse	Betriebe			Beschäftigte		
	insgesamt	Anteil	Veränderung zu 1967	insgesamt	Anteil	Veränderung zu 1967
	Anzahl	%		Anzahl	%	
1 - 9 Beschäft.	2 586	54,7	5,3	11 710	12,8	3,8
10 - 19 "	957	20,3	- 5,0	12 963	14,2	- 5,8
1 - 19 "	3 543	75,0	2,3	24 673	27,0	- 1,5
20 - 49 "	773	16,4	0,7	23 565	25,8	0,6
50 - 99 "	262	5,5	- 1,5	17 898	19,6	1,0
100 - 199 "	116	2,5	17,2	15 664	17,2	19,0
200 und mehr "	29	0,6	11,5	9 449	10,4	13,8
20 und mehr "	1 180	25,0	1,8	66 576	73,0	5,7
Insgesamt	4 723	100,0	2,2	91 249	100,0	3,7

die Bauwirtschaft weiterhin verstärkt genötigt bleibt, Fachkräfte anderer Wirtschaftsbereiche anzuwerben. Die Zahl der Lehrlinge hatte sich im Juni 1966 noch auf 3 290 gestellt, so daß sich für die beiden vergangenen Jahre eine Abnahme von 40,2⁰% errechnet.

Recht unterschiedlich verlief die Beschäftigtenentwicklung nach Gewerbebezügen. Im Hoch- und Tiefbau war eine Zunahme um reichlich 3 000 Arbeitskräfte (+ 4,6⁰%) festzustellen. Für den Straßenbau errechnete sich ein Zuwachs von 13,3⁰%, so daß die Hälfte der Neueinstellungen durch die im Straßenbau tätigen Unternehmen erfolgte. Aber auch der Hoch- und Ingenieurhochbau konnte die Belegschaft um 5,0⁰% aufstocken und damit seinen Beschäftigtenanteil auf 33,7⁰% erhöhen. Die Veränderungsraten der übrigen Gewerbebezüge lagen, sieht man von der Zunahme des Schornstein-, Feuerungs- und Industrieofenbaues (+ 7,6⁰%) ab, unter dem Durchschnitt. Sowohl das Zimmerer- und Dachdeckergewerbe (— 0,6⁰%) als auch die Stukkateure, Gips- und Verputzer (— 0,2⁰%) konnten den Beschäftigtenstand von Juni 1967 nicht wieder erreichen. Diese nach Gewerbebezügen differenzierte Beschäftigtenentwicklung läßt bereits die unterschiedliche Konjunkturlage nach Bausparten erkennen.

Infolge der eingangs geschilderten fortschreitenden Belegung der Baukonjunktur errechnete sich im Monatsvergleich gegenüber 1967 mit einem Beschäftigtenzugang um 3,7⁰% ein ebenso günstiges Ergebnis, wenn auch der Rückgang von 1966 auf 1967, der sich auf 9,8⁰% belaufen hatte, nicht ausgeglichen werden konnte. Die Zahl der Helfer und Hilfsarbeiter erhöhte sich im Monatsdurchschnitt um reichlich 3 000 bzw. 6,3⁰% und die der Facharbeiter um 2 000 bzw. 3,1⁰%. Die Zunahme bei den übrigen Beschäftigtenkategorien war gering. Für die Lehrlinge errechnete sich 1968 eine Abnahme um 12,0⁰%.

Die Zunahme der geleisteten Arbeitsstunden blieb mit + 0,2⁰% erheblich hinter dem Beschäftigtenzugang zurück. Insgesamt war eine Leistungssteigerung von 152,7 Mill. im Jahre 1967 auf 153,0 Mill. Stunden im Jahre 1968 festzustellen. Dem Rückgang im privaten Bau um 2,0⁰% stand eine Zunahme des öffentlichen und Verkehrsbaues um 4,4⁰% gegenüber. Die Abnahme im Wohnungsbau

Beschäftigte im Bauhauptgewerbe nach der Stellung im Betrieb im Juni 1967 und 1968

Stellung im Betrieb	1967	1968	Veränderung
	Anzahl		%
Tätige Inhaber	5 153	5 276	2,4
Unbezahlte mithelfende Familienangehörige	424	458	8,0
Angestellte	6 077	6 360	4,7
kaufmännische	3 887	3 992	2,7
technische	2 190	2 368	8,1
Poliere, Schachtmeister, Meister	2 056	2 138	4,0
Hilfsspoliere, Hilfsmeister, Fachvorarbeiter	4 170	4 658	11,7
Facharbeiter	42 459	43 748	3,0
Maurer	18 801	18 531	- 1,4
Betonbauer	1 254	1 588	26,6
Zimmerer	4 693	5 148	9,7
Übrige Bauarbeiter	9 123	9 605	5,3
Sonstige Facharbeiter	8 588	8 876	3,4
Helfer und Hilfsarbeiter	25 362	26 644	5,1
Gewerbliche Lehrlinge	2 328	1 967	- 15,5
Insgesamt	88 029	91 249	3,7

um 4,1⁰/₀ und im landwirtschaftlichen Bau um 4,5⁰/₀ wurde von der Belebung des gewerblichen Baues (+ 4,4⁰/₀) weitgehend kompensiert. Die Zunahme des öffentlichen und Verkehrsbaues resultierte aus der günstigen Entwicklung des Straßenbaues (+ 11,2⁰/₀) und des sonstigen Tiefbaues (+ 6,2⁰/₀), welche besonders von den beiden Konjunkturhaushalten begünstigt worden waren. Dagegen wirkten sich diese Maßnahmen auf den öffentlichen Hochbau nicht im gleichen Umfang aus, so daß dieser, gemessen am Arbeitseinsatz, mit — 10,1⁰/₀ hinter dem Stand des Jahres 1967 zurückblieb. Der Vergleich mit den Veränderungsraten des Jahres 1967 zeigt insgesamt eine entgegengesetzte Entwicklung, so daß, gemessen am Leistungsniveau des Jahres 1966, die Bauentwicklung ausgeglichener verlief, und das wesentlichste Ziel der Konjunkturhaushalte im Interesse einer optimalen Gesamtentwicklung, eine ausgewogene Spartenkonjunktur, erreicht werden konnte. Der Anteil des öffentlichen Baues näherte sich mit 42,7⁰/₀ wieder stärker dem Anteil des Jahres 1966, der sich auf 43,4⁰/₀ belaufen hatte, und entsprechend pendelte sich auch der Anteil des privaten Baues mit 57,3 gegenüber 59,0⁰/₀ auf das frühere Niveau ein.

Auffallend waren wiederum die hohen Schwankungen im Saisonverlauf. Die mittlere Abweichung der Arbeitsstunden erhöhte sich von 17,2⁰/₀ im Jahre 1967 auf 19,3⁰/₀. Im Jahre 1966 hatte sich diese noch auf 15,9⁰/₀ gestellt. Die höchste Leistung war im Oktober mit 15,9 Mill. Arbeitsstunden erzielt worden, als die durchschnittliche Leistung um 24,6⁰/₀ übertroffen werden konnte. Das geringste Ergebnis war infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse im Jahre 1968 verzeichnet worden, als sich im Vergleich zum Monatsdurchschnitt eine negative Abweichung von 44,5⁰/₀ errechnete. Bei diesem Monatsvergleich ist jedoch zu berücksichtigen, daß die unterschiedliche Zahl an Arbeitstagen zu Vergleichsstörungen führt. Die Extremwerte bildeten der Juni mit 17 und der Juli bzw. Oktober mit jeweils 23 Arbeitstagen. Unter Ausschaltung dieser Sonderheiten errechnete sich eine durchschnittliche arbeitstägliche Abweichung von 19,5⁰/₀, welche das kalendertägliche Ergebnis sogar noch geringfügig übersteigt. Die monatlichen Schwankungen wiesen zum Teil größere Unterschiede auf. Die Extremwerte betrugen im Juni + 30,9 und im Januar — 47,6⁰/₀. Hingegen hatte sich die durchschnittliche Abweichung der Beschäftigten lediglich auf 3,6 gestellt (1967: 3,8). Hier lag der Oktober um 5⁰/₀ über und der Februarstand um 7,1⁰/₀ unter dem Monatsdurchschnitt. Als eine der Hauptursachen der Abweichung gegenüber der Leistungskurve sind die infolge schlechter Witterung ausgefallenen Tagewerke zu nennen. Diese nahmen im Vergleich zu 1967 um 38,6⁰/₀ auf 1,9 Mill. zu (1967: 1,4 Mill.), wobei mit 0,8 Mill. nahezu die Hälfte im Januar 1968 zu registrieren war (+ 73,3⁰/₀ gegenüber Januar 1967).

Die Lohn- und Gehaltssumme belief sich auf 915,6 Mill. DM, was einer Steigerung um 7,9⁰/₀ gegenüber 1967 entspricht. Sie führte damit wesentlich über die Zunahme der Beschäftigten und auch des Arbeitseinsatzes hinaus und gibt Auf-

schluß über die Lohn- und Gehaltsbewegungen im Bauhauptgewerbe. Nach dem relativ hohen Rückgang um 11,4⁰/₀ von 1966 auf 1967 wurde 1968 in etwa die Lohn- und Gehaltssumme wie 1966 erreicht. Die Zunahme der Lohnzahlungen im Vergleich zu 1967 führte mit + 8,1⁰/₀ wesentlich über die Steigerung der Gehälter (+ 6,4⁰/₀) hinaus. Dies hatte eine geringfügige Anteilsverschiebung zur Folge. Der Anteil der Gehälter an der Lohn- und Gehaltssumme, welcher seit Jahren eine steigende Tendenz aufweist, ging von 9,6 auf 9,3⁰/₀ zurück. Setzt man die Lohn- und Gehaltssumme in Relation zum Umsatz, so errechnet sich eine Quote von 38,8⁰/₀, wenn man vom Umsatz einschließlich Umsatzsteuer ausgeht. Würde man den Umsatz ohne Umsatzsteuer zugrundelegen, dann erhöht sich diese Quote auf 50,6⁰/₀. Ein Vergleich mit den entsprechenden Werten der Vorjahre — hier schwankte dieser Wert zwischen 30 und 35⁰/₀ — ist infolge der Änderung der Umsatzabgrenzung, die ab Januar 1968 wirksam wurde, nicht sinnvoll. Dennoch lassen diese Zahlen erkennen, daß das Bauhauptgewerbe auch weiterhin zu den lohnintensivsten Zweigen des produzierenden Gewerbes zählt, obwohl durch den steigenden Maschineneinsatz die physische Leistungsbeanspruchung hier weiter zurückgedrängt wird und die technisch perfektionierten Maschinen den Baustellen immer mehr den Charakter von Montagestellen verleihen. So ergab sich für das Bauhauptgewerbe eine durchschnittliche Lohn- und Gehaltsbelastung von 6 DM je geleisteter Arbeitsstunde gegenüber 5,56 DM im Jahre zuvor (+ 7,9⁰/₀). Da die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und einige weitere Sozialkosten hierbei unberücksichtigt blieben, führt die effektive Belastung noch erheblich über die genannte Größe hinaus.

Entsprechend der langfristigen Entwicklung nahm die durchschnittliche Arbeitszeit im Hoch- und Tiefbau auch von 1967 auf 1968 weiter ab, und zwar um 1,8⁰/₀ auf 42,7 Wochenstunden. Da in den neuerlichen Tarifabkommen für das Bauhauptgewerbe nunmehr auch die 40-Stunden-Woche ganzjährig vereinbart wurde — zunächst war hier, um eine dem Saisoncharakter dieses Wirtschaftszweiges adäquate Regelung zu finden, eine jahreszeitlich gespaltene Arbeitszeit vereinbart worden — dürfte mit einer weiteren Abnahme und einem allmählichen Einpendeln auf die 40-Stunden-Woche zu rechnen sein. Diese Entwicklung stellt die Unternehmer vor große Schwierigkeiten, da die Ausführungszeiten vieler Baumaßnahmen relativ kurz terminiert sind, und Überschreitungen der Fertigstellungstermine häufig mit hohen Konventionalstrafen belegt werden. Infolge der starken Witterungsabhängigkeit der Bautätigkeit muß die Flexibilität dieses nichtstationären Gewerbes bei der Verkürzung der Arbeitszeit stark eingeschränkt werden, die erfahrungsgemäß mit der Verkürzung der Arbeitszeit auch die Bereitschaft zur Überstundenleistung abnimmt, so daß die Frage der Schichtarbeit zur besseren Nutzung des sehr kapitalaufwendigen Geräteparks aktuell werden dürfte. Doch ist hier zu berücksichtigen, daß die Lohn- und Gehaltskosten zusätzlich mit hohen Auslösbeträgen belastet werden, welche an die Arbeitskräfte bei einer nicht stationären Fertigungs-

weise häufig zu zahlen sind. Immerhin hat sich die durchschnittliche Arbeitszeit von 1964 von 45,0 bis 1968 auf 42,7 Stunden vermindert (— 5,1%). Die Zahl der durchschnittlich bezahlten Wochenarbeitszeit erhöhte sich hingegen im abgelaufenen Jahr um 1,6% auf 44,7 Stunden.

Die Bruttostundenverdienste stiegen zugleich um 3,7% auf 4,74 DM. Den Stand von 1964 übertrafen sie um ein Fünftel. Damit stellte sich der durchschnittliche Bruttowochenverdienst im Jahre 1968 auf 213 DM. Gleichzeitig stiegen die durchschnittlichen Gehälter der männlichen kaufmännischen Angestellten um 6,1% auf 1 196 DM. Die Spanne zwischen den Leistungsgruppen II und V belief sich zwischen 470 und 1 524 DM. Die Gehälter der weiblichen Angestellten erhöhten sich gleichzeitig im Durchschnitt um 4,5% auf 718 DM, während die männlichen technischen Angestellten ihre Spitzenstellung mit einem Durchschnitt von 1 448 DM halten konnten, da deren Gehälter ebenfalls um 5,9% angehoben worden waren.

4. Maschineneinsatz

Die Bestands- bzw. Veränderungszahlen der wichtigsten Baugeräte lassen den eigentlichen Fortschritt der Mechanisierung der Bauwirtschaft nicht voll evident werden. Zudem erschwert der Zug zum vielseitig verwendbaren Baugerät die Zuordnung der einzelnen Aggregate, welche durch die Beistellung von Zusatzgeräten zu verschiedenen Funktionen herangezogen werden können, um das Bauleistungsangebot der Firmen zu erweitern, die sich damit einen größeren Markt eröffnen können. Zwar gilt als Richtlinie der Zuordnung der überwiegende Einsatz; dies gestattet die Zuordnung gleicher Aggregate zu verschiedenen Positionen. Zudem zeigt das Firmenangebot, wie dies beispielsweise auf der großen Baumaschinen-Ausstellung BAUMA in München einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird, welch unterschiedlicher Maschinenpark sich unter die gleiche Bezeichnung subsumieren läßt, insbesondere, wenn man von den jeweiligen Bestandswerten ausgeht, wobei das Anschaffungsjahr unberücksichtigt bleibt. Entsprechend muß der Katalog des jährlich zu erfassenden Baugerätes laufend am technischen Fortschritt gemessen und umgruppiert werden. So wurden zum Beispiel im Juni 1968 erstmals die Transportbetonmischer ausgegliedert. Bei den Bestandszahlen von 221 ist zu berücksichtigen, daß es sich hier nur um den Bestand der Baufirmen handelt. Immerhin hatten bis Juni 1968 auch 17 größere Industriefirmen die Fertigung von Transportbeton in ihr Produktionsprogramm aufgenommen. Der Wagenbestand dieser Firmen blieb hier unberücksichtigt. Die industrielle Produktion an Transportbeton hat sich von 1967 auf 1968 nach vorläufigen Ergebnissen um 50,9% erhöht, wie auch der Produktionsanstieg der übrigen bauabhängigen Sparten der Industrie der Steine und Erden erkennen läßt, daß die Bauwirtschaft im Jahre 1968 sich aus der Rezessionsphase herauslösen konnte. Insgesamt ist die Produktion der Industrie der Steine und Erden von 1967 auf 1968 in Rheinland-Pfalz um 9,4% getiegen, während im Vorjahr mit — 8,3% ein nahezu gleich großer Rückgang festzustellen war. Auch die übrigen in-

Bestand an wichtigen Geräten im Bauhauptgewerbe
im Juni 1967 und 1968

Geräteart	1967	1968	Veränderung
	Anzahl		%
Betonmischer	12 191	11 918	- 2, 2
unter 250 l } Trommel-	9 831	9 738	- 0, 9
250 l und mehr } inhalt	2 360	2 160	- 8, 5
Fahrmischer (Transportbetonmischer, Agitatoren)	.	221	.
Verputzmaschinen	885	893	0, 9
Turmdrehkrane	2 200	2 277	3, 5
unter 16 mt	1 311	1 386	5, 7
16 mt und mehr	889	891	0, 2
Baufzüge	3 556	3 471	- 2, 4
Förderbänder	1 562	1 517	- 2, 9
Stahlrohr- und Stahlprofilgerüste ¹⁾	3 040	2 834	- 6, 8
Kompressoren	2 449	2 546	4, 0
Bagger	1 994	2 228	11, 7
unter 0, 5 cbm } Löffel-	1 424	1 470	3, 2
0, 5 cbm und mehr } inhalt	570	758	33, 0
Lastkraftwagen	5 879	6 014	2, 3
unter 5 t } Nutzlast	3 414	3 366	- 1, 4
5 t und mehr }	2 465	2 648	7, 4
Autokrane und Mobilkrane	35	59	68, 6
Zugmaschinen, Traktoren	291	296	1, 7
Planierdrauen	1 269	1 263	- 0, 5
Schürfwagen	20	22	10, 0
Erdhobel (Grader)	183	200	9, 3
Lader	942	1 105	17, 3
Schütter (Vorderkipper, Dumper)	600	655	9, 2
Straßenbaumaschinen			
für Betonstraßen			
Fertiger und Verteiler	119	117	- 1, 7
für Schwarzdecken			
Fertiger	299	312	4, 3
Mischanlagen	91	96	5, 5
Bitumen-, Teer-, Gußasphaltkoher	349	406	16, 3
Straßenwalzen (Glatwalzen)	1 376	1 463	6, 3
unter 8 t } Konstruktions-	759	855	12, 6
8 t und mehr } gewicht	617	628	1, 8
Verdichtungsmaschinen für Böden und Beton	1 361	1 465	7, 6
Gummiradwalzen	.	47	.
Bodenstabilisierungsmaschinen	10	16	60, 0
Rammgeräte (Gestell und Bär; ohne Handrammen)	706	629	- 10, 9

1) Gewicht in t.

industriellen Produktionszweige, soweit diesen hier Zulieferungsfunktion zukommt, konnten von der Belebung des Baumarktes profitieren.

Der Bestandsvergleich der wichtigsten jährlich erfragten Baugeräte und Maschinen von Juni 1967 auf Juni 1968 läßt insgesamt einen Trend zur wachsenden Mechanisierung und damit zu kapitalintensiverer Fertigung erkennen. So errechnen sich lediglich für neun vergleichbare Positionen negative Zuwachsraten, die zudem nur bei den Rammgeräten (— 10,9%) relativ hoch waren. Teils dürfte diese Abnahme auch durch Firmenkorrekturen zu erklären sein, da Handrammen hier nicht mitzuerfassen sind. Hingegen ist der Rückgang bei den großen Betonmischem mit einem Trommelinhalt von 250 Litern und mehr auf die Ausgliederung der Transportbetonmischer zurückzuführen, da sich hier die Differenzen in etwa entsprachen. Ohne Ausgliederung dieser Position errechnet sich eine Zunahme um 0,9%. Hingegen ergaben sich für die übrigen 21 Gerätepositionen Zugänge, wovon vor allem die Bestandserhöhungen der Mobilkrane, der Bodenstabilisierungsgeräte und der großen Bagger hervorzuheben sind.

5. Produktion

Mit der Einführung der Mehrwertsteuer ab 1. Januar 1968 war für das Bauhauptgewerbe zugleich ein Übergang von der Ist- auf die Sollversteuerung verbunden. Da von der Möglichkeit der Sollver-

Gewerbebezug	Betriebe			Beschäftigte				Umsatz 1967			
	ins- gesamt	Anteil	Verän- derung zu 1967	ins- gesamt	je Betrieb	Anteil	Verän- derung zu 1967	ins- gesamt	je Betrieb	Anteil	Verän- derung zu 1966
	Anzahl	%		Anzahl		%		Mill. DM	1 000 DM	%	
Hoch- und Tiefbau	2 732	57,8	1,8	74 567	27,3	81,7	4,6	2 102	769	81,0	- 3,4
Hoch-, Tief- und Ingenieurbau	566	12,0	- 3,1	23 601	41,7	25,9	0,6	657	1 161	25,3	- 8,9
Hoch- und Ingenieurhochbau	1 592	33,7	3,7	30 756	19,3	33,7	5,0	705	443	27,2	0,9
Tief- und Ingenieurtiefbau	285	6,0	- 2,4	7 051	24,7	7,7	1,3	226	793	8,7	- 19,3
Straßenbau	289	6,1	5,5	13 159	45,5	14,4	13,3	514	1 779	19,8	8,2
Spezialbau	150	3,2	11,1	3 585	23,9	4,0	0,8	129	860	5,0	- 4,4
Schornstein-, Feuerungs- und Industriefenbau	20	0,4	25,0	1 059	53,0	1,2	7,6	35	1 750	1,3	- 14,6
Dämmung und Abdichtung (Isolierbau)	94	2,0	16,0	1 969	20,9	2,2	- 0,3	77	819	3,0	6,9
Brunnenbau und nichtbergbau- liche Tiefbohrung	13	0,3	8,3	412	31,7	0,4	- 4,4	13	1 000	0,5	- 18,7
Abbruch-, Spreng- und Ent- trümmerungsgewerbe	23	0,5	- 11,5	145	6,3	0,2	- 13,2	4	174	0,2	- 33,3
Stukkateur-, Gips- und Ver- putzergewerbe	569	12,1	3,8	6 046	10,6	6,6	- 0,2	126	221	4,8	- 3,8
Zimmerei und Dachdeckerei	1 272	26,9	1,4	7 051	5,5	7,7	- 0,6	238	187	9,2	5,3
Zimmerei und Ingenieurholzbau	625	13,2	0,3	3 203	5,1	3,5	- 2,6	99	158	3,8	- 2,0
Dachdeckerei	647	13,7	2,5	3 848	5,9	4,2	1,1	139	215	5,4	11,2
Insgesamt	4 723	100,0	2,2	91 249	19,3	100,0	3,7	2 595	549	100,0	- 2,7

steuerung, die zwar auch früher gegeben war, nur in relativ seltenen Fällen Gebrauch gemacht wurde, kam zusätzlich zu den mit der Umstellung des Steuersystems verbundenen Änderungen der Preiskomponenten die Verschiebung des Veranlagungszeitraumes hinzu, so daß die Umsatzzahlen des Bauhauptgewerbes 1968 einen Vergleich mit früheren Jahren nicht gestatten. Während vor 1968 überwiegend die Geldeingänge als Umsatz gemeldet wurden, sind ab Januar 1968 die fakturierten Umsätze anzugeben, und zwar einschließlich und ohne Umsatzsteuer. Für die großen monatlich berichtenden Baubetriebe war die Möglichkeit der Option ausgeschlossen. Zu einer weiteren Vergleichsstörung mußten die Umsatzüberhänge aus 1967 führen, die den Umsätzen einschließlich Umsatzsteuer zuzurechnen waren. Soweit bereits 1967 Geldeingänge von im Jahre 1968 oder später fertiggestellten Baumaßnahmen angegeben wurden, sind Doppelmeldungen nicht auszuschließen. Zusätzlich war eine solch entscheidende Änderung eines Erhebungstatbestandes für viele Firmen mit Schwierigkeiten verbunden, was zu weiteren Unsicherheiten der Ergebnisse führte. Um dennoch verwertbare Umsatzzahlen zu erlangen, wurden in Rheinland-Pfalz für den Zeitraum Januar bis September 1968 die Umsatzangaben in einer Nacherhebung in detaillierter Untergliederung nacherfaßt und entsprechend berichtet, so daß der Zeitvergleich für 1969 gesichert ist. Allerdings büßte der Aussagewert der Umsatzdaten infolge des Übergangs von der Erfassung der Geldeingänge zu den Sollumsätzen für die kurzfristige Konjunkturbeobachtung entscheidend ein, da nunmehr die Umsätze keine Äquivalente zu der jeweiligen Bauleistung darstellen. Mit einer erheblichen zeitlichen Verzögerung wird künftig die Umsatz- der Leistungsentwicklung folgen. Beispielsweise dürfte im Straßenbau mit einer durchschnittlichen Fertigungsdauer von etwa acht Monaten zu rechnen sein. Zudem verzögert sich die Rechnungsstellung nach Abschluß der Baumaßnahmen noch durch die umfangreichen Arbeiten der Aufmessung.

Der Umsatz einschließlich Umsatzsteuer stellte sich im Jahre 1968 auf 2 357 Mill. DM. Davon wurde reichlich die Hälfte im privaten Bau erzielt. Der Anteil des Wohnungsbaues stieg zugleich auf ein Drittel, und der gewerbliche Bau erreichte mit 16,6% wiederum den Anteil des Jahres 1966 (16,7%). Die Einbuße des öffentlichen und Verkehrsbaues, dessen Anteil von 51,5% im Jahre 1967 auf 48,0% im Jahre 1968 sank, ging zu Lasten des öffentlichen Hochbaues, dessen Anteil von 12,2 auf 9,1% schrumpfte. Für den Tiefbau ergab sich gegenüber 1967 keine nennenswerte Verschiebung.

Der Umsatz ohne Umsatzsteuer, das heißt die fakturierten Werte des Jahres 1968, der folglich auch um die Umsatzüberhänge unter dem Umsatz einschließlich Umsatzsteuer zurückblieb, was die relativ hohe, weit über dem Umsatzsteuersatz liegende Abweichung erklärt, belief sich auf 1 810 Mill. DM. Die Umsatzstruktur, das heißt die Verteilung nach Bauarten, entspricht der aufgezeigten Entwicklung des Umsatzes einschließlich Umsatzsteuer. Insbesondere zeigt der Umsatz je geleisteter Arbeitsstunde gegenüber der früheren Entwicklung, daß infolge der Änderung der Umsatzdefinition ein Zeitvergleich nicht möglich ist.

6. Auftragsbestand

Ab Januar 1968 waren die Auftragsbestände der vorliegenden, noch nicht ausgeführten Bauaufträge ohne Umsatzsteuer zu melden, so daß auch hier der Vergleich mit den früheren Werten beeinträchtigt ist. Hingegen war diese Erhebung auch weiterhin auf die in Rheinland-Pfalz gelegenen Baumaßnahmen beschränkt, und bereits begonnene Baumaßnahmen waren mit dem Wert der noch nicht ausgeführten Arbeit zu berücksichtigen.

Ende März 1968 belief sich der Auftragsbestand auf 673 Mill. DM, wovon nahezu 100 Mill. DM auf Arbeitsgemeinschaften entfielen. Da dieser Bestand den Wert des Vorquartals um 10,4% und den vom März 1967 um 15,2% überstieg, obwohl die früheren Angaben die Umsatzsteuer enthielten, war

die Auftragslage der Bauwirtschaft erheblich günstiger als 1967. Die Zuwachsraten waren Ende des zweiten Quartals 1968 bei einem Bestand von 795 Mill. DM noch höher (+ 18,2 bzw. + 21,6%), wobei der Vergleich mit dem Vorquartal nunmehr ohne Einschränkung Geltung hatte. Das hohe Auftragsniveau konnte bis Ende September 1968 mit 770 Mill. DM zwar nicht ganz gehalten werden (— 3,2%), überstieg aber den Stand von September 1967 um 16,0%. Ende Dezember 1968 waren es wiederum 783 Mill. DM (+ 1,8%). Das Auftragsvolumen von Dezember 1967 wurde um 28,6% übertroffen. Bei einer Ausgliederung der Umsatzsteuerbelastung aus dem Bestand Ende Dezember 1967 würde die Zuwachsraten noch höher liegen, so daß die Aussichten für eine weitere relativ günstige Entwicklung des Baumarktes gegeben waren.

Setzt man den Auftragsbestand in Relation zum Umsatz, um eine Aussage über die weitere Beschäftigungslage der Bauwirtschaft zu gewinnen, ist es sinnvoll, den durchschnittlichen Umsatz ohne Umsatzsteuer des zweiten Halbjahres 1968 als Maßstab zu wählen, der sich auf 206 Mill. DM belief und den Vergleichswert des ersten Halbjahres infolge der methodisch aufgezeigten Veränderungen um 114% überstieg. Gemessen an diesem Umsatz, war Ende Dezember 1968 eine weitere Beschäftigung von 3,8 Monaten gesichert. Für den Straßenbau waren es immerhin 6,5 Monate. Infolge der Projektierungen umfangreicher Autobahnbauten dürfte dem Straßenbau für die kommenden Jahre eine noch günstigere Prognose zu stellen sein. In der zweiten Jahreshälfte 1968 wies der Arbeitsmarkt bereits Engpässe auf, als laufend Fach- und Hilfsarbeiter gesucht wurden. Die durch die Entlassungen freigestellten Arbeitskräfte waren zum Teil in andere Wirtschaftsbereiche abgewandert und konnten vielfach nicht wieder zurückgewonnen werden.

Der Auftragswert des privaten Baues (2,3 Monate) lag unter dem Durchschnitt, da sich die Baumaßnahmen mit einer relativ langen Abwicklungsdauer, wie sie im öffentlichen und Verkehrsbau dominieren, erfahrungsgemäß bei einem vierteljährlichen Erhebungszyklus stark in den Ergebnissen niederschlagen. Diese sind jedoch im privaten Bau mit im allgemeinen wesentlich kürzeren Fertigstellungsterminen seltener. Abschließend ist zu bemerken, daß die genannten Auftragsbestände die Aufträge der Unternehmen mit Sitz außerhalb unseres Landes, soweit diese hier keine Zweigniederlassung unterhalten bzw. mit den Baumaßnahmen noch nicht begonnen haben, nicht einschließen.

7. Regionale Entwicklung

Von Juni 1967 auf Juni 1968 verlief die Beschäftigtenentwicklung regional recht unterschiedlich. Vor allem die Forcierung des Fernstraßenbaues wirkte sich für die Landkreise günstig aus. So wiesen die Landkreise auch eine Zunahme um 3,9% aus, während die Zunahme der Stadtkreise sich auf 3,1% stellte. Auf die Landkreise entfielen mit nahezu 63 000 Beschäftigten ein Anteil von 68,8%. Vergleichsweise ergibt sich für die Beschäftigtenaufteilung der Industrie eine Relation von 56 zu 44%.

Der Regierungsbezirk Trier erzielte mit einem Beschäftigtenzugang um 5,8% die größte Steigerung, aber auch im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz wurde mit + 4,8% der Durchschnitt noch erheblich übertroffen, der im Regierungsbezirk Koblenz mit einer Zuwachsraten von 1,6% nicht erreicht werden konnte. Für die Stadt Pirmasens (+ 41,4%) und den Landkreis Speyer (+ 32,7%) wurde die größte Zunahme registriert, die aber auch im Landkreis Trier mit + 17,8% sehr beachtlich war. Auffallend starke Abnahmen ergaben sich für die Landkreise Worms (— 14,6%) und Simmern (— 7,6%).

Der Umsatz, der in der regionalen Untergliederung jeweils erst für das zurückliegende Jahr im Rahmen der Totalerhebung im Bauhauptgewerbe im Juni eines jeden Jahres erfragt werden kann, blieb 1967 mit 2,6 Mrd. DM um 2,7% hinter dem Ergebnis des Jahres 1966 zurück, was vor allem auf das ungünstige Abschneiden der Bauwirtschaft im Regierungsbezirk Koblenz zurückzuführen ist (— 7,2%). Während der Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz eine Stagnation verzeichnete (— 0,2%), ergab sich für den Regierungsbezirk Trier eine Zunahme um 2,6%. Dem Rückgang in den Landkreisen um 4% stand eine Stagnation der Stadtkreise (— 0,1%) gegenüber.

8. Vergleich mit dem Bundesgebiet

Recht aufschlußreich ist der Vergleich mit der Entwicklung im Bundesgebiet. Der Rückgang der Zahl der Betriebe setzte sich von 1967 auf 1968 mit — 1,2% verstärkt fort (1966 auf 1967: — 0,8%). Die Firmenaufösungen überstiegen die Neugründungen um 776, was nahezu dem Betriebsbestand des Saarlandes entspricht. Mit Ausnahme von Berlin (+ 1,4%) und Rheinland-Pfalz (+ 2,2%) wiesen die Länder Rückgänge auf, wobei in Hamburg mit — 3,3% der stärkste Betriebsschwund zu verzeichnen war.

Im Jahresdurchschnitt erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten der Bauwirtschaft im Bundesgebiet gegenüber 1967 um knapp 20 000 bzw. um 1,4%. Berlin (+ 4,5%) und Rheinland-Pfalz (+ 3,7%) registrierten die stärksten Zugänge. Die Bauwirtschaft in Berlin hatte bereits von 1966 auf 1967 eine Sonderentwicklung verzeichnet, als bei einem durchschnittlichen Rückgang im Bundesgebiet von — 9,4% dort eine Zunahme um 0,1% erzielt worden war. Hamburg blieb um 3,8% hinter dem Beschäftigtenstand des Jahres 1967 zurück, der auch in Hessen (— 0,7%) nicht erreicht werden konnte. Das Saarland wies eine Stagnation auf. Die durchschnittliche Betriebsgröße zeigt die unterschiedliche Struktur der Bauwirtschaft der Stadt- und Flächenstaaten. Für die drei Stadtstaaten errechnet sich ein Durchschnitt von 39 (Berlin: 46) und für die Flächenländer von 22 Beschäftigten je Betrieb. Hier bilden Baden-Württemberg mit 18 und Rheinland-Pfalz mit 19 die untere, Bayern (26), Schleswig-Holstein und das Saarland (jeweils 25) die obere Begrenzung. Im Bundesgebiet belief sich die durchschnittliche Betriebsgröße auf 23 Beschäftigte.

Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden blieb trotz des Beschäftigtenzugangs mit 2 472 Mill. um 0,1% unter dem Leistungsstand des Jahres 1967. Baden-Württemberg wies hier mit einem Anstieg

von 3,2% die günstigste Entwicklung auf, während Hessen und Hamburg Abnahmen um 3,8 bzw. 4,9% zu verzeichnen hatten. Die Veränderungsraten der übrigen acht Länder liegen zwischen + 1,0% (Niedersachsen) und - 1,3% (Schleswig-Holstein). Die

Arbeitsleistung je Beschäftigten war im Jahre 1968 im Vergleich zu 1967 um 1,4% von 1 687 auf 1 662 Stunden gesunken. In Rheinland-Pfalz belief sich dieser Wert auf 1 701 Stunden (- 3,4%).

Dr. K. H. Speth

Erwerbstätigkeit im April 1968

1. Vorbemerkungen

Durch die seit dem Jahre 1957 einmal im Jahr mit einem Auswahlsatz von 1% und dreimal jährlich mit einem solchen von 0,1% in allen Bundesländern durchgeführte Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) werden unter anderem demographische Merkmale der Wohnbevölkerung gewonnen. Die Ergebnisse dieser Erhebungen sind dazu geeignet, ein gut differenziertes Bild der Bevölkerungsstruktur und des Erwerbslebens zu vermitteln und damit den Verantwortlichen Entscheidungshilfen zu geben.

Angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Völker hat sich der Mikrozensus darüber hinaus zu einem unentbehrlichen Instrument zur Untersuchung und Vergleichbarkeit sozialer und ökonomischer Tatbestände und Entwicklungen in und zwischen den einzelnen Staaten entwickelt.

Seit 1963 wird die 1%ige Stichprobe im April eines jeden Jahres durchgeführt. Berichtszeitraum ist die letzte volle Aprilwoche, in die kein Feiertag fällt, Stichtag der Mittwoch dieser Woche. Auswahlgrundlage bilden seit 1962 die Zählbezirke der Volks- und Berufszählung 1961. Aus diesen Zählbezirken, die durch eine eventuell erfolgte Neubautätigkeit vergrößert bzw. um weitere Zählbezirke ergänzt wurden, wird 1% — in Rheinland-Pfalz waren das bei der Aprilerhebung 1968 rund 400 Zählbezirke — ausgewählt (Flächenstichprobe). Alle in den ausgewählten Zählbezirken wohnenden Haushalte — rund 12 000 in unserem Lande — werden durch Interviewer befragt. Die Ergebnisse dieser Repräsentativerhebung werden, nach erfolgter Anpassung an die fortgeschriebene Wohnbevölkerung, auf die gesamte Wohnbevölkerung hochgerechnet. Soldaten sind hierbei nicht berücksichtigt. Wegen der Gefahr großer Stichprobenfehler, die bei kleineren Erhebungsmassen auftreten können, werden in den Textübersichten Zahlenwerte zwischen 5 000 und 10 000 (50 bis 100 in der Stichprobe erfaßte Personen) in Klammern gesetzt; Werte unter 5 000 (weniger als 50 erfaßte Personen) sind ausgepunktet. Die Zahlen wurden auf volle Tausend auf- bzw. abgerundet.

2. Beteiligung am Erwerbsleben

Mit 3,6 Mill. Personen (ohne Soldaten), von denen 1,7 Mill. (47,0%) männlichen und 1,9 Mill. weiblichen Geschlechts waren, erreichte die Wohnbevölkerung von Rheinland-Pfalz Ende April 1968 eine Höhe, die um rund 14 000 über dem Aprilergebnis des Jahres zuvor lag. 24,1% der Bevölkerung hatten noch nicht das 15. Lebensjahr vollendet. 13,4% waren bereits 65 Jahre oder älter. Gut jede dritte Person stand somit im nichterwerbsfähigen Alter. Von der gesamten Wohnbevölkerung

(ohne Soldaten) waren am Erhebungsstichtag 1,6 Mill. Erwerbspersonen, das heißt Personen, die in irgendeiner Form am Erwerbsleben teilnahmen, ohne Rücksicht auf die Dauer und Bedeutung der Arbeit für den Lebensunterhalt (Erwerbstätige), oder die arbeitslos waren (Erwerbslose). Die übrigen 2,0 Mill. Einwohner gehörten zur Gruppe der Nichterwerbspersonen, also zu dem Personenkreis, der noch nicht oder nicht mehr im Erwerbsleben steht. Hierzu zählen zum Beispiel Kinder unter zwölf Jahren, Schüler, Studenten, Nur-Hausfrauen, aus dem Erwerbsleben Ausgeschiedene. Bildet man das Verhältnis der Nichterwerbspersonen zu den Erwerbspersonen und multipliziert das Ergebnis mit 100, so erhält man die sogenannte Belastungsquote, die Aufschluß darüber gibt, wieviele nicht im Erwerbsleben stehende Personen auf 100 Erwerbspersonen entfallen. Die Belastungsquote betrug am Erhebungsstichtag in unserem Lande 126, das heißt 100 Erwerbspersonen hatten für den Lebensunterhalt von 126 Nichterwerbspersonen zu sorgen.

Bezieht man die Zahl der Erwerbspersonen auf die gesamte Wohnbevölkerung, so bekommt man die Erwerbsquote. Ende April 1968 betrug diese

Wohnbevölkerung nach Altersgruppen, Geschlecht und Beteiligung am Erwerbsleben im April 1968

Altersgruppe	Ins- gesamt	Männer	Frauen		
			zu- sam- men	verhei- ratet	nicht verhei- ratet
Wohnbevölkerung ¹⁾ (1 000)					
unter 15 Jahre	869	447	422	-	422
15 bis " 25 "	427	209	218	53	165
25 " " 35 "	488	237	251	216	36
35 " " 45 "	475	236	239	208	31
45 " " 55 "	397	165	233	174	59
55 " " 65 "	459	203	256	157	99
65 Jahre und älter	484	195	289	97	192
Insgesamt	3 599	1 690	1 909	905	1 004
Erwerbspersonen (1 000)					
unter 15 Jahre	(8)	.	.	-	.
15 bis " 25 "	299	156	143	27	117
25 " " 35 "	341	232	109	80	29
35 " " 45 "	335	231	104	80	24
45 " " 55 "	267	158	109	73	37
55 " " 65 "	247	164	83	45	38
65 Jahre und älter	95	57	38	15	24
Insgesamt	1 592	1 002	589	319	271
Erwerbsquote ²⁾ (%)					
unter 15 Jahre	(0,9)	.	.	-	.
15 bis " 25 "	70,0	74,6	65,6	50,9	70,9
25 " " 35 "	69,9	97,9	43,4	37,0	80,6
35 " " 45 "	70,5	97,9	43,5	38,5	77,4
45 " " 55 "	67,3	95,8	46,8	42,0	62,7
55 " " 65 "	53,8	80,8	32,4	28,7	38,4
65 Jahre und älter	19,6	29,2	13,1	15,5	12,5
Insgesamt	44,2	59,3	30,9	35,2	27,0

1) Ohne Soldaten. - 2) Erwerbspersonen
Wohnbevölkerung · 100

44,2% und war, da sich die Zahl der Erwerbspersonen in den vorangegangenen zwölf Monaten überproportional zur Wohnbevölkerung entwickelt hatte, damit um nahezu 1 Punkt höher als im Jahre zuvor (43,5%). Am Stichtag der letzten Volks- und Berufszählung (6. Juni 1961) hatte sie noch 47,1%, im Jahre 1950 sogar noch 49,4% betragen. Eine der Ursachen für die bei längerfristiger Betrachtung festzustellende sinkende Tendenz der Erwerbsquote dürfte die aktive Bildungspolitik und die daraus resultierende längere Schulausbildung sein, die den Eintritt in das Erwerbsleben verzögert.

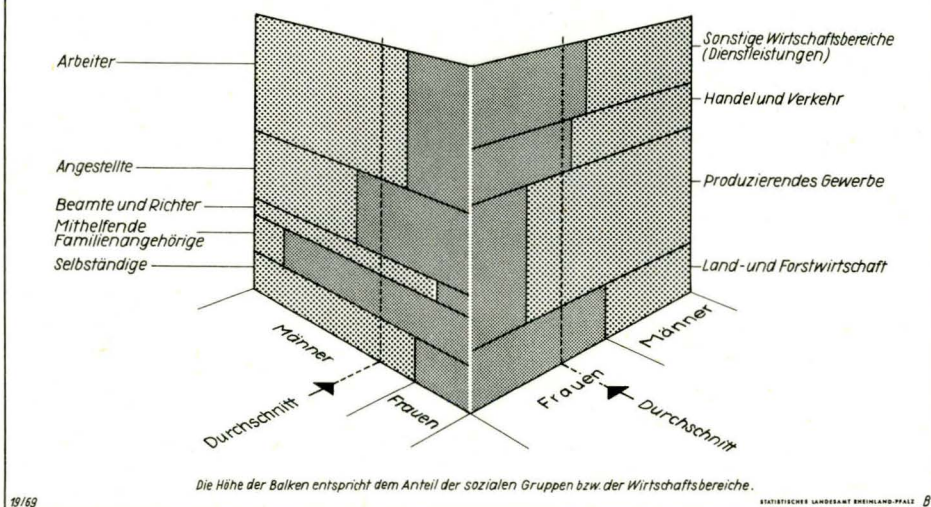
Eine altersspezifische Betrachtung zeigt, daß die Altersgruppen 15 bis 25, 25 bis 35 und 35 bis 45 Jahre mit jeweils rund 70% gleich stark am Erwerbsleben beteiligt waren. In den beiden darauffolgenden Altersgruppen sinkt die Erwerbsquote auf 67,3% bzw. 53,8%. Von den Personen, die 65 Jahre oder älter waren, gehörte nur noch jeder fünfte (19,6%) zur Erwerbsbevölkerung.

Unterscheidet man die Erwerbspersonen nach dem Geschlecht, so ergibt sich, daß 59,3% der männlichen, 30,9% der weiblichen Bevölkerung am Erwerbsleben teilnahmen. Die große Bedeutung, die die weibliche Arbeitskraft für die Volkswirtschaft gewonnen hat, geht auch daraus hervor, daß am Erhebungsstichtag gut jede dritte Erwerbsperson (37,0%) weiblichen Geschlechts war, daß also mindestens jeder dritte Arbeitsplatz von einer Frau beansprucht wurde. Die Zahl der Erwerbslosen, die hier kaum ins Gewicht fällt, wurde bei dieser Betrachtung nicht berücksichtigt.

Die Erwerbsquote der Männer, die in der Altersgruppe der 15- bis 25jährigen wegen der Schul- oder Hochschulausbildung bei 74,6% lag, erreichte in den Gruppen der 25- bis 35jährigen und 35- bis 45jährigen mit jeweils 97,9% ihr Maximum. Fast alle Männer der beiden genannten Altersgruppen standen also im Erwerbsleben. Während auch noch die 45- bis 55jährigen mit 95,8% eine hohe Erwerbsquote aufwiesen, verzeichnete die Quote der darauffolgenden Gruppe, also der Männer, die unmittelbar vor dem Rentenalter stehen, mit 80,8% ein niedrigeres Niveau. Von den Männern, die bereits das 65. Lebensjahr erreicht oder überschritten hatten, beteiligten sich immerhin noch 29,2% am Erwerbsleben.

Einen anderen Verlauf zeigt die altersspezifische Erwerbsquote der Frauen. Sie erreichte bereits in der Gruppe der 15- bis 25jährigen mit 65,6% ihren höchsten Wert, sank in der folgenden Gruppe bis auf 43,4%, um danach zunächst um 0,1 Punkte, so-

Erwerbstätige nach Stellung im Beruf, Wirtschaftsbereichen und Geschlecht im April 1968
ohne Soldaten



dann um 3,3 Punkte auf 46,8% in der Altersgruppe der 45- bis 55jährigen zu steigen. Nach diesem zweiten Höhepunkt sank sie wieder über 32,4% (55 bis 65 Jahre) bis auf 13,1% (65 Jahre und älter).

Einen entscheidenden Einfluß auf die Erwerbsbeteiligung der Frau hat, anders als das bei den Männern der Fall ist, der Familienstand. Vergleicht man die Erwerbsquote der verheirateten mit der der nichtverheirateten Frauen, so stellt man fest, daß von den verheirateten Frauen gut jede dritte (35,2%), von den nichtverheirateten über 15 Jahre alten Frauen fast jede zweite (46,2%) erwerbstätig war. Die Erwerbsquote der nichtverheirateten Frauen verzeichnete in der Altersgruppe der 25- bis 35jährigen ihren Höhepunkt (80,6%) und nahm sodann in den folgenden Gruppen kontinuierlich ab (bis auf 12,5% in der Gruppe der über 65jährigen). Die verheirateten Frauen dagegen erreichten bereits mit 15 bis 25 Jahren, also in einem Alter, in dem ein großer Teil von ihnen erst seit kurzer Zeit verheiratet war und noch keine Kinder hatte, ihre größte Erwerbsbeteiligung (50,9%). In der nächstfolgenden Altersgruppe der 25- bis 35jährigen, in der die meisten Frauen ihre Hauptaufgabe in der Haushaltsführung und in der Erziehung der Kinder finden, beteiligten sich nur noch 37,0% am Erwerbsleben. Mit dem Abschluß der Schul- und Berufsausbildung und dem Selbständigwerden der Kinder lockert sich die Bindung der Mütter an den häuslichen Bereich, so daß Frauen mittlerer Jahre in verstärktem Maße wieder in das Erwerbsleben eintreten. Tatsächlich ist in den Altersgruppen der 35- bis 45jährigen und der 45- bis 55jährigen verheirateten Frauen ein erneutes Ansteigen der Erwerbsquote zu verzeichnen (auf 38,5% bzw. 42,0%).

3. Erwerbstätige nach Stellung im Beruf und Wirtschaftsbereichen

Von den Erwerbspersonen sind die Erwerbstätigen zu unterscheiden. Die Zahl der Erwerbstätigen, also der Personen, die haupt- oder nebenberuflich eine Tätigkeit ausüben — ohne Rücksicht

Erwerbstätige nach Stellung im Beruf, Wirtschaftsbereichen und Geschlecht im April 1968

Stellung im Beruf	Ins- gesamt 1)	Land- und Forst- wirt- schaft	Pro- du- zie- rendes Ge- werbe	Handel und Ver- kehr	Dienst- lei- stungen
1 000					
Insgesamt					
Selbständige	218	91	46	46	35
Mith. Familienangehörige	210	162	16	18	15
Beamte und Richter	86	.	.	29	55
Angestellte ²⁾	380	.	130	95	154
Arbeiter ³⁾	668	18	470	67	113
Insgesamt	1 561	274	661	255	371
%	100, 0	17, 6	42, 3	16, 3	23, 8
Männer					
Selbständige	172	73	42	32	25
Mith. Familienangehörige	34	28	.	.	.
Beamte und Richter	74	.	.	27	46
Angestellte ²⁾	201	.	91	37	72
Arbeiter ³⁾	502	14	385	53	49
Zusammen	984	118	520	151	195
%	100, 0	12, 0	52, 8	15, 3	19, 8
Frauen					
Selbständige	46	18	.	15	10
Mith. Familienangehörige	176	134	14	16	13
Beamte und Richter	11	.	.	.	(9)
Angestellte ²⁾	179	.	39	57	82
Arbeiter ³⁾	166	.	85	14	63
Zusammen	577	156	141	103	176
%	100, 0	27, 0	24, 4	17, 9	30, 5

1) Ohne Soldaten. - 2) Einschl. kaufmännischer und technischer Lehrlinge. - 3) Einschl. gewerblicher Lehrlinge.

auf den Umfang der wöchentlichen Arbeitszeit —, erhält man dadurch, daß man von der Zahl der Erwerbspersonen die der Erwerbslosen (Arbeitslosen) abzieht. Da Ende April 1968 in Rheinland-Pfalz fast 31 000 Arbeitslose, darunter 19 000 Männer, durch den Mikrozensus ermittelt wurden, belief sich die Zahl der Erwerbstätigen zu diesem Zeitpunkt auf knapp 1,6 Mill. Personen, von denen 1,0 Mill. (63,0%) männlichen und 0,6 Mill. weiblichen Geschlechts waren.

Die stärkste soziale Gruppe unter den Erwerbstätigen bildeten mit 42,8% die Arbeiter, zu denen auch die gewerblichen Lehrlinge gezählt werden. An zweiter Stelle folgten mit 24,3% die Angestellten, einschließlich der kaufmännischen und technischen Lehrlinge. Die Selbständigen waren mit 14,0%, die mithelfenden Familienangehörigen mit 13,5% an der Zahl aller Erwerbstätigen beteiligt. Die kleinste Gruppe stellten mit 5,5% die Beamten und Richter.

Der Anteil der Frauen wies in den einzelnen sozialen Gruppen recht starke Unterschiede auf. Mit 83,8% war er erwartungsgemäß in der Gruppe der mithelfenden Familienangehörigen am größten.

Von den in einem Angestelltenverhältnis stehenden Erwerbstätigen war fast jede zweite, von den in einem Arbeitsverhältnis stehenden jede vierte Person weiblichen Geschlechts. In den Gruppen Selbständige sowie Beamte und Richter dominierten eindeutig die Männer: nur jeder fünfte bzw. achte Arbeitsplatz wurde hier von einer Frau eingenommen.

Eine Differenzierung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen zeigt, daß das produzierende Gewerbe, welches die Energiewirtschaft, das verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe umfaßt, in unserem Lande die größte wirtschaftliche Bedeutung hat. Gut zwei Fünftel (42,3%) aller Erwerbstätigen — über die Hälfte (52,8%) aller Männer und fast ein Viertel (24,4%) aller Frauen — waren in diesem Wirtschaftsbereich beschäftigt.

Die Dienstleistungen — Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Dienstleistungsgewerbe, Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte sowie Gebietskörperschaften und Sozialversicherung — boten nahezu einem Viertel (23,8%) aller Beschäftigten einen Arbeitsplatz. Hier waren ein Fünftel (19,8%) aller Männer und fast ein Drittel (30,5%) aller Frauen beschäftigt.

Die Tatsache, daß im April 1968 in Rheinland-Pfalz, das nach dem Kriege zu den relativ am stärksten agrarisch orientierten Bundesländern gehörte, noch gut jeder sechste Erwerbstätige (17,6%) — jede vierte Frau und jeder achte Mann — einen Arbeitsplatz in der Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei fand, zeigt, daß die Agrarwirtschaft in unserem Land noch von großer Bedeutung ist. Sie rangiert, was die Bereitstellung von Arbeitsplätzen anbelangt, damit noch vor Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung (16,3% aller Erwerbstätigen). In dem zuletzt genannten Bereich waren 15,3% aller Männern und 17,9% aller Frauen tätig.

Der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen war in der Land- und Forstwirtschaft mit 56,9% am größten. Die allermeisten (85,9%) der 156 000 Frauen, die hier ihre Beschäftigung fanden, waren mithelfende Familienangehörige. Während in den sonstigen Wirtschaftsbereichen, in denen das Dienstleistungsgewerbe die dominierende Stellung einnimmt, noch fast die Hälfte (47,4%) der Beschäftigten Frauen waren — der größte Teil von ihnen befand sich im Angestelltenverhältnis — waren es im Handel und Verkehr nur noch zwei Fünftel (40,4%). Im produzierenden Gewerbe stand nur an gut jedem fünften (21,3%) Arbeitsplatz eine Frau.

Dipl.-Volkswirt H. Jucknat

Verbreitung der Rinderrassen im Jahre 1968

Die Rindviehhaltung steht innerhalb der westdeutschen Landwirtschaft an herausragender Stelle. Milch und Schlachtvieh aus den Rinderbeständen sind allein mit rund vier Zehnteln am Gesamtwert der landwirtschaftlichen Nahrungsmittelproduktion beteiligt. Nicht ganz so liegen, bedingt durch den

vergleichsweise hohen Anteil der Sonderkulturen und darunter vornehmlich des Weinbaues, die Verhältnisse in Rheinland-Pfalz, wo der entsprechende Anteil sich nur auf ungefähr drei Zehntel beziffert. Aber auch hier ist die Rindviehhaltung eine der stärksten Säulen der landwirtschaftlichen Produk-

tion und eine der wichtigsten Einnahmequellen der Betriebe. Das gilt ganz besonders für die Betriebe zwischen 5 und 20 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche, auf die sich die Rindviehhaltung zunehmend konzentriert hat. Von je 100 Betrieben dieser Größenordnung verfügen mehr als 90 über Rinderbestände.

Das macht deutlich, daß die Rentabilität der Betriebe in starkem Maße von der Wirtschaftlichkeit der Rindviehhaltung abhängt. Zu den wesentlichen Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Gestaltung dieses Produktionszweiges gehört die Verwendung von Tieren, die unter den jeweils gegebenen natürlichen und betriebswirtschaftlichen Verhältnissen höchste Leistungen erbringen. Diese Forderung gilt gleichermaßen für die Milchwirtschaft und die Fleischwirtschaft. Durch die Entwicklung zum Käufermarkt ist die Frage nach der jeweils geeigneten Rasse noch mehr als bisher in den Vordergrund der auf stärkere Marktanpassung zielenden betriebswirtschaftlichen Überlegungen gerückt.

Um einen Überblick über den derzeitigen Stand der Rinderrassenverbreitung wie auch über Entwicklungstendenzen zu gewinnen, wurde in Rheinland-Pfalz auf Anregung des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten mit der Anfang Dezember 1968 durchgeführten allgemeinen Viehzählung eine Rinderrassen-Erhebung verbunden, wie das schon in den Jahren 1950 und 1958 geschah. Aus Gründen der Kostenersparnis beschränkten sich die diesbezüglichen, nach einem auf charakteristische, äußerlich leicht erkennbare Rassenmerkmale abgestellten Katalog zu treffenden Feststellungen dieses Mal nur auf den Kuhbestand. Wenn auch der Anteil der Kühe am gesamten Rindviehbestand zufolge der stärkeren Verlagerung auf die Mast in den letzten zehn Jahren von 48 auf 39% zurückgegangen ist, so kann man dennoch unterstellen, daß die nur auf die Kühe bezogenen Ergebnisse im großen und ganzen gleichzeitig auch ein Spiegelbild der Rassenverteilung im gesamten Rinderbestand sind. Größere Abweichungen von den Verhältnissen bei den Kühen, bedingt durch Umstellung auf andere Rassen oder durch das Vorhandensein reiner Mastbetriebe, dürften nur lokale Bedeutung haben, das Gesamtbild aber kaum wesentlich beeinträchtigen.

Mangels rechtlicher Grundlage bestand für die Viehhalter keine Auskunftspflicht über die Rassenzugehörigkeit ihrer Tiere, worauf ausdrücklich hingewiesen wurde. Trotzdem gab es, von der Weigerung einzelner Gemeindeverwaltungen abgesehen, so gut wie keine Auskunftsverweigerungen durch die Viehhalter selbst, ein Zeichen für den hohen Grad von Einsicht in die Notwendigkeit solcher Feststellungen. Demzufolge kann man bewußt verfälschte Angaben ausschließen.

1. Stand und Entwicklung

Nach den Ergebnissen der Erhebung setzt sich der Kuhbestand derzeit aus folgenden Rassen zusammen: 64,4% Deutsche Rotbunte, 15,3% Deutsche Schwarzbunte, 11,8% Gelb- und Rotvieh (Franken-, Lahn-, Glanvieh, Glandonnensberger, Vogelsberger, Dänen), 7,3% Deutsches Fleckvieh (Höhenfleckvieh; auch Simmentaler), 0,2% Jersey, 0,2% Aberdeen-

Angus und 0,8% sonstige, seltener vertretene Rassen oder Kreuzungen. Danach spielen in Rheinland-Pfalz praktisch nur die vier erstgenannten Rassen eine Rolle. Die übrigen haben zahlenmäßig keine Bedeutung.

Betrachtet man den Entwicklungsverlauf in den letzten drei Jahrzehnten, so zeigt sich deutlich, daß die in Rheinland-Pfalz eigentlich bodenständigen Höhengschläge mehr und mehr durch das milchergiebigere Niederungsvieh verdrängt wurden. Das gleiche gilt auch für die noch bis vor zehn Jahren relativ stark verbreiteten Kreuzungen und sonstigen Rassen, so daß inzwischen zweifellos eine größere Einheitlichkeit in der rassenmäßigen Zusammensetzung eingetreten ist. Die schon vor 1958 zum Niederungsvieh tendierende Entwicklung

Verbreitung der Rinderrassen 1936 - 1968

Rasse	1936	1950	1958	1968 ¹⁾
	% des Rindviehbestandes			
Rotbunte	5,9	15,0	32,1	64,4
Schwarzbunte	8,6	10,0	9,5	15,3
Fleckvieh	21,1	11,5	11,9	7,3
Gelb- und Rotvieh	46,9 ²⁾	55,5 ²⁾	41,7 ²⁾	11,8
Sonstige	17,5	8,0	4,8	1,2

1) 1968 Anteile am Kuhbestand. - 2) Nur einfarbig gelbes Höhenvieh.

wurde seitdem beträchtlich forciert. Während damals auf Rotbunte 32,1%, auf Schwarzbunte 9,5%, zusammen also erst rund vier Zehntel des Rinderbestandes entfielen, hat sich bis heute diese Gruppe mit insgesamt acht Zehntel verdoppelt, wobei das außerordentlich starke Vordringen der rotbunten Rasse (64,4%) die auffallendste Erscheinung in diesem Zusammenhang ist. Bemerkenswert erscheint aber auch, daß die schwarz bunten Tiere, deren Anteil über lange Jahre hinweg ungefähr gleich groß blieb, mit nunmehr 15,3% auch hier offenbar stärker Fuß zu fassen vermochten.

Diese beträchtlichen Verschiebungen wurzeln zweifellos in einem strukturellen Wandlungsprozeß. Dabei spielte die stetig abnehmende Bedeutung der Gespannviehhaltung, die vor allem in den Gebieten mit überwiegend kleinbetrieblicher Struktur ein auf dreiseitige Nutzung, nämlich Arbeit, Milch und Fleisch, gezüchtetes Rind benötigte, eine maßgebliche Rolle. Dieser Typ fand sich vor allem in den robusteren Höhengschlägen. Nachdem jedoch die Zugarbeit mehr und mehr vom Ackerschlepper übernommen wurde, konnte die Nutzung auf Milch- und Fleischleistung beschränkt werden. Hierfür eignete sich aber das milchergiebigere Niederungsvieh, darunter ganz besonders das in seiner Milch- und Fleischleistung gleichgute und sich wegen seiner Anpassungsfähigkeit an weniger gute Klima- und Futterverhältnisse auszeichnende rotbunte Rind, besser als das Höhenvieh, so daß es letzteres insbesondere dort verdrängte, wo es die betriebswirtschaftlichen, Klima- und Bodenverhältnisse zuließen. Die seit Jahren ununterbrochen ansteigende durchschnittliche Milchleistung ist nicht nur besseren Haltungsbedingungen und moderner Fütterungstechnik zuzuschreiben, sondern zu nicht unerheblichem Teil auch eine Folge der veränderten rassenmäßigen Zusammensetzung der Bestände.

2. Regionale Verteilung

a. **Rotbunte**: Das rotbunte Rind ist im nördlichen Teil des Landes mit Abstand das am weitesten verbreitete. In den Regierungsbezirken Koblenz und Trier ist diese Rasse lediglich in den Kreisen Birkenfeld (49,4%) und Bernkastel (48,4%) weniger als zur Hälfte vertreten, bildet aber auch hier die relativ stärkste Gruppe unter den verschiedenen Rassen. Hauptverbreitungsgebiete innerhalb dieses Raumes sind vor allem die Kreise Ahrweiler, Altenkirchen, Cochem, Mayen, Neuwied, Simmern und Zell, in denen die rotbunte Kuh in allen Fällen zu mehr als 80% an der Gesamtzahl vertreten ist. Am stärksten ist die Rasse unter allen Kreisen des Landes im Kreis Altenkirchen mit einem Anteil von 97,1% konzentriert. Aber auch in Teilgebieten der Eifel, so in den Kreisen Bitburg, Daun, Prüm und Saarburg, erreicht sie Anteile von mehr als 80%. Bei der letzten Zählung vor zehn Jahren lagen die Verhältnisse hier zum größten Teil noch völlig anders. Damals kam die rotbunte Rasse im gesamten nördlichen Raum lediglich in zwei Kreisen, nämlich Altenkirchen und Neuwied über einen Anteil von vier Fünfteln hinaus und in nur fünf der insgesamt 25 Kreise stellte sie mehr als die Hälfte.

Auch im Bezirk Rheinhessen-Pfalz konnte diese Rasse ihren Anteil fast überall etwas ausdehnen, spielt aber hier bei weitem nicht die Rolle wie im Norden.

b. **Schwarzbunte**: Obwohl sich das schwarzbunte Rind durch sehr hohe Milch- und auch durch gute Fleischleistung auszeichnet, scheint es dieser ursprünglich ausschließlich im und für das Flachland gezüchteten Rasse offenbar an der Eignung zu fehlen, um sich den rauheren Bedingungen mittlerer Höhenlagen anzupassen. Es hat sich deshalb nur in einigen Gebieten stärker verbreitet.

Am häufigsten ist die schwarzbunte Rasse in klimatisch begünstigten, überwiegend flachen und gute Weidemöglichkeiten bietenden Lagen der Pfalz und Rheinhessens anzutreffen, im Norden des Landes dagegen seltener. In Rheinhessen-Pfalz hat sie ihre Anteile fast in allen Kreisen vergrößert. Wenn auch nur gebietsweise mit mehr als zur Hälfte ver-

treten, so in Frankenthal (50,8%), Kaiserslautern (76,7%), Pirmasens (64,8%) und Zweibrücken (51,7%), stellt die Schwarzbunte doch in den meisten Kreisen Rheinhessens und der Pfalz die relativ stärkste Gruppe.

c. **Fleckvieh**: Hauptverbreitungsgebiet des aus Kreuzungen von aus dem Tal der Simme in der Schweiz kommenden Rindern mit deutschem Landvieh hervorgegangenen Höhenfleckviehes, auch Simmentaler genannt, ist der südliche Teil der Pfalz. Dort sind es vor allem die Kreise Bergzabern (81,0%), Gernersheim (78,5%) und Landau (67,4%), in denen sich diese Rasse auf weit mehr als die Hälfte der Bestände erstreckt. Im Kreis Neustadt (42,2%) bildet sie die relativ größte Gruppe und ist darüber hinaus auch noch in den Kreisen Kirchheimbolanden (28,9%), Ludwigshafen (29,9%), Speyer (29,4%) und Zweibrücken (30,9%) recht stark vertreten. Verglichen mit 1958 ist jedoch in diesen Schwerpunktgebieten mit Ausnahme der Kreise Gernersheim und Landau der Fleckviehanteil zurückgegangen, und zwar zum weit überwiegenden Teil zugunsten der schwarzbunten Rasse.

Auch außerhalb der Pfalz tritt das Fleckvieh gebietsweise noch verhältnismäßig stark in Erscheinung, so im ehemaligen Regierungsbezirk Rheinhessen in den Kreisen Alzey (28,8%), Worms (20,6%) und Bingen (13,1%) sowie ferner in den Kreisen Birkenfeld (18,3%) und Wittlich (8,3%), in denen diese Rasse schon immer größere Beachtung fand. Ebenso wie in der Pfalz hat sich aber auch in diesen Schwerpunktgebieten der Fleckviehhaltung deren Anteilsquote in den vergangenen zehn Jahren beträchtlich reduziert.

d. **Gelb- und Rotvieh**: Während bei der Erhebung 1958 Gelbvieh gesondert erfragt wurde, ist es 1968 mit dem einfarbig roten Vieh zusammengefaßt worden. Insoweit sind die Ergebnisse nicht voll vergleichbar. Nach den Ergebnissen von damals zu urteilen, ist innerhalb dieser Gruppe jedoch das einfarbige gelbe das dominierende. Diese Rasse, aus der sich vor allem das Glan-Donnersberger Rind hervorhebt, ist aus dem deutschen rotbunten Landvieh durch Einkreuzung von Simmentalern, graubraunem Höhenvieh und anderen Rassen hervorgegangen und zeichnet sich durch Arbeitstüchtigkeit, gute Fleisch- und Milchleistung bei hohem Fettgehalt sowie durch Anspruchslosigkeit aus.

Auch diese Rasse hat ihre 1950 noch in einer beträchtlichen Zahl von Kreisen überragende Stellung eingebüßt. Hauptsächliche Ausdehnungsgebiete sind auch heute noch die pfälzischen Kreise Kusel mit einem Anteil von 44,5%, Rockenhausen (44,6%) sowie im nördlichen Raum die Kreise Bernkastel (34,4%) und Kreuznach (29,3%).

e. **Sonstige**: Der Anteil der sonstigen Rassen und Kreuzungen ist wie im Landesdurchschnitt auch in allen Kreisen unbedeutend. Ausgesprochene Schwerpunktgebiete für die Ausdehnung anderer als der oben genannten Rassen lassen sich aus den Ergebnissen nicht erkennen. Allenfalls für den Loreleykreis mit einem Anteil dieser Gruppe von 4,1%, die Kreise Bernkastel (4,5%) und Rockenhausen (4,7%) läßt sich feststellen, daß die Vereinheitlichung noch nicht einen gleichen Grad wie in den übrigen erreicht hat.

P. Porn

Verbreitung der Rinderrassen in den Regierungsbezirken
1950, 1958 und 1968

Rasse	1950	1958	1968 ¹⁾
% des Rindviehbestandes			
Koblenz			
Rotbunte	19,0	39,7	78,4
Schwarzbunte	9,9	7,0	7,6
Fleckvieh	2,6	3,6 ²⁾	2,6
Gelb- und Rotvieh	62,0 ²⁾	45,4 ²⁾	10,2
Sonstige	6,5	4,3	1,2
Trier			
Rotbunte	13,0	38,1	79,7
Schwarzbunte	4,6	3,5	7,0
Fleckvieh	1,3 ²⁾	1,8 ²⁾	1,3
Gelb- und Rotvieh	72,3 ²⁾	52,4 ²⁾	10,7
Sonstige	8,8	4,2	1,3
Rheinhessen-Pfalz			
Rotbunte	10,8	14,5	17,1
Schwarzbunte	15,0	19,4	40,8
Fleckvieh	33,5 ²⁾	34,7 ²⁾	24,5
Gelb- und Rotvieh	31,3 ²⁾	25,1 ²⁾	16,0
Sonstige	9,4	6,3	1,6

1) 1968 Anteile am Kuhbestand. - 2) Nur einfarbig gelbes Höhenvieh.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967			1968				1969
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerungsstand										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 335	3 620	3 626	3 625	3 626	3 644	3 646
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 568	2 323	2 001	3 025	1 120	1 993	1 702 ^p	2 178 ^p	1 531 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	9,2	7,7	6,7	9,8	3,6	6,4	5,7 ^p	7,0 ^p	4,9 ^p
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	5 123	5 091	4 693	4 689	5 110	4 667	4 215	5 064 ^p	5 476 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	18,4	16,9	15,7	15,2	16,6	15,1	14,1	16,4 ^p	17,7 ^p
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ³⁾	Anzahl	3 014	3 420	3 427	3 804	4 194	3 539	3 633	3 883 ^p	3 761 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	10,8	11,3	11,5	12,4	13,6	11,4	12,1	12,5 ^p	12,1 ^p
* Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	200	125	113	120	102	126	117
* je 1 000 Lebendgeborene	a.T.	39,0	24,6	24,1	25,6	20,0	27,0	27,8
* Geburtenüberschuß	Anzahl	2 109	1 671	1 266	885	916	1 128	582	1 181 ^p	1 715 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	7,6	5,5	4,2	2,9	3,0	3,6	1,9	3,8 ^p	5,5 ^p
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	9 505	8 644	7 888	7 427	7 767	12 659	8 703
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	"	8 211	9 251	8 975	8 506	8 084	11 247	7 837
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 294	- 607	-1 087	-1 079	- 317	1 412	866
* Binnenwanderung ⁴⁾	"	9 508	10 602	11 184	10 269	9 903	14 225	11 690
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	1 000	44,1	30,2	23,7	35,4	48,4	7,8	10,1	17,9	24,9
* Männer	"	35,8	24,3	18,5	29,5	42,0	5,2	7,2	14,8	21,1
Ausgewählte Berufsgruppen: Land- und forstwirtschaftliche Berufe										
Bauberufe	Anzahl	2 727	1 328	503	1 880	4 178	174	275	1 290	2 240
Industrielle und handwerkliche Berufe	"	17 668	3 692	1 806	4 926	9 055	243	655	2 838	5 188
Offene Stellen	"	14 493	18 403	14 352	20 110	24 819	4 070	5 425	9 016	11 604
Männer	"	7 719	11 679	10 257	8 960	12 078	22 455	20 288	18 457	22 278
Ausgewählte Berufsgruppen: Land- und forstwirtschaftliche Berufe	"	3 950	5 395	5 163	3 992	5 412	13 206	11 637	10 093	12 688
Bauberufe	"	386	222	104	87	163	314	198	208	306
Industrielle und handwerkliche Berufe	"	1 218	1 119	1 242	550	811	2 728	2 058	1 306	2 006
	"	2 989	4 214	4 042	3 781	5 085	11 505	10 296	9 800	11 406
Landwirtschaft										
Viehbestand 5)										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	694	761	.	761	.	.	.	755	.
* Milchkühe	"	327	297	.	297	.	.	.	294	.
* Schweine	"	659	822	.	822	.	.	.	787	.
* Zuchtsauen insgesamt	"	42	68	.	68	.	.	.	65	.
* Trächtige Zuchtsauen	"	24	42	.	42	.	.	.	39	.
Schlachtungen von Inlandtieren 6)										
* Rinder (ohne Kälber)	"	17	18	20	20	21	20	20	21	21
* Kälber	"	10	4	4	4	4	3	2	3	3
* Schweine	"	93	98	111	123	117	98	113	129	111
* Hausschlachtungen	"	28	24	40	51	39	18	40	45	37
Gesamtschlachtgewicht aus gewerbl. Schlachtungen 7)										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	10,2	11,1	10,7	10,9	11,8	11,9	11,0	12,4	11,4
* Kälber	"	4,1	4,6	4,6	4,6	4,9	5,1	4,8	5,2	5,0
* Schweine	"	0,4	0,3	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
	"	5,6	6,2	5,9	6,0	6,6	6,5	6,1	6,9	6,2
Milcherzeugung										
* Kuhmilcherzeugung	"	69	87	77	79	83	81	75	76	81
* Milchlieferungen an Molke-										
reien	%	63,8	75,2	71,6	73,4	74,2	77,0	73,9	74,4	75,2
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	6,7	9,6	8,6	8,5	9,0	8,8	8,4	8,3	8,8

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Innerhalb des Landes umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden. - 5) Anstelle von Monatsdurchschnitten Bestand Anfang Dezember. - 6) Gewerbliche und Hausschlachtungen. - 7) Einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967			1968				1969
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe (örtliche Einheiten)	Anzahl	2 933	3 106	3 074	3 070	3 041	3 014	3 009	3 006	...
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	336	364	362	359	357	377	378	375	...
* Arbeiter 2)	"	274	274	273	270	268	285	286	284	...
* Geleistete Arbeiterstunden 3)	Mill. Std.	47	43	45	41	44	50	46	43	...
Löhne und Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	144	322	338	426	310	354	379	478	...
* Löhne (Bruttosumme)	"	104	212	223	266	205	240	251	299	...
* Gehälter (Bruttosumme)	"	40	110	115	160	105	114	128	179	...
* Kohleverbrauch	1 000 tSKE 4)	279	135	147	139	142	136	139	145	...
Gasverbrauch	Mill. Nm 3	41	40	43	43	41	44	35	34	...
* Heizölverbrauch	1 000 t	15	155	168	187	185	164	181	198	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	367	651	709	672	661	742	723	722	...
* Stromerzeugung 5)	"	138	281	360	339	347	318	347	366	...
* Umsatz 6) (einschl. Umsatzsteuer)	Mill. DM	789	1 638	1 738	1 892	1 540	2 263	2 116	2 089	...
* Auslandsumsatz	"	126	339	336	450	302	464	459	572	...
Index der industriellen Produktion 7)										
Gesamtindustrie	1962=100	70	147	167	154	128	182 ^P	191 ^P	180 ^P	157 ^P
ohne Bauhauptgewerbe	"	70	151	170	165	139	185 ^P	194 ^P	192 ^P	169 ^P
ohne Bauhauptgewerbe und Energieversorgungsbetriebe	"	70	152	172	166	139	188 ^P	196 ^P	193 ^P	171 ^P
Energieversorgungsbetriebe	"	74	125	128	137	133	136	153	156 ^P	152 ^P
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	"	69	159	177	154	148	195 ^P	202 ^P	186 ^P	182 ^P
Industrie der Steine und Erden	"	78	113	124	82	58	146	144	94	80 ^P
Eisenschaffende Industrie, NE-Metallindustrie	"	69	121	116	115	73	117	145	152	151 ^P
Chemische Industrie (einschl. Mineralölverarbeitung)	"	64	188	211	190	194	227	237	231	230 ^P
Investitionsgüter	"	69	180	202	250	149	224	234	277	189 ^P
Maschinenbau	"	81	187	195	293	126	224	197	303	157 ^P
Elektrotechnische Industrie	"	61	119	138	161	113	157	187	191	159 ^P
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	"	65	142	174	164	136	184	207	184	160 ^P
Verbrauchsgüter 8)	"	66	121	139	129	121	151	164	150	145 ^P
Holz verarbeitende Industrie	"	58	126	149	146	106	157	173	168	143 ^P
Schuhindustrie	"	71	101	108	94	112	121	126	102	119 ^P
Textilindustrie	"	84	131	167	155	149	174	210	197	193 ^P
Nahrungs- und Genußmittel	"	81	136	167	159	115	171	178	176	142 ^P
Bauhauptgewerbe	"	57	126	152	93	68	159	171	115	92 ^P
Handwerk										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Mai 1962 = 100	.	102	.	101	.	.	.	103	.
* Umsatz 9)	1962 = 100	.	142	.	168	.	.	.	173	.
* Handwerksumsatz 9)	"	.	142	.	169	.	.	.	177	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	61	212	267	256	238	268	250
Strombezug (netto)	"	318	496	443	483	506	549	545	561 ^P	...
Stromaufkommen	"	375	695	700	728	729	804	783	805 ^P	...
* Gaserzeugung	Mill. cbm	11	105	125	141	142	95	97	127	133
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 10)										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	66	87	91	88	84	94	93	92	88
Facharbeiter	"	30	47	48	47	45	50	49	49	47
Helfer und Hilfsarbeiter	"	24	26	29	27	25	30	29	28	27
* Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	11	13	14	8	7	16	14	9	9
* Wohnungsbauten	"	5	6	6	3	3	6	6	4	3
Landwirtschaftliche Bauten	"	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Gewerbliche Bauten	"	2	2	2	2	1	2	2	1	2
* Verkehrs- und öffentl. Bauten	"	4	5	6	3	3	7	6	4	4
Hochbau	"	1	1	2	1	1	2	2	1	1
Straßenbau	"	3	2	2	1	1	2	2	1	1
Sonstiger Tiefbau	"	2	2	2	1	1	3	2	2	2
Löhne und Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	26	71	80	63	45	92	86	71	61
* Löhne (Bruttosumme)	"	24	64	73	54	38	85	78	62	53
* Gehälter (Bruttosumme)	"	2	7	7	9	7	7	8	9	8
* Umsatz	"	76	226	239	324	142	226	241	370	171

1) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 2) Einschließlich gewerblicher Lehrlinge. - 3) Einschließlich Lehrlingsstunden. - 4) 1 t Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle. - 5) Gesamte industrielle Eigenenerzeugung. - 6) Einschließlich Verbrauchsteuern und Entgelt für Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz von Handelswaren. - 7) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 8) Ohne Nahrungs- und Genußmittel. - 9) Vierteljahresdurchschnitt. - 10) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet für alle Betriebe; endgültige Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967			1968				1969
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude 1)	Anzahl	1 045	1 137	1 044	519	1 281	1 205	968	548	...
Veranschlagte reine Baukosten	DM/cbm	56,3	107,7	108,2	110,1	108,9	109,0	110,1	115,2	...
Bruttowohnfläche	1 000 qm	159	191	179	89	216	229	146	102	...
* Nichtwohngebäude 1)	Anzahl	585	293	327	154	321	345	271	157	...
* Umbauter Raum insgesamt 1)	1 000 cbm	1 465	1 962	1 964	1 106	2 133	2 143	1 710	1 151	...
* in Wohngebäuden	"	929	1 106	1 046	516	1 242	1 304	896	579	...
* Wohnungen	Anzahl	2 724	2 500	2 247	1 126	2 575	2 860	1 653	1 273	...
* in ganzen Wohngebäuden 1)	"	2 200	2 062	1 920	967	2 326	2 640	1 480	1 174	...
Baupreise										
Meßziffern ausgewählter Bauleistungspreise	1962=100									
Ausheben einer Baugrube (mittelschwerer Boden)	"	.	96	95	.	.	.	101	.	.
Ziegelmauerwerk	"	.	120	119	.	.	.	129	.	.
Hohlblockmauerwerk	"	.	122	121	.	.	.	131	.	.
Leichttrennwand	"	.	121	120	.	.	.	126	.	.
Stahlbetondecke	"	.	109	108	.	.	.	116	.	.
Beton B 80 für Wände	"	.	120	119	.	.	.	129	.	.
Beton B 160 für Fundamente	"	.	109	107	.	.	.	115	.	.
Dachverbandholz liefern	"	.	101	99	.	.	.	103	.	.
Innenwandputz (Mauerwerk)	"	.	128	126	.	.	.	134	.	.
Deckenputz	"	.	129	126	.	.	.	133	.	.
Außenwandputz	"	.	135	134	.	.	.	142	.	.
Wandbekleidung (Fliesen)	"	.	116	114	.	.	.	120	.	.
Handel und Gastgewerbe										
Einzelhandel (Meßziffern)	1962=100									
Beschäftigte	"	.	97	98	99	96	98	99	99	...
Umsätze	"	.	125	130	185	101	140	146	181	...
Waren verschiedener Art	"	.	177	207	314	162	217	259	331	...
Nahrungs- und Genußmittel	"	.	116	113	139	101	123	121	142	...
Bekleidung, Wäsche, Sportartikel und Schuhe	"	.	116	131	188	92	139	152	188	...
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	"	.	125	141	215	81	134	137	195	...
Elektrotechn., feinmech. u. optische Erzeugnisse	"	.	121	124	297	87	128	166	295	...
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	"	.	114	110	152	63	132	115	116	...
Handel mit Berlin (West)										
* Bezüge	1 000 DM	5 493	12 561	14 230	13 660	10 353	18 937	17 933	16 616	...
* Lieferungen	"	14 040	32 986	38 908	38 825	32 710	44 379	43 930	42 236	...
Ausfuhr										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	145,2	393,0	394,9	447,8	404,1	519,0	503,4	518,8	...
Nach Warengruppen:										
* Ernährungswirtschaft	"	4,8	11,7	12,5	10,1	11,6	20,6	15,9	14,3	...
* Gewerbliche Wirtschaft	"	140,4	381,3	382,4	437,7	392,6	498,4	487,4	504,6	...
* Rohstoffe	"	5,8	7,5	7,0	6,8	5,5	8,7	8,7	7,4	...
* Halbwaren	"	23,1	29,1	30,2	31,3	31,1	27,7	25,5	26,9	...
* Fertigwaren	"	111,5	344,7	345,2	399,6	356,0	462,0	453,3	470,3	...
* Vorerzeugnisse	"	59,5	151,5	149,8	162,8	158,7	205,2	184,6	175,3	...
* Enderzeugnisse	"	52,0	193,2	195,4	236,8	197,3	256,8	268,7	294,9	...
Nach ausgewählten Verbrauchsländern:										
* EWG-Länder	"	41,0	148,7	159,7	176,5	140,5	202,4	202,5	191,8	...
Belgien-Luxemburg	"	9,5	27,2	27,1	33,7	24,0	31,5	32,7	37,9	...
Frankreich	"	9,6	53,7	59,2	57,9	55,4	85,1	92,5	75,3	...
Italien	"	9,6	34,7	42,1	41,5	33,6	37,7	37,6	40,3	...
Niederlande	"	12,2	33,0	31,3	43,4	27,4	48,1	39,7	38,3	...
* EFTA-Länder	"	36,4	93,3	93,2	102,5	91,4	107,6	115,3	115,7	...
Dänemark	"	3,4	9,7	8,9	10,2	9,3	11,9	15,3	15,1	...
Großbritannien	"	9,5	22,1	20,4	24,6	20,4	19,4	22,3	22,6	...
Österreich	"	6,8	17,4	17,8	22,9	19,1	23,0	22,9	25,3	...
Schweden	"	5,4	13,3	15,4	15,7	11,7	14,7	17,8	14,5	...
Schweiz	"	8,3	22,6	22,8	20,4	20,6	27,3	26,6	28,2	...
USA und Kanada	"	10,1	22,8	22,9	25,0	23,0	27,3	34,7	23,7	...
Ostblockländer	"	3,6	21,9	20,2	27,9	30,4	39,7	20,0	27,9	...
Gastgewerbe (Meßziffern)										
Beschäftigte	1962=100	.	110	102	101	98	116	109	104	...
Teilbeschäftigte	"	.	167	156	154	132	197	158	139	...
Umsätze insgesamt:	"	.	132	111	114	96	144	121	121	...
Übernachtungen	"	.	155	94	67	61	165	89	65	...
Beköstigung	"	.	130	112	116	98	142	122	123	...
Fremdenverkehr in 258 Berichtsgemeinden										
* Fremdenanmeldungen	1 000	167	207	119	85	83	263	130	79	...
* Auslands Gäste	"	36	44	11	8	7	38	14	8	...

1) Bis Dezember 1962 ohne Gebäudeteile und Umbau ganzer Gebäude, ab Januar 1963 ohne Gebäudeteile.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967			1968				1969
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
* Fremdenübernachtungen	1 000	625	777	436	334	311	816	456	292	...
* Auslandsgäste	"	68	95	24	18	16	72	30	19	...
Nach Gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	255	329	212	170	152	342	222	132	...
Luftkurorte	"	43	47	20	16	16	47	24	18	...
Sonstige	"	327	401	204	148	143	427	210	142	...
Verkehr										
Bundesbahn 1)										
Zugkilometer	"	2 960	2 832	2 710	2 800	2 849	3 133	2 898	2 965	3 036
Wagenachskilometer	"	104 960	112 382	109 727	113 541	107 853	129 224	118 937	119 375	119 567
Bruttotonnenkilometer	Mill.	1 017	1 181	1 165	1 199	1 137	1 380	1 277	1 265	1 271
Nettotonnenkilometer	"	293	332	371	348	325	445	423	385	382
Gestellte Güterwagen	Anzahl	74 911	59 950	69 325	56 922	48 269	75 931	72 519	55 145	54 918
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	1 812	2 818	2 688	2 269	2 217	3 245	2 760	2 709	...
* Gütereingang	"	811	1 432	1 354	1 243	1 266	1 587	1 309	1 508	...
* Güterversand	"	1 001	1 386	1 334	1 026	951	1 658	1 451	1 201	...
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 315	4 351	4 502	4 023	3 888	4 012	3 851	3 609	3 959
Ladung	1 000 t	2 938	3 167	3 049	2 794	3 028	3 180	2 909	2 319	2 804
Auslastungsgrad 2)	%	80	84	75	77	89	89	85	73	80
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 367	4 475	4 658	4 407	3 965	4 251	3 746	4 395	4 290
Ladung	1 000 t	893	1 578	1 325	1 096	1 319	1 604	1 248	1 035	1 297
Auslastungsgrad 2)	%	70	82	71	69	83	87	79	63	72
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	4 999	7 528	7 454	7 724	4 690	9 483	7 152	6 382	...
Krafträder (einschließlich Motorroller)	"	366	23	17	6	8	18	14	9	...
* Personenkraftwagen	"	2 840	5 733	5 467	5 317	3 448	7 266	5 484	4 926	...
* Kombinationskraftwagen	"	275	654	749	841	437	846	616	531	...
* Lastkraftwagen	"	346	466	510	682	390	579	459	454	...
Zugmaschinen	"	640	579	646	798	365	715	523	432	...
Kraftfahrzeuganhänger	"	132	244	148	176	115	222	151	128	...
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen										
Beförderte Personen 3)	1 000	20 118	20 546	22 090	20 471	22 298	22 644	22 461	21 357	...
Allgemeiner Linienverkehr	"	19 451	19 575	21 265	19 690	21 563	21 559	21 523	20 457	...
Sonderformen des Linienverkehrs	"	233	661	620	586	603	742	722	709	...
Berufsverkehr 3)	"	233	575	573	549	564	657	631	614	...
Schülerverkehr 4)	"	.	86	47	37	39	86	91	95	...
Markt- und Theaterfahrten	"
Gelegenheitsverkehr	"	434	310	205	195	132	343	216	191	...
Ausflugsfahrten	"	99	77	51	40	24	93	52	45	...
Ferienziel-Reisen	"	.	0	0	0	-	0	0	0	...
Mietwagenverkehr	"	335	233	154	155	108	250	164	146	...
Wagenkilometer	"	7 991	8 960	8 026	7 809	8 204	9 879	8 490	8 280	...
Allgemeiner Linienverkehr	"	6 338	6 184	6 193	6 098	6 602	6 956	6 453	6 337	...
Sonderformen des Linienverkehrs	"	233	1 135	1 090	1 024	1 112	1 279	1 184	1 161	...
Berufsverkehr 3)	"	233	1 069	1 062	1 001	1 088	1 246	1 150	1 108	...
Schülerverkehr 4)	"	.	66	28	23	24	33	34	53	...
Markt- und Theaterfahrten	"
Gelegenheitsverkehr	"	1 420	1 641	743	687	490	1 644	853	782	...
Ausflugsfahrten	"	479	510	201	193	115	558	265	227	...
Ferienziel-Reisen	"	.	20	1	6	-	11	1	2	...
Mietwagenverkehr	"	941	1 111	541	488	375	1 075	587	553	...
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	3 491	6 098	6 355	6 724	5 836	7 011	6 691	7 152	...
* Unfälle mit Personenschaden	"	1 464	1 716	1 703	1 639	1 312	2 000	1 676	1 650	...
Unfälle mit nur Sachschaden	"	2 027	4 382	4 652	5 085	4 524	5 011	5 015	5 502	...
bis 1 000 DM 5)	"	.	3 718	3 919	4 342	3 882	4 190	4 288	4 669	...
über 1 000 DM 6)	"	.	664	733	743	642	821	727	833	...
* Getötete Personen 7)	"	68	96	94	100	50	110	108	102	...
* Verletzte Personen	"	1 913	2 445	2 332	2 297	1 864	2 792	2 317	2 352	...
Schwerverletzte	"	765	843	787	786	627	998	831	839	...
Bundespost										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	27 688	34 843	37 254	42 900	36 317	39 744	36 339	44 702	38 426
Gewöhnliche Paketsendungen	"	931	1 023	1 147	1 555	973	1 322	1 236	1 654	1 022
Telegramme	"	99	68	58	69	58	66	54	64	54
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	469 430	823 220	805 163	843 665	888 664	848 715	804 750	922 759	916 370
Lastschriften	"	460 840	822 696	796 817	836 281	904 085	849 110	792 534	927 601	925 937
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	"	5 814	10 049	7 453	9 331	11 894	10 711	7 591	9 793	14 854
Auszahlungen	"	5 296	9 707	9 315	10 701	7 883	11 330	9 579	11 754	10 682
Rundfunkgenehmigungen										
Tonrundfunk	1 000	181	1 036	1 041	1 042	1 046	1 058	1 062	1 064	1 068
Fernsehrundfunk	"	78	757	776	783	797	837	843	852	864

1) Nur Bundesbahndirektion Mainz. - 2) Auslastungsgrad der beladenen Schiffe. - 3) 1958 ohne mittelbar entgeltlichen Berufsverkehr (§ 1 Abs. 1 Satz 2 PBefG.). - 4) Ab Januar 1969 einschließlich freigestellter Schülerverkehr. - 5) Bei jedem der Beteiligten. - 6) Bei einem der Beteiligten. - 7) Einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967			1968				1969
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Geld und Kredit										
Kreditinstitute 1)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	3 307	11 984	11 874	11 984	11 956	13 202	13 315	13 370 ^p	...
* Kurzfristige Kredite	"	1 376	3 275	3 233	3 275	3 178	3 462	3 503	3 507 ^p	...
* an Wirtschaft und Private	"	1 367	3 195	3 168	3 195	3 129	3 397	3 435	3 445 ^p	...
an öffentlich-rechtliche Körperschaften	"	9	80	65	80	49	65	68	62 ^p	...
* Mittel- und langfristige Kredite 2)	"	1 931	8 709	8 641	8 709	8 778	9 740	9 812	9 863 ^p	...
* an Wirtschaft und Private	"	1 551	6 728	6 673	6 728	6 753	7 403	7 457	7 507 ^p	...
an öffentlich-rechtliche Körperschaften	"	380	1 981	1 968	1 981	2 025	2 337	2 355	2 355 ^p	...
* Einlagen von Nichtbanken	"	3 282	10 949	10 718	10 949	11 086	12 065	12 308	12 512 ^p	...
* Sicht- und Termineinlagen	"	1 426	3 629	3 652	3 629	3 618	4 008	4 199	4 107 ^p	...
* von Wirtschaft und Privaten	"	1 055	2 862	2 841	2 862	2 867	3 230	3 402	3 383 ^p	...
von öffentlich-rechtlichen Körperschaften	"	371	767	811	767	751	778	797	724 ^p	...
* Spareinlagen	"	1 857	7 320	7 066	7 320	7 468	8 057	8 109	8 405 ^p	...
* bei Sparkassen	"	1 274	4 833	4 662	4 833	4 917	5 276	5 304	5 496 ^p	...
* bei Kreditbanken	"	.	849	819	849	873	938	948	981 ^p	...
* Gutschriften auf Sparkonten 3)	"	105	349	331	689	569	420	375	795 ^p	...
* Lastschriften auf Sparkonten	"	78	297	292	435	416	337	324	499 ^p	...
Zahlungsschwierigkeiten										
Konkurse	Anzahl	13	14	12	10	17	18	12	11	12
Vergleichsverfahren	"	3	3	-	4	-	2	3	3	2
Wechselproteste	"	2 860	2 596	2 575	2 374	2 278	1 891	1 726	1 814 ^p	...
" 4)	1 000 DM	2 017	4 237	3 536	3 157	3 069	2 877	2 483	3 258 ^p	...
Steuern										
* Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM	49 700	135 475	104 114	226 693	116 031	109 037	112 376	258 877	132 784
* Vermögensteuer	"	2 443	7 702	21 118	3 744	1 826	923	20 043	1 917	872
* Kraftfahrzeugsteuer	"	5 495	15 271	14 645	13 130	19 397	18 050	15 454	16 494	18 561
* Biersteuer	"	3 176	5 082	5 031	5 187	4 515	5 481	5 765	4 984	5 820
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	35 809	102 572	58 108	200 547	83 464	77 516	66 889	227 634	99 934
* Einnahmen für Rechnung des Bundes	"	115 170	214 983	199 344	300 546	228 264	210 149	193 168	352 171	239 524
* Umsatzsteuer 5)	"	46 123	87 713	96 574	94 275	116 700	90 742	91 085	88 910	112 684
* Umsatzausgleichsteuer 6)	"	6 102	10 701	9 274	20 515	9 119	17 759	19 310	54 948	19 498
* Beförderungsteuer 7)	"	1 582	2 126	2 219	2 039	2 391	67	64	50	21
* Zölle	"	8 704	11 446	11 492	21 755	5 745	6 864	5 235	10 100	7 663
* Verbrauchsteuern	"	32 345	42 749	45 683	44 181	45 290	48 680	37 889	58 082	44 813
* Tabaksteuer	"	18 677	5 647	9 034	3 826	4 893	8 498	2 484	12 762	1 205
* Mineralölsteuer	"	2 522	7 038	7 217	10 829	3 091	6 897	6 583	10 198	4 335
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	18 944	60 241	34 128	117 781	49 019	45 526	39 285	133 690	53 811
* Lastenausgleichsabgaben	"	6 486	5 145	13 710	1 301	1 212	1 659	13 628	2 503	1 005
* Steuern vom Einkommen	"	54 753	162 813	92 236	318 328	132 483	123 042	106 174	361 324	153 745
* Lohnsteuer	"	19 833	70 883	78 875	90 830	113 477	97 577	92 565	110 619	126 882
* Veranlagte Einkommensteuer	"	20 055	59 668	9 001	149 666	13 555	18 779	7 729	159 308	13 378
* Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	1 800	6 191	2 026	1 113	1 108	1 642	1 269	2 319	1 121
* Körperschaftsteuer	"	13 065	26 071	2 334	76 719	4 343	5 044	4 611	89 078	12 364
* Gemeindesteuereinnahmen 8)	"	83 725	184 673	.	176 753	.	.	.	195 522	.
* Realsteuern	"	76 545	171 318	.	163 453	.	.	.	180 878	.
* Grundsteuer A	"	8 599	9 704	.	8 694	.	.	.	8 843	.
* Grundsteuer B	"	15 026	24 910	.	21 698	.	.	.	23 080	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	49 114	127 680	.	124 351	.	.	.	139 177	.
* Lohnsummensteuer	"	3 806	9 024	.	8 710	.	.	.	9 778	.
* Sonstige Steuern	"	7 180	13 355	.	13 300	.	.	.	14 644	.

1) Ohne Zentralbanksystem; jeweiliger Kontenstand am Ende des Monats; anstelle von Monatsdurchschnitten Kontenstand am Ende des Jahres. - 2) Einschließlich durchlaufender Kredite. - 3) Einschließlich Zinsen. - 4) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 5) Ab 1.1.1968 einschließlich Mehrwertsteuer. - 6) Ab 1.1.1968 einschließlich Einfuhrumsatzsteuer. - 7) Nach bis zum 31.12.1967 geltenden Recht. - 8) Einschließlich Steuern der Kreise; Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967			1968				1969
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Löhne und Gehälter 1)										
Arbeiter in der Industrie 2)										
Bruttowochenverdienste	DM	96	193	.	.	190	210
* Männliche Arbeiter	"	106	210	.	.	207	228
Facharbeiter	"	113	224	.	.	220	242
Angelernte Arbeiter	"	107	205	.	.	202	225
Hilfsarbeiter	"	87	173	.	.	169	189
* Weibliche Arbeiter	"	61	130	.	.	133	142
Bruttostundenverdienste	"	2,10	4,46	.	.	4,44	4,70
* Männliche Arbeiter	"	2,28	4,76	.	.	4,77	5,01
Facharbeiter	"	2,44	5,05	.	.	5,05	5,32
Angelernte Arbeiter	"	2,25	4,65	.	.	4,67	4,91
Hilfsarbeiter	"	1,90	3,96	.	.	3,95	4,18
* Weibliche Arbeiter	"	1,43	3,23	.	.	3,26	3,43
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	45,8	43,1	.	.	42,8	44,7
* Männliche Arbeiter	"	46,8	44,0	.	.	43,3	45,5
* Weibliche Arbeiter	"	42,8	40,0	.	.	40,9	41,4
Geleistete Wochenarbeitszeit	"	42,1	40,8	.	.	39,7	42,7
* Männliche Arbeiter	"	43,1	41,7	.	.	40,2	43,5
* Weibliche Arbeiter	"	39,2	37,6	.	.	37,9	39,8
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM									
in der Industrie 2)	"	542	1 077	.	.	1 104	1 150
Kaufmännische Angestellte	"	495	977	.	.	1 010	1 043
* Männliche Angestellte	"	595	1 177	.	.	1 224	1 268
* Weibliche Angestellte	"	377	749	.	.	763	790
Technische Angestellte	"	648	1 251	.	.	1 265	1 329
* Männliche Angestellte	"	665	1 285	.	.	1 299	1 367
* Weibliche Angestellte	"	452	866	.	.	879	910
im Handel 3)	"	355	742	.	.	764	790
Kaufmännische Angestellte	"	351	737	.	.	760	786
* Männliche Angestellte	"	485	962	.	.	1 001	1 031
* Weibliche Angestellte	"	279	581	.	.	595	618
in Industrie 2) und Handel 3) zusammen	"	438	915	.	.	941	979
Kaufmännische Angestellte	"	404	835	.	.	863	893
* Männliche Angestellte	"	536	1 064	.	.	1 108	1 144
* Weibliche Angestellte	"	307	641	.	.	654	680
Technische Angestellte	"	625	1 233	.	.	1 249	1 315
* Männliche Angestellte	"	646	1 267	.	.	1 283	1 355
* Weibliche Angestellte	"	418	853	.	.	863	888
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung 4)										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 021	1 050	1 054	1 045	1 055	1 085	1 087	1 077	1 085
Pflichtmitglieder	"	649	656	656	645	648	655	656	646	652
Rentner	"	227	258	258	307	314	335	336	337	338
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,5	4,2	4,4	3,8	7,4	4,8	4,7	4,3	5,4
Männer	"	4,6	4,2	4,4	3,8	7,4	4,8	4,8	4,4	5,5
Frauen	"	4,3	4,1	4,2	3,5	7,6	4,8	4,4	3,9	5,4
Soziale Rentenversicherung 5)										
Rentenempfänger	Anzahl	344 570
Arbeiterrentenversicherung	"	260 463	334 548	338 931	340 026	340 656	350 426	351 137	351 892	353 216
Angestelltenversicherung	"	84 107
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	46 425
Arbeiterrentenversicherung	"	32 663	75 500	76 973	77 159	77 052	84 103	84 368	84 067	84 707
Angestelltenversicherung	"	13 762
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	38 890	24 354	17 819	24 959	40 960	5 603	6 032	10 762	23 526
Arbeitslosenversicherung	"	31 577	22 254	15 035	21 593 6)	36 750	4 025	4 435	9 087	21 597
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	8 703	10 537	6 125	15 606 6)	9 397	1 879	1 827	4 904	6 367
Arbeitslosenversicherung	"	7 369	9 782	5 317	13 734	8 591	1 497	378	4 599	6 059
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	231	171	.	170	.	.	.	165	.
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	18 112	30 432	30 308	31 098	30 007	29 873	29 886	29 117	29 027

1) Ab 1964 neuer Berichtskreis; daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar; Monatsdurchschnitt 1958 auf neuen Berichtskreis umgerechnet. - 2) Einschließlich Bau. - 3) Handel, Kredit und Versicherungen. - 4) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 5) Ohne Knappschaftsversicherung. 6) Infolge des Jahresabschlusses umfassen die Ausgaben den Zeitraum vom 21.11. - 31.12.1967.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung insgesamt	1 000	54 292	59 873 ^p	59 949	59 960	59 948	60 345 ^p
Eheschließungen 1)	Anzahl	41 187	40 270 ^p	35 322	33 707	45 363	29 081	36 038	32 183	...
Lebendgeborene 2)	"	75 361	84 954 ^p	81 824	77 303	79 749	78 564	74 878	70 492	...
Gestorbene 3)	"	49 784	57 278 ^p	56 879	58 339	62 863	53 394	58 259	59 558	...
Geburtenüberschuß	"	25 577	27 676 ^p	24 945	18 964	16 886	25 170	16 619	10 934	...
Arbeitslose	1 000	769	459	361	395	526	174	180	196	266
Männer	"	500	335	243	270	388	116	118	131	195
Landwirtschaft										
Schweinebestand 4)	"	14 747	19 032	.	.	19 032	20 117	.	.	18 732
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 5)	1 000 t	186	254	289	261	253	286	296	276	281
Milcherzeugung	"	1 490	1 810	1 597	1 531	1 613	1 662	1 581	1 522	1 619
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 6)										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	8 015	7 843	7 803	7 791	7 724	8 023	8 075 ^p	8 106 ^p	8 068 ^p
Geleistete Arbeiterstunden 7)	Mill. Std.	1 139	916	968	955	882	962	1 054 ^p	1 003 ^p	927 ^p
Umsatz 8) (einschl. Umsatzsteuer)	Mill. DM	18 166	31 722	34 946	34 164	36 054	39 219	42 516 ^p	40 746 ^p	39 500 ^p
Auslandsumsatz	"	2 698	5 947	6 414	6 264	6 950	7 102	7 543 ^p	7 806 ^p	8 367 ^p
Index der industriellen Produktion 9)										
Gesamtindustrie	1962=100	75	118	126	131	130	138	140	154	144 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	"	76	118	125	131	132	138	140	155	146 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Energieversorgungsbetriebe	"	76	117	124	130	131	138	139	153	144 ^p
Energieversorgungsbetriebe	"	74	138	144	162	169	149	160	180	189 ^p
Bergbau	"	99	89	93	93	93	92	95	102	98 ^p
Verarbeitende Industrie	"	74	119	127	132	133	141	142	157	148 ^p
Grundstoffe und Produktionsgüter	"	71	133	142	145	133	159	160	170	153 ^p
Investitionsgüter	"	73	109	115	122	138	131	130	150	148 ^p
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel)	"	76	114	124	130	126	140	143	158	147 ^p
Nahrungs- und Genußmittel	"	81	122	134	138	130	129	138	149	136 ^p
Bauhauptgewerbe	"	72	115	130	133	91	139	137	147	98 ^p
Steinkohlenförderung (brutto)	1 000 t	12 403	9 337	9 912	9 539	9 012	8 967	10 144	9 321	8 899
Braunkohlenförderung (brutto)	"	7 791	8 064	9 287	9 181	9 109	8 897	9 642	9 156	9 541
Produktion von Roheisen	"	1 645	2 281	2 353	2 330	2 166	2 540	2 700	2 625	2 516
Stahlrohblöcken	"	2 143	3 018	3 094	3 155	2 836	3 406	3 621	3 532	3 188
Walzstahlfertigerzeugnissen	"	1 470	2 076	2 207	2 122	1 922	2 412	2 734	2 482	2 260
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	8 457	15 443	16 983	17 662	18 080	16 400	18 745	19 077	...
Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	1 956	1 632	1 611	1 662	1 802	1 544	1 693	1 744	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 10)										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	1 322	1 467	1 526	1 511	1 457	1 533	1 536
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	213	206	240	226	145	233	252
Umsatz	Mill. DM	1 431	3 694	4 186	4 155	5 179	3 174	3 672
Baugenehmigungen: Wohnungen	Anzahl	48 466	44 396	51 676	48 714	39 737	49 017	51 395
Handel										
Umsätze 1962=100										
Waren verschiedener Art	"	.	132	134	144	192	129	149	161	194
Nahrungs- und Genußmittel	"	.	159	171	216	270	154	196	247	277
Bekleidung, Wäsche, Sportartikel und Schuhe	"	.	131	127	127	160	127	140	142	166
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	"	.	123	131	144	191	112	146	165	192
Elektrotechn., feinmech. u. optische Erzeugnisse	"	.	129	135	144	208	137	150	156	203
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	"	.	127	119	145	292	118	133	168	310
Außenhandel (Spezialhandel)	"	.	121	128	118	153	115	135	119	124
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	2 594	5 849	6 318	6 451	6 613	6 710	7 836	7 198	7 218
Ausfuhr	"	3 083	7 250	7 954	7 623	8 101	8 226	9 558	9 235	9 904
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	"	489	1 401	1 636	1 172	1 488	1 516	1 722	2 037	2 686

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Anstelle von Monatsdurchschnitten Bestand Anfang Dezember. - 5) Einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. - 6) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 7) Einschließlich Lehrlingsstunden. - 8) Einschließlich Verbrauchssteuern und Entgelt für Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz von Handelswaren. - 9) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 10) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet für alle Betriebe.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Verkehr										
Meßziffern des Güterverkehrs (kalendertäglich)										
Bundesbahn:										
Beförderte Güter	1962=100	95	99	112	111	100
Binnenschifffahrt:										
Beförderte Güter	"	80	125	136	129	113	144
Seeschifffahrt: Güterumschlag	"	66	124	127	131	129
Meßziffern des Personenverkehrs (kalendertäglich)										
Bundesbahn:										
Beförderte Personen	"	124	82	82	79	80	94
Straßenbahnen und Obusse:										
Beförderte Personen	"	102	72	72	75	70	64	68
Kraftomnibusse:										
Beförderte Personen	"	78	109	117	118	110	116	123
Geld und Kredit										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	17 940	31 412	30 224	31 524	31 412	31 804	31 723	33 235	32 342 ^P
Kreditinstitute 2)										
Kredite an Nichtbanken	"	100 615	320 656	310 691	314 189	320 656	347 867	351 907	354 950	360 074 ^P
Kurzfristige Kredite	"	32 530	75 366	71 670	72 315	75 366	79 623	79 975	80 406	82 889 ^P
Mittel- und langfristige Kredite	"	68 085	245 290	239 021	241 874	245 290	268 244	271 932	274 544	277 185 ^P
Einlagen von Nichtbanken	"	82 561	243 576	228 963	232 552	243 576	264 686	268 720	272 074	283 017 ^P
Sicht- und Termineinlagen	"	46 496	100 148	91 378	94 389	100 148	109 536	111 779	114 342	119 135 ^P
Spareinlagen	"	36 065	143 428	137 585	138 163	143 428	155 150	156 941	157 732	163 882 ^P
Index der Aktienkurse	31.12.65=100	48	97,6	106,8	112,2	114,3	133,9	135,7	133,5	131,4
Steuern										
Bundes- und Landessteuern 3)	Mill. DM	3 573	8 275	6 905	7 349	12 327	12 087	7 582	7 740	14 279 ^P
Besitz- und Verkehrsteuern	"	1 732	4 357	2 904	3 139	7 752	7 960	3 216	3 339	9 014 ^P
Steuern vom Umsatz	"	1 080	2 060	2 114	2 252	2 247	2 182	2 336	2 504	2 545 ^P
Zölle und Verbrauchsteuern	"	761	1 858	1 887	1 958	2 328	1 945	2 030	1 897	2 720 ^P
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/62 bis 1962/63=100	96,6	109,3	101,1	101,9	102,0	100,2	101,8 ^P	103,6 ^P	105,5 ^P
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 5)	1962/63=100	88,1	109,9	107,4	107,3	107,5	101,3	101,4	101,2 ^T	101,6
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte	1962=100	97,2	104,9	104,5	104,7	104,8	99,2	99,3	99,4	99,6
Preisindex für Wohngebäude 6)	"	75,8	115,9	.	114,8	.	.	.	121,9	.
Preisindex für den Straßenbau 7)	"	80,5	91,8	.	91,0	.	.	.	97,0	.
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1938=100	183,4	226,5	225,7	226,1	226,1	229,1	230,3	231,7	232,3
"	1958=100	100	123,4	123,0	123,2	123,2	124,8	125,5	126,2	126,5
"	1962=100	92,7	114,4	114,0	114,2	114,2	115,7	116,3	117,0	117,3
Ernährung	"	93,0	112,7	110,4	111,0	110,9	108,7	109,6	111,2	111,8
Getränke und Tabakwaren	"	100,2	108,9	109,4	109,4	109,2	111,5	111,4	111,5	111,4
Wohnung	"	82,0	137,6	139,1	139,5	139,7	149,6	150,7	151,5	152,4
Heizung und Beleuchtung	"	94,6	108,4	109,5	109,8	110,2	115,9	117,2	117,6	117,7
Hausrat	"	97,7	103,5	103,0	102,9	102,8	102,6	102,6	102,6	102,6
Bekleidung	"	93,8	112,1	112,0	112,0	112,0	112,2	112,3	112,4	112,4
Reinigung und Körperpflege	"	91,6	113,9	114,3	114,3	114,4	120,5	120,5	120,6	120,7
Bildung, Unterhaltung und Erholung	"	88,6	119,7	121,1	121,2	121,5	126,1	126,1	126,2	126,4
Verkehr	"	93,2	114,0	114,8	114,7	114,8	117,3	117,3	117,4	117,2
Index der Löhne in der Industrie (einschl. Bau) 9)										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1962=100	72,5	132,4	135,7
Weibliche Arbeiter	"	67,8	138,2	141,1
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	"	71,5	140,0	141,4
Weibliche Arbeiter	"	66,4	144,3	145,4
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	"	101,6	94,7	96,1
Weibliche Arbeiter	"	102,0	95,6	96,8

1) Ohne Bestand der Kreditinstitute, einschließlich Münzumsatz; bis Juni 1959 ohne Saarland. - 2) Ohne Zentralbanksystem; jeweiliger Kontenstand am Ende des Monats, anstelle von Monatsdurchschnitts-Kontenstand am Ende des Jahres; bis 1959 ohne Saarland. - 3) Bis März 1960 ohne Saarland. - 4) Durchschnittsziffern für das Wirtschaftsjahr; berechnet durch Wägung der Vierteljahresdurchschnittspreise der einzelnen Waren mit den vierteljährlichen Verkaufsmengen der Wirtschaftsjahre 1961/62 bis 1962/63. - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen, bis einschließlich 1962 ohne Saarland. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig). - 8) Arbeitnehmerhaushalte mittleren Einkommens. - 9) Bis 1959 ohne Saarland und Berlin, ab 1960 ohne Berlin, ab 1964 mit Berlin (West). - 10) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer).

AUSZUG AUS DEN VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN LANDESAMTES RHEINLAND-PFALZ

Zusammenfassende Veröffentlichungen

Rheinland - Pfalz im Spiegel der Statistik

Statistisches Jahrbuch für Rheinland - Pfalz 1958, 1960, 1962, 1964, 1966, 1968

Statistische Monatshefte Rheinland - Pfalz Jg. 11 ff., 1958 ff.

Gemeindestatistik 1946, 1950, 1958, 1960/61

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1, 3, 12, 17, 114	Volkszählung 1946, 1950, 1961
" 34	Bevölkerung der Gemeinden 1815 - 1950
" 81, 91, 97, 136, 170	Bevölkerungsentwicklung 1951 - 1958, 1959, 1960, 1961, 1962, 1963 - 1965
" 9	Natürliche Bevölkerungsbewegung 1946 - 1950
" 117	Haushalte und Familien 1961
" 28, 113	Pendelwanderung 1950, 1961
" 2, 13, 18, 115, 116	Berufszählung 1946, 1950, 1961
Statistische Berichte: 10 Reihen	

Unterricht und Bildung, Rechtspflege

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1*, 5*, 8, 17*, 26*,	Allgemeinbildende Schulen 1947/48, 1949/50, 1950/51, 1951/52,
" 30*, 32*, 34*, 57, 99, 143	1952/53, 1953/54, 1954/55, 1955/56, 1957/58, 1961/62, 1964/65
" 6*, 23*, 29*, 31*, 40, 99,	Berufsbildende Schulen 1949/50, 1951/52, 1952/53, 1953/54, 1954/55,
" 143	1956/57, 1961/62, 1964/65
Statistische Berichte: 4 Reihen	

Wahlen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 4, 29, 53, 94, 152	Bundestagswahl 1949, 1953, 1957, 1961, 1965
" „, 11, 38, 69, 130, 171	Landtagswahl 1947, 1951, 1955, 1959, 1963, 1967
" „, 24, 46, 87, 142	Kommunalwahlen 1948, 1952, 1956, 1960, 1964
" 39	Wahlen zum Landtag und Bundestag 1947 - 1955
Statistische Berichte: 3 Reihen (Mitteilungen des Landeswahlleiters)	

Landwirtschaft

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 16, 26	Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 und Schleppererhebung 1950
" 119, 120, 121, 141	Betriebsverhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1960
" 28*, 122	Gartenbauerhebung 1950, 1961
" 27	Struktur der Landwirtschaft 1949 - 1952
" 78	Produktions- und Absatzverhältnisse des Weinbaus 1957
" 33*, 44*, 162	Arbeitskräfte der Landwirtschaft 1953 und 1954, 1956, 1964/65
" 36, 42, 37*, 43*, 58, 70,	Bodennutzung und Ernte 1949 - 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958,
" 82, 92, 100, 129, 138, 148, 156, 169, 182	1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967
" 75	Wein- und Gartenbau 1958
" 60	Gemüseanbau und Gemüseernte 1950 - 1957
" 18*,	Obstbaumzählung 1951
" 61, 165	Obstanbau und Obsternte 1950 - 1957, 1965
" 55, 167	Weinbau 1950 - 1957, 1964
" 45, 54, 64, 74, 83, 93,	Viehwirtschaft 1949 - 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962,
" 104, 133, 140, 149, 159, 168, 185	1963, 1964, 1965, 1966, 1967
Statistische Berichte: 19 Reihen	

Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 5	Industrie 1936, 1944, 1946 und 1947
" 89, 103, 132, 139, 150, 160, 175, 184	Industrie 1950 - 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967
" 6	Index der industriellen Produktion 1948 - 1950

*) Hefte der Kleinen Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland - Pfalz, die im Rahmen der Reihe Statistik von Rheinland - Pfalz aufgeführt wurden.

noch: Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

Band 15, 20, 123	Arbeitsstättenzählung 1950, 1961
" 7, 62, 164	Handwerkszählung 1949, 1956, 1963
" 124	Großhandel, Handelsvermittlung und Einzelhandel 1960
" 125	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe 1960
" 126	Gewerblicher und Werkverkehr der gewerblichen Wirtschaft 1962
" 44, 181	Verkehrsstruktur 1950 - 1955, 1956 - 1965
" 77	Gemeindestraßen 1956
" 128, 173	Straßennetz am 1. Januar 1961, 1966
" 155	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 1963

Statistische Berichte: 15 Reihen

Bau- und Wohnungswesen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 14, 19, 56, 118	Wohnungszählung 1950, 1956, 1961
" 35, 51, 67, 76, 85, 98,	Bautätigkeit 1950 - 1952, 1953 - 1955, 1956 - 1957, 1958, 1959, 1960,
" 107, 134, 144, 151, 161, 176, 187	1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967
" 158, 174, 183	Bauhauptgewerbe 1950 - 1965, 1966, 1967

Statistische Berichte: 6 Reihen

Geld und Kredit

Statistische Berichte: 2 Reihen

Öffentliche Sozialleistungen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 23, 43	Öffentliche Fürsorge 1949 - 1950, 1951 - 1954
" 71, 84, 90, 96, 106,	Öffentliche Fürsorge und Jugendhilfe 1955 - 1957, 1958, 1959, 1960, 1961,
" 127, 145, 153, 166, 180, 189	1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967

Öffentliche Finanzen

Taschenbuch der Finanz- und Steuerstatistik für Rheinland - Pfalz Jg. 1 ff., 1953 ff.

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 10	Steuerkraft der Finanzamtsbezirke 1936, 1947 - 1950
" 80	Steuerkraft der kreisfreien Städte und Landkreise 1958
" 102	Öffentliche Finanzen 1951 - 1960
" 25	Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1948 (DM - Abschnitt), 1949 und 1950
" 59	Umlagen der Landkreise, der Ämter und des Bezirksverbandes 1953 - 1957
" 86	Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1957
" 30, 66, 135, 179	Lohnsteuerstatistik 1950, 1955, 1961, 1965
" 31, 49, 146, 188	Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1950, 1954, 1961, 1965
" 68, 79, 131, 154, 186	Vermögensteuer- und Einheitswertstatistik 1953, 1957, 1960, 1963, 1966
" 32, 41, 48, 50, 65, 72,	Umsatzsteuerstatistik 1950, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960,
" 88, 95, 105, 137, 157, 178	1961, 1962, 1964, 1966
" 101	Gewerbsteuer 1958

Statistische Berichte: 4 Reihen

Preise, Löhne und Gehälter

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 21*	Lohnstrukturerhebungen in der Landwirtschaft, im Weinbau und in der Forstwirtschaft 1949/50
" 33, 147	Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen 1951/53, 1962
" 73	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in Industrie und Handel 1957

Statistische Berichte: 7 Reihen

Sozialprodukt, Wirtschaftsrechnungen

Band 45*, 177	Sozialprodukt 1950 - 1955, 1950 - 1966
" 47	Einkommen und Verbrauch von privaten Haushaltungen 1950 - 1955

Verzeichnisse

Amtliches Gemeindeverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1950, 1955, 1957, 1962, 1967
Behördenverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1952, 1957
Anstalten und Heime in Rheinland - Pfalz 1950, 1951, 1952, 1960, 1963, 1966
Messen und Märkte in Rheinland - Pfalz 1949 ff.